DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

85 8. JAHRGANG Oktober '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

NACH HOYERSWERDA

Nach Hoyerswerda ist der Hinweis sicher richtig, daß Hoyerswerda überall ist und auch im Westen der Rassismus und die Neonazis im Kommen sind (siehe das Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahl). Dennoch haben Faschos im Osten und speziell im sächsischen Raum einen besonderen Grad der Verankerung: in der Ausdrucksform einer »Jugendbewegung« droht zunehmender Rückhalt bei den VerliererInnen des Einheitsprozesses. CONTRASTE berichtet aus der Sicht von Dresdner Antifas von den Vorbereitungen zum ersten OST-WEST-ANTIFARATSCHLAG und vom »ersten gesamtdeutschen Jugendkongreß« in Nürnberg, wo »linke« und »rechte« Jugendliche diskutierten...
Auf Seite 4.

AUTO TEILEN, ABER WIE?

Auto teilen ist nicht schwer, einen bundesweiten Laden aufzubauen aber sehr. Der VCD hat deshalb zusammen mit der INNOVA den Aufbau einer bundesweiten Genossenschaft angeleiert. Leute aus der Praxis (von Stattauto Berlin, seit drei Jahren der Car-Sharing-Bewegung vorreitend) hingegen behaupten, daß Auto teilen als nationales Zentralunternehmen gar nicht so gut funktioniert, wie es bereits jetzt vor Ort in Bewegung gesetzt werden kann, wenn mensch nicht erst eine Bundesgenossenschaft aufbauen muß. Eine Vorstellung des neuen VCD-Projekts und ein äußerst kritisches Interview hierzu auf den Seiten 14 bis 16.

CSU BESUCHT MÜNCHNER PROJEKTE

Eine ungewöhnliche und unfeine Methode der Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsberatungen fand die Münchner CSU. Diese Flegel klopften unangemeldet bei durch den Selbsthilfetopf der Stadt geförderten Einrichtungen an. Ihre frühsommerliche Entdeckungsreise im Alternativdschungel der Stadt brachte ihre Vorurteile bestätigt und eine beispielslose Verleumdungskampagne in den Medien. Wie das abgestriffen werden kann, was hängenbleibt und wo das hinführt, resümiert Reinhard Fuß vom Selbsthilfezentrum der Stadt auf der Seite 13.

KOMMT DER BUNDESWEITE VERBUND?

Burghard Flieger von unserer Genossenschaftsredaktion berichtet, daß das NETZ (ehemals NETZ-NRW) mit neuer, bundesweit ausstrahlender Vorstandscrew und Anwartschaft auf Anerkennung durch Europaebenen den direkten Weg zum übergreifenden Selbstverwaltungsverbande geht. CONTRASTE findet dies auch und macht es deshalb zum Hauptthema des nächsten Redaktionsplenums (Mitte November in Heidelberg) und bringt Burghards Bericht auf der Seite 14.

ALTERNATIVE GELDANLAGEN

Eine neue Artikelserie in CONTRASTE beleuchtet einmal mehr den Diskussionsstand zur Finanzethik. Eine Einführung in diesem Heft stellt die gängigen qualitativen Kriterien vor, weitere Fortsetzungen werden den Zusammenhang betrieblicher Verfassung mit der Konsequenzbereitschaft zu alternativem Handeln untersuchen und exemplarische Anlage- und Finanzierungsalternativen besprechen. Siehe Seite 18.

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG

Die Forsetzung unseres September-Schwerpunktes mit einem Beitrag von Albert Herrenknecht zu »Kultur und Eigenständige Regionalentwicklung«, und einige Selbstarstellungen der Fach-Verbände und -Medien auf den Seiten 10 bis 12.

ENERGIEPROJEKTE IM GESPRÄCH

Vom Energie tüfteln zur Energiewende ?

Zur Zeit tut sich einiges im weiten Feld der alternativen/regenerativen Energien. Viele Ideen, die vor 15 Jahren mal eben in der allseits belächelten Alternativszene zu finden waren, werden jetzt mit großartiger Furore öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt.

Christian Sauer, Redaktion Alternative Energie ● So gibt es inzwischen ein ernsthaftes Interesse an Wind- und Sonnenenergienutzung. Viele Menschen sind bereit, statt eine neue HiFi-Anlage anzuschaffen, sich finanziell an der Aufstellung einer Windanlage an der Nordsee zu beteiligen. Selbst die 30.000 bis 40.000 DM für eine eigene Solarstromanlage haben einige nicht abschrecken können – schließlich läßt sich ja statt der neuen Luxuslimousine auch ein praktischer Kleinwagen mit einem Drittel des Spritverbrauchs anschaffen. Für den Repräsentationseffekt ist dann eben auch mal die Sonnenenergie zuständig...

Erfahrungen mit dem Selbstbau von Sonnenkollektoren oder kleinen Windrädern wurden in beliebten Büchern oder Heften festgehalten, die immer wieder dazu führen, daß der Frust über neue Skandale oder Katastrophen in positive Ergebnisse umgesetzt wird. Es gibt eigene Fachzeitschriften für Sonnen- und Windenergiethemen, an den Unis wurden neue Projekte eingerichtet, in denen Erfahrungen mit solchen Technologien faßbar werden und Forschungsschwerpunkte eingerichtet, die sich ausschließlich mit der Weiterentwicklung der Nutzung erneuerbarer Energien befassen.

Mit der Vorstellung, es könne eines Tages ein staatliches Förderprogramm geben, das Privatleuten großzügig die Aufstellung von Windenergie- oder Solaranlagen mit bis zu 2/3 der nötigen Kosten bezuschußt, wären wir noch vor einigen Jahren ordentlich aufgelaufen. Heute werden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie oder gar EG-weit mehrere solcher Programme aufgelegt.

Die lange und ausführlich diskutierten Ansätze zur Konversion in Rüstungsbetrieben, also statt Kriegsschrott sinnvolle Produkte herzustellen, rücken scheinbar in greifbare Nähe. MBB ist seit Jahren mit der Entwicklung von Windanlagen beschäftigt, Siemens kommt mit dem Solarstrom ganz groß raus, KWU und Dornier befassen sich mit der Erforschung und Produktion von Sonnenkollektoren. Erdölkonzerne wie BP oder sogar die NUKEM, bekannt durch Schmiergeldaffairen und verstrickt in diverse Atommüll-Schiebereien, bauen jetzt glitzernde Solarzellen.

Die Energieversorgungsunternehmen sind entweder bereit, umzudenken und die Nutzung erneuerbarer Energien mit in ihr Programm zu nehmen, oder sie werden zumindest per Gesetz gezwungen, halbwegs ordentliche Preise für den Strom aus solchen Quellen zu bezahlen. Es können ja rosige Zeiten anbrechen für all die Kollektive, die mit solchen Techniken mal den Anfang gemacht haben... oder etwa doch nicht?

Fortsetzung unseres Schwerpunktthemas auf Seite 6

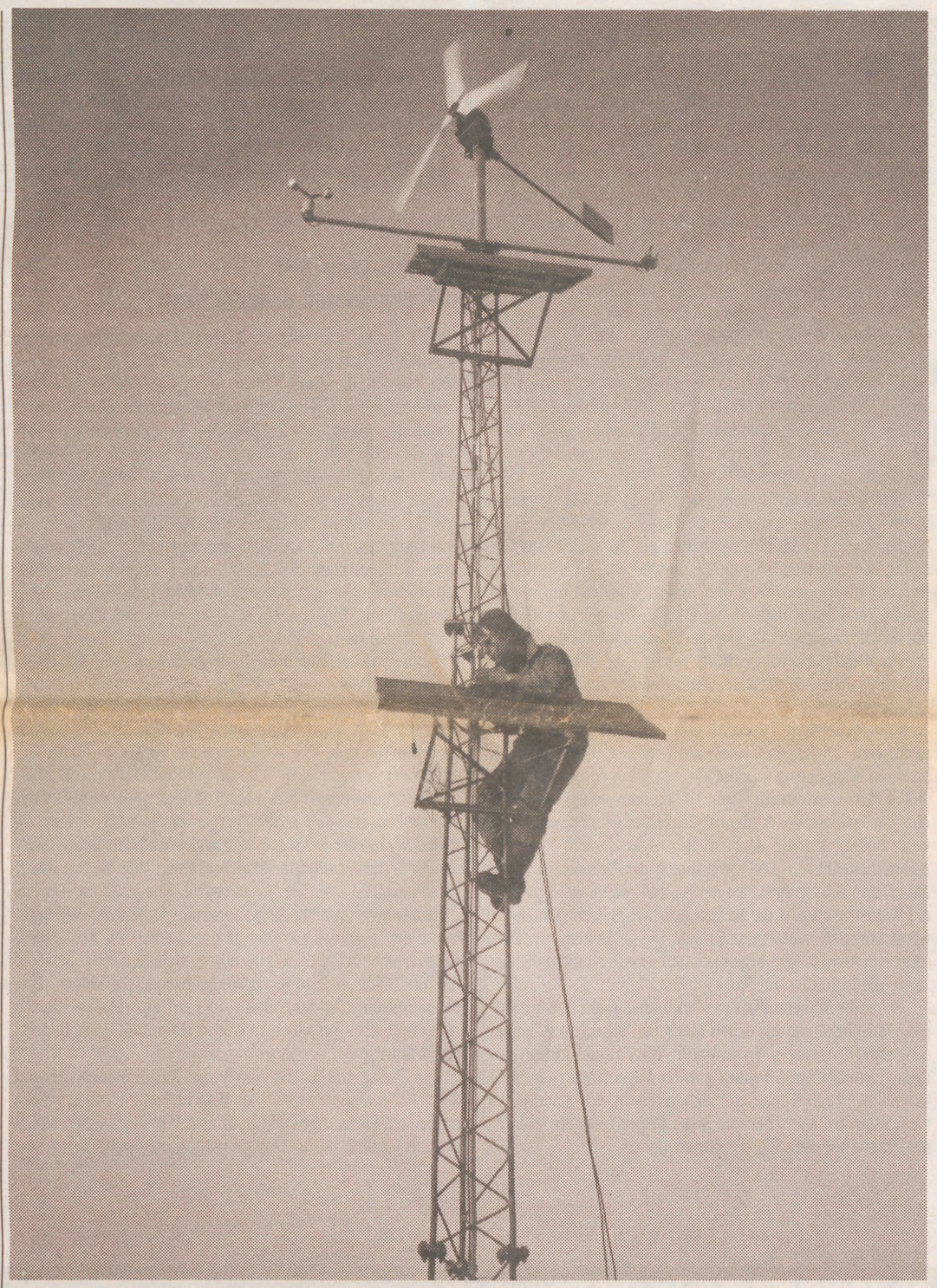


Foto: Atlantis

P 8008 E

00.2621 001 4

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

WAGENBURGEN: LEBEN AUF RÄDERN

Vogelfrei

Selbstbestimmten Lebensraum (ver)suchen nicht nur die Kommunen und Lebensgemeinschaften in diesem Land, sondern auch Menschen, die da, wo es ihnen gefällt, Wagenburgen bilden. Dies unter ständigem Druck der Obrigkeit, die solch »fahrendes Volk« überhaupt nicht gerne sieht, nicht nur im Musterländle...
Wagenburgen-Leute aus BaWü berichten über ihre Bewegung und ihren ständigen Ärger mit dem Staat...

Redaktion Heidelberg, AutorInnenkollektiv der Wagenburg »hoppetosse« HD ● In der BRD leben mehrere tausend Menschen in Bau-, Zirkus- oder Wohnwagen. Diese Tatsache ist nur wenigen bekannt und wurde seit Mitte des Jahres in einigen Regionen durch die Repression gegen im Wagen lebende Menschen öffentlich. Das Leben auf Rädern ist in Deutschland nichts Neues, hat nicht nur Sinti- und Roma-Geschichte.

Die Geschichte von Menschen, die sich im immer mehr industrialisierten und verwalteten Deutschland selbst Wohnraum schaffen und versuchen, ihren Alltag gemeinsam zu organisieren, beginnt (soweit aus geschichtlichen Quellen ersichtlich) um 1872. Damals zogen im Arbeit und Hoffnung versprechenden Berlin unzählige Menschen am Stadtrand zusammen, bauten Hütten oder machten sich alte Fuhrwagen zur Unterkunft.

In den 20er Jahren, als der Wohnungsmarkt in Berlin noch schlechter aussah, gründeten Arbeits- und Obdachlose die Laubenkolonie »Kuhle Wampe«, die mehr war als nur eine Ansammlung von Menschen, die sich selber Wohnraum schafften. Dort wurde begonnen, die ganze Versorgung in die eigenen Hände zu nehmen, sich auszutauschen und einander bei Arbeitssuche oder anderen Problemen Hilfe zu leisten. Es entstanden dörfliche Strukturen fernab jeder staatlichen Kontrolle. Ähnliche Entwicklungen gab es in den 50er Jahren in Hamburg (über 1.000 Wagen) und im kleineren Umfang in Mannheim und vielen anderen damals weitgehend zerstörten Städten. In fast allen Fällen wurden die Hütten- und Wagensiedlungen irgendwann kriminalisiert und mit polizeilicher Gewalt zerschlagen.

In den 70er Jahren tauchten erstmals wieder mehrere Menschen auf, die in unkonventioneller Weise zusammenwohnen wollten: in Wagen, alten Bussen, LKW's oder in Tipis (Stangenzelten indianischer Bauart). In Bern in der Schweiz wurde mit aller Härte gegen diese Menschen vorgegangen, und der Kampf für die Durchsetzung ihrer Lebensform zog sich über Jahre hin und erreichte Ausmaße der derzeitigen Häuserkämpfe. Ihr Durchhaltevermögen und die breite Solidarität vieler Menschen ermöglichte nach etlichen Räumungen und Umzügen eine Duldung des Projekts, das seit 1987 auf einem festen Gelände existiert und unter dem Namen »Zaffaraya« bekannt ist.

In der BRD waren die »Rollheimer« in Westberlin die erste große Ansammlung von WagenbewohnerInnen. Sie lebten auf dem gleichen Gelände fast 10 Jahre. Vom Grundstückseigentumer geduldet, wohnten dort 40 Menschen, darunter 7 Kinder, in Wohn-, Bau- oder Zirkuswagen, alten Mercedeslastern und umgebauten BVG-Doppeldeckern am Mauerstreifen, nahe der Magnetbahntrasse. Die Palette der BewohnerInnen reichte vom arbeitslosen Lehrer über Schauspieler, Handwerker, Cafebesitzer bis zu Arbeitslosen und Autobastlern.

Diese Versuche, sich selbstbestimmten, unabhängigen Wohnraum zu schaffen, haben ihre Fortsetzung gefunden. Mitte der 80er Jahre entstanden die ersten heute noch existierenden Wagenplätze, wie beispielsweise »Kreuzdorf« in Berlin. Die Motivation der WagenbewohnerInnen lag jedoch nie nur in der Nachahmung früherer Siedlungen, sondern immer auch im Erkennen der eigenen Situation. Die Überzeugung, eine neue Lebensweise gefunden zu haben, die Unabhängigkeit und einen Bruch mit konventionellen Lebensrhythmen bedeutet, verbunden mit einer kreativen Ideenvielfalt, führte immer wieder zu neuen Möglichkeiten.

Fortsetzung auf Seite 3

KULTURNOTIZEN

KULTURSTRECKE – Infodienst für Soziokultur und kommunale Kulturarbeit

Das Berliner Projektbüro der Kulturpolitischen Gesellschaft hat jetzt die Nummer 2 des Informationsdienstes für KulturarbeiterInnen in den neuen Bundesländern herausgebracht. Die KULTURSTRECKE wird zukünftig vierteljährlich erscheinen und an InteressentInnen in den neuen Bundesländern kostenlos versandt. Die Nummer 2 enthält u.a. Beiträge von Norbert Sievers »Soziokultur als Modernisierungsprojekt«, Horst Groschopp »Soziokultur in der ehemaligen DDR« und Berthold Rünger »Zur Motivationslage sozio-kultureller Akteure«, so wie verschiedene Projektdarstellungen, Beschreibungen zu Förderprogrammen, Literaturhinweise und Tagungstermine.

Bezug:
Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Projektbüro Berlin
Wallstr. 61-65
O-1020 Berlin
☎ (00 37-2) 274 16 02

NIEDERSACHSEN

Regionalberatungsstellen der LAKS

Seit dem 1. August 1991 haben die mit Förderung durch das Land Niedersachsen eingerichteten Regionalberatungsstellen der Landesarbeitsgemeinschaft sozio-kultureller Zentren ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Aufgaben bestehen in der Beratung von verschiedenen TrägerInnen soziokultureller Arbeit in Fragen der inhaltlichen Konzeption, der Finanzierung, der organisatorischen Struktur und der kulturpolitischen Durchsetzung von Forderungen. Ihr Tätigkeitsfeld ist nicht beschränkt auf Mitgliedseinrichtungen der LAGS Niedersachsen.

- Regionalberatung Oldenburg, Dieter Hinrichs, Kulturetage Oldenburg, Bahnhofstr. 11, 2900 Oldenburg ☎ (04 41) 1 76 35
- Regionalberatung Braunschweig, Elke Flake, Gemeinschaftshaus Brunsviga, Karlstr. 35, 3300 Braunschweig ☎ (05 31) 34 13 08
- Regionalberatung Osnabrück, Klaus Thorwesten, Lagerhalle Osnabrück, Rolandsmauer 26, 4500 Osnabrück ☎ (05 41) 2 27 22
- Regionalberatung Hannover, GST der LAGS NDS, Lister Meile 4, 3000 Hannover 1, ☎ (05 11) 348 25 80

Statistik der soziokulturellen Arbeit

Im Sommer hat die LAGS Niedersachsen in ihren Mitgliedseinrichtungen eine landesweite Erhebung durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Demnach wurden 1990 insgesamt 2.800 Veranstaltungen mit ca. 985.000 BesucherInnen durchgeführt. Die Arbeit wurde von 288 MitarbeiterInnen bewältigt, wobei allerdings nur 45 Personen mit festen Stellen und 73 mit befristeten Stellen vorhanden waren. Allein 170 MitarbeiterInnen arbeiteten ehrenamtlich oder als Aushilfen. Das Finanzvolumen belief sich auf insgesamt 9.261,038 DM, wovon die Zentren ca. 41,5% selbst erwirtschafteten. Die gesamte Auswertung kann über Christina Lammers in der Geschäftsstelle der LAGS NDS. bezogen werden.

Kultour II

Die zweite Begegnung soziokultureller AkteurInnen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wird vom 25. November bis zum 1. Dezember 1991 stattfinden. Stationen der Begegnung werden u.a. sein: Pavillon Hannover – Alter Schützenhof, Achim – Sumpfblume, Hameln – Zora e.V., Halberstadt – Vereinigung für kommunale KLulturarbeit, Halle – Soziokulturelles Zentrum Zerbst und Knast e.V., Magdeburg.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Existenz der Börse gefährdet

Die BÖRSE in Wuppertal, eines der ältesten Zentren in der Bundesrepublik und Gründungsmitglied der Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren ist in ihrer Existenz bedroht. Dem Rat der Stadt Wuppertal liegt ein Vorschlag der Dezernentenkonferenz vor, die Zuschüsse an die BÖRSE 1992 um 40% zu kürzen. Dabei handelt es sich genau um die Summe, die der Rat der Stadt als Ausgleich für die finanziellen Verluste der BÖRSE im Zusammenhang mit der Lärmschutzklage von Anwohnern und der ergangenen einstweiligen Verfügung bewilligt hatte. Die Stadt Wuppertal hat durch fragwürdige Entscheidungen dazu beigetragen, daß der BÖRSE die Durchführung von Rockkonzerten und Discos gerichtlich untersagt wurde. Bis dahin bestand für das Zentrum die Möglichkeit, große Anteile des Etats selbst zu erwirtschaften. Die MitarbeiterInnen und der Vorstand der BÖRSE haben beschlossen, ab dem 1.1.1992 zu schließen, wenn der Ratsbeschluß gefaßt wird und die Kürzungen Realität werden sollten. Die Bundesvereinigung hat in einem Schreiben an die im Rat vertretenen Parteien und die Oberbürgermeisteringegen die Kürzungen protestiert und besonders auf die kulturpolitische Bedeutung der BÖRSE hingewiesen. In einem Antwortschreiben haben inzwischen die SPD-Fraktion und die Fraktion der GRÜNEN reagiert. Beide Fraktionen haben zum Ausdruck gebracht, daß sie den Kürzungen nicht zustimmen wollen: »Die SPD-Ratsfraktion wird sich dafür einsetzen, daß die von der Verwaltung vorgeschlagene drastische Reduzierung des städtischen Zuschusses aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept herausgenommen wird. ... Für die SPD-Ratsfraktion gilt, was von Anbeginn der BÖRSE gegolten hat. Wir wollen das Kommuniktionszentrum!« (aus dem Brief der SPD-Fraktion vom 24.9.91). Es wird sich zeigen, ob die SPD ihren starken Worten auch Taten folgen läßt.

Forsetzung der Notizen auf Seite 3, rechte Spalte

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Vogelfrei

Die Wagenplätze entstanden zunächst in den Stadtvierteln größerer Städte, denn Wohnungsnot ist kein Grund, die gewohnte Umgebung zu verlassen. Brachliegende Grundstücke oder andere freie Plätze boten Raum für kleine Dörfer aus Bau- und Zirkuswagen. Andere Leute wollten nicht mitten in der Stadt leben und suchten sich ruhige, idyllische Plätzchen am Stadtrand oder in näherer Umgebung der Städte.

Es fanden sich auf f diese Weise in vielen Städten Leute zusammen, die ähnliche Vorstellungen und Wünsche hatten. In den letzten 2-3 Jahren entstanden fast überall quer durch die gesamte BRD Wagenburgen. So geschehen in Lübeck, mehrmals in Hamburg, noch öfter in Berlin, in Hannover, Köln, Kassel, Mainz, Wiesbaden, Rüsselsheim, Darmstadt, Heidelberg, Frankfurt, Stuttgart, Tübingen, Freiburg oder auch München. Nachdem die WagenbewohnerInnen mitbekommen hatten, daß es in mehreren Städten Wagenburgen gab, wurden erste Kontakte geknüpft. So kam es zum ersten Wagentreffen, also zu einem Treffen von Leuten, die im Wagen wohnen, im Rahmen der internationalen Häusertage in Hamburg im Winter 1990. Der Anfang war gemacht zur Vernetzung der einzelnen Wagenburgen und danach wurde auch gleich ein zweites Treffen vereinbart, das diesmal ganz im Zeichen des Wagenlebens stand. Es gab hier genug Raum und Zeit für Erfahrungsaustausch (»Wie isoliere ich meinen Wagen im Winter mit natürlichen Stoffen?« oder »wie bauen wir ohne Strom einen Kühlschrank im Sommer«, »Abfallproblem«, »Klofrage« usw.), für's Kennenlernen und auch für das Schmieden gemeinsamer Pläne. Die Wagentreffen finden inzwischen regelmäßig alle 1-2 Monate abwechselnd auf verschiedenen Plätzen statt.

Aus den gemeinsamen Interessen und zwecks besserer Kommunikation entstand die Zeitung »vogelfrai – Fachschrift für Wagenwesen«. Sie erscheint nach jedem Treffen. Dort wird sie immer geschrieben, zusammengestellt, lay-outet und gedruckt. Drin stehen Informationen aus allen Wagenburgen, nützliche Tips und Tricks, Kleinanzeigen und auch sonst jede Menge interessanter Artikel. Über die Treffen und die VOGELFRAI entstanden nun auch Kontakte zu Wagenburgen in anderen Ländern, so beispielsweise in den Niederlanden (Amsterdam) und in der Schweiz (Bern).

Ein anderer gemeinsamer Plan, der in die Tat umgesetzt wurde, waren die bundesweiten Aktionstage im März '91. Es wurden überall in der BRD Flugblätter verteilt. Gleichzeitig fanden in den einzelnen Städten Aktionen der Wagenburgen statt. Es kam dabei unter vielem anderem zu Umzügen mit mehreren Zugmaschinen und Wägen in allen Größen und Farben. Mit den Aktionstagen sollte auf die Situation der WagenbewohnerInnen aufmerksam gemacht werden, die gekennzeichnet ist von Unsicherheit und zunehmendem Druck von Seiten der Behörden.

Nach geltendem Baurecht und anderen Gesetzen ist es nicht legal, im Wagen zu wohnen, und erst recht nicht, gehäuft als Wagenbewohner aufzutreten, also, zu mehreren auf einem Platz zusammenzuleben. Die meisten stehen auf Geländen, die entweder der Stadt oder dem Land gehören und sehen sich dadurch ständig dem Druck ausgesetzt, mit Räumung rechnen zu müssen. Die Forderungen der Aktionstage waren daher eine vollkommene politische und rechtliche Akzeptanz des Wagenlebens und die Möglichkeit, auf Plätzen geduldet zu werden oder sie pachten zu können. Die Menschen aus diesen »organisierten« Wagenburgen sind auf jeden Fall nicht die Einzigen, die in Hütten auf Rädern leben.

↗ber die Wagentreffen werden immer mehr der unzähligen Plätze bekannt, auf denen Menschen alleine, mit Familie oder einigen wenigen Freunden in Wagen zusammenleben. Diese dürften, trotz der vielen großen Wagenplätze, den größten Teil der WäglerInnen ausmachen. Kaum eine Stadt, in der nicht irgendwo Menschen mit ihren Wagen (oft alleine) in einem Hinterhof oder Schrebergarten stehen.

Foto: Wagenburg Heidelberg

NS-Gesetze gegen »Zigeuner« und »Landfahrer«

Unzählbar auch diejenigen, die (zumindest in den warmen Monaten) mit Wagen und Zugmaschine durch die Gegend ziehen. Die »Organisierten« finden immer »Asyl« bei ihren Gleichgesinnten auf den Wagenplätzen. Die Anderen sind es bereits gewöhnt, ständig von den örtlichen Ordnungsbehörden verjagt zu werden. Da müssen, wie bei der Repression gegen Wagenburgen, schon mal Gesetze aus dem 3. Reich herhalten. Danach ist es (heute noch) verboten, im Wagen zu wohnen. Von Bundesland zu Bundesland verschieden werden jweils andere Verordnen aus der Schublade gezogen. Hamburg beispielsweise beruft sich nur auf Verordnungen aus der Zeit des Faschismus, welche dort heute noch nicht aufgehoben wurden (Brandgefahr, Seuchengefahr, Gefahr für die Volksgesundheit). In den meisten anderen Städten kommen Gesetze gegen »Zigeuner« und »Landfahrer« zur Verwendung. Was WagenbewohnerInnen als Antwort auf ihre Dialogbereitschaft mit den Vertretern und Vertreterinnen der jeweils zuständigen Gemeinden ernten, ist unglaublich. Die Reaktionen der Zuständigen sprechen für sich: »Sie wollen Energie verwenden statt verschwenden, sagen Sie. Damit beleidigen Sie mich, den Bezirksbeirat und alle Bürger dieser Stadt Stuttgart, indem Sie Diesen unterstellen, sie würden alle Energie verschwenden. Wenn Sie meine Argumente gelesen haben und verstanden haben, werden Sie bestimmt mit mir übereinstimmen, daß die von Ihnen vorgeschlagene asoziale Lebensweise (asozial laut Lexika: nicht übereinstimmend, gegen oder auf Kosten der Mitbürger gerichtete Lebensweise) nicht in einer Region wie der Mittlere Neckar, nicht in Baden-Württemberg, nicht in der Bundesrepublik und nicht in Europa verwirklichbar ist. Sie können Ihre Ideen bestimmt in der Tundra oder im australischen Busch ausführen, aber nicht hier ...« (Albert Hohl, Dipl.-Ing., Bezirksbeirat Stuttgart).

Die Presse wurde erst durch die Wagenaktionstage und durch Öffentlichkeitsarbeit der WagenbewohnerInnen wegen drohender Räumungen aufmerksam. Ihre Reaktionen fallen je nach Qualität der jeweiligen Zeitung unterschiedlichst aus, reichen von bedingungsloser Unterstützung der WäglerInnen (so geschehen in Tübingen) bis zur absoluten Pressehetze zugunsten der räumungswilligen Behörden.

Wie auch immer, die Wagenbewegung wird noch gehörig Zuwachs gewinnen, solange nicht ausreichend menschenwürdiger Wohnraum vorhanden ist, der Platz für Menschen läßt, die sich nicht vereinzeln lassen und sich und ihre Ideen verwirklichen möchten und dies nicht nur auf dem Land, sondern mit der Möglichkeit, aktiv am Stadtleben teilzunehmen.

... aus Eigenverantwortung für das Alltägliche

Seit jeher finden Menschen, die anfangs aus einer Notlage heraus in Wagen ziehen, ziemlich schnell Gefallen an dieser Lebensform und sehen sie bald als längerfristige Alternative. Im Flugblatt zu den bundesweiten Aktionstagen im März '91 formulierten die WagenbewohnerInnen ihre Beweggründe so:

» ... das Leben im Wagen ist für uns weit mehr als nur eine Initiative gegen die ständig wachsende Wohnungsnot. Wir sehen darin eine Möglichkeit, andere, menschlichere Formen von Zusammenleben zu entwickeln. Die Wagen bieten uns die Möglichkeit, mit vielen Menschen zusammenzuwohnen, da, wo wir wollen. Wir sind nicht abhängig von irgendwelchen VermieterInnen, gestalten unsere Wagen so, wie wir uns wohlfühlen. Unser Zusammenleben unterliegt unseren Regeln ... Dieses Leben bringt bringt uns dazu, endlich wieder Eigenverantwortung zu übernehmen für alles Alltägliche – was uns in dieser Gesellschaft allzuoft aus der Hand gerissen wird. Im Gegensatz zu herkömmlichen Wohngemeinschaften leisten alle ihren Beitrag zum gemeinschaftlichen Zusammenleben, haben aber andererseits immer die Möglichkeit, die nötige Zeit und Ruhe im Wagen zu finden ... «

Für viele WagenbewohnerInnen ist ihre Lebensform auch eine Verwirklichung ihrer ökologischen Ansprüche: »Im Wagen leben heißt für uns: in und mit der Natur leben, d. h. wir lernen natürliche Lebensgrundlagen wie Trinkwasser, Licht und Nahrungsmittel bewußter zu schätzen ... « ●

(Flugblatt Freiburg 5/91)

ADRESSEN VON WAGENBURGEN

Wagenburg in der Maschstraße
c/o Cafe Vamos
1000 Berlin 10
☎ (030) 342 94 73

Waldewagenburg
Waldemarstraße
c/o Cafe Schlüpper
1000 Berlin 36

Wagenburg am
Kinderbauernhof
Adalbertstraße
1000 Berlin 36

Wagenburg Kreuzdorf
am Rauchhaus
Mariannenplatz 1
1000 Berlin 36

Wagenburg
Schwarzer Kanal
Schillingbrücke
Post: Nostizstr. 49
1000 Berlin 61

Wagenburg
am Thommyhaus
Wilhelmstr. 9
1000 Berlin 61

Wagenburg
am Kleistpark
Grunewaldstr. Ecke
Hauptstraße
1000 Berlin 62

Wagenburg
am Heckmannufer
Ecke Schlesische Straße
O-1026 Berlin

Wagenplatz Zeisewiese
c/o Lederladen
Bergiusstr. 12
2000 Hamburg 50

Frauenwagenplatz
Große Brunnenstr. 73
2000 Hamburg 50

Wagenplatz Hospitalstraße
c/o Cafe Feuerwache
Chemnitzstr. 3-7
2000 Hamburg 50

Wagenplatz auf der
WALLhalbinsel
c/o Alternative
2400 Lübeck

Wagenplatz Lachswehr
Lachswehrallee 1
c/o Elektrowerkstatt
2400 Lübeck

Bauwagenplatz SPRENGEL
Schaufelderstr. 29
3000 Hannover 1

Wagenplatz Kassel
Moritzstr. K18
c/o Siemon
Postfach 10 31 48
3500 Kassel

Bauwagenplatz Raderthal
Kreuznacher Str. 68 (?)
5000 Köln 51

Bauwagenburg Biegwald
Biegweg
6000 Frankfurt 90

Bauwagensiedlung
FH-Darmstadt
Schöfferstr. 3
6100 Darmstadt
c/o Platz da!
Ludwigshöhstr.34

Bauwägen
Freiwerk Selbsthilfe
Waldstr. 52
6090 Rüsselsheim

Bauwagen hinterm
Haus Mainusch
Standingerweg 23
6500 Mainz
☎ (0 61 31) 39 29 78

Wagenburg
hoppetosse
Am Klausenpfad
im Neuenheimer Feld
6900 Heidelberg
(c/o ☎ (0 62 21) 2 39 98)

Wagenburg
Krakel-Bont
Gewann Hengstäcker 2
7000 Stuttgart 80

Wagenburg
Wilder Süden
Jugendhaus
Monomfeld
7000 Stuttgart
☎ (07 11) 678 73 52

Wagenburg Kuntabunt
Im Schindhau
7400 Tübingen

Wagenburg Freiburg
im Zwinklem 3b
7800 Freiburg

Zaffaraya
Park & Ride Neufeld
CH-Bern 26

Wagenburg
am Gerleweg
Gerleweg
NL-??? Amsterdam Nord-West

FREIHEIT AUF RÄDERN – ÄRGER MIT DEM STAAT

Wagenburg »Wilder Süden«

Ständigen Nerv mit den Behörden hat die Stuttgarter Wagenburg »Wilder Süden«. Vorübergehend konnte sie nur »im Notasyl« bei einem Jugendzentrum und einer evangelischen Gemeinde bestehen.

Foto: Wagenburg Wilder Süden

Redaktion südwest, wagenburg wilder süden ● Überall haben sich Menschen zusammengeschlossen, oft aus der Wohnungsnot heraus – denen es wichtig ist, von dem Einzeltrott, der in Deutschland gefördert wird, in dem die Machtlosigkeit gegenüber dem Staat unüberwindbar wird, wegzukommen und gemeinsam was aufzubauen, sich eigene Möglichkeiten der Alltagsgestaltung zu schaffen.

Die Wagen wurden so eingerichtet, daß die Möglichkeit der individuellen Abgrenzung besteht, die in einer größeren Gruppe erforderlich ist. (anders als in Wg's und Häusern hat jeder Wagen eine eigene Kochgelegenheit zusätzlich zur Gemeinschaftsküche.) Was dann in den einzelnen Wagenburgen gemeinsam läuft, hängt von den Interessen der Leute ab.

Möglich wäre fast alles wenn nicht von Stadt und Staat versucht würde, es zu verhindern und uns zu zerstören. Das fängt bei der Grundversorgung (Strom-, Wasser-, Abwasseranschlüsse) an, die uns durchweg verweigert werden und wir uns in Eigeninitiative selbst schaffen mußten (Strom aus Solarzellen und Notstromaggregat, Wasserversorgung durch ein von den Technischen Werken gemietetes Hydrantenstandrohr, Abwasserentsorgung mit Hochsitzklo über einem Sammeltank, der in der Kläranlage entleert wird) und geht weiter bis zur absoluten finanziellen und psychischen Vernichtungsstrategie durch Vertreibung, die läuft, seit Stadt und Land gemerkt haben, daß für sie die Probleme nicht nur bei Wagenburgen liegen und sie uns nicht platt abräumen können, ohne sich dafür politisch verantworten zu müssen.

Wagenburg »Wilder Süden«

Im Januar '90 wurde die Wagenburg »Wilder Süden« gegründet. Damals zogen 10 Menschen mit Wagen auf einen leerstehenden, zur Bebauung vorgesehenen, ehemaligen Containerplatz im Industriegebiet von Stuttgart-Degerloch. Völlig überfordert von dem Neuland Wagenburg ließ sich die Stadt Stuttgart auf eine Art Duldungsabkommen bis Baubeginn ein, das uns aber unter anderem die Nutzung der auf dem Platz vorhandenen Versorgungsanschlüsse untersagte. (Bloß keine unterstützenden Zugeständnisse !!!) Jegliche Verhandlungsversuche über die Duldung hinaus wurden abgeblockt.

Im Juli '90 ist der Platz verkauft worden und wir sind auf einen kaum genutzen, zur Renaturierung vorgesehenen Schotterplatz in Stuttgart Vaihingen nähe Uni umgezogen. Unter dem Motto, (Zitat):»Wir wollen und wir werden das nicht dulden«, strengte die Stadt einen Zivilprozeß gegen uns an. (Wie ein beleidigter Stücklesbesitzer in keinster Weise Verantwortung erkennen lassend.)

Ein Jahr später, nach zwei mißglückten Anläufen vor Gericht, wurde einer vom Amt für Öffentliche Ordnung verfaßten 'Allgemeinverfügung' vor dem Verwaltungsgericht stattgegeben. In dieser achtseitigen 'Allgemeinverfügung' wird von Bauparagraphen über Baugesetze bis hin zu MieterInnenschutzgesetzen (!) alles herangezogen, was auch nur im Entferntesten der Existenz einer Wagenburg entgegenwirken könnte. (Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!): – »... ist zum Aufstellen von Bauwagen eine Genehmigung erforderlich...« – »... muß jede Wohnung ein Bad oder eine Dusche haben...« – »... muß jede Wohnung mindestens eine Toilette haben...« – »... muß die Fensterfläche 1/10 der Gesamtgrundfläche betragen...« – »... ist das Nächtigen auf öffentlichen Anlagen in der Zeit von 20-6 Uhr untersagt...« – »... nutzen sie die Rechtswidrigkeit ihres Tuns und die drohende Obdachlosigkeit bewußt und gezielt zur Erpressung des Staates aus...« – »... kann der Gefahr eines erneuten rechtswidrigen Zustandes nur durch die Beschlagnahme der Wagen wirksam begegnet werden...« – »... ist das Aufstellen der Wagen im gesamten Stadtgebiet Stuttgart untersagt...«.

Seit Bestehen der Allgemeinverfügung sind wir 6 mal umgezogen (der 7. Umzug steht bevor), ständig die drohende Beschlagnahme der Wagen im Nacken. Mit der Zusage der Stadt, nicht die hinterletzten Bauparagraphen hervorzuziehen, falls wir einen Privatmensch fänden, der uns sein Grundstück zur Verfügung stellt, gingen und gehen wir an die Öffentlichkeit. Dennoch wurde uns die Nutzung einer privaten Wiese, mit der Begründung, dies sei kein Bauland, untersagt. Letztlich konnten wir der Beschlagnahme unserer Wagen nur durch die Unterstützung von Kirche und Jugendhausverein entgehen:

- eine Woche Notasyl in einem ev. Gemeindezentrum, die Wagen abgeparkt auf den Stellplätzen davor.
- vier Wochen Notasyl auf dem Gelände des Jugendhauses Stgt.-Mönchsfeld (die vier Wochen sind Auflage der Stadt, danach muß ein Bauantrag gestellt werden.)

Diese vier Wochen sind mittlerweile abgelaufen (12.Sept.) und eine konkrete Lösung ist nicht in Sicht, da die Stadt auch Vorschläge von Seiten der Kirche und des Jugendhausverein abblockt.

Stadt und Land geht es darum, jegliche Art von Eigeninitiative, auf die sie keinen Einfluß haben und die sich zu großen Teilen ihrer Kontrolle entzieht, zu unterbinden. Mit Hilfe der Allgemeinverfügung versuchen sie uns an die Leine zu legen, uns klein zu machen, um uns schließlich zu den Akten legen zu können. In der rasend schnellen Entwicklung der letzten Wochen, die für uns nackter Existenzkampf waren, mußte die Stadt angesichts der breiten Öffentlichkeit, die wir inzwischen hinter uns hatten, sehen, daß es uns mit den Wagen gibt und daß sie uns nicht einfach mit einer Hundertschaft räumen kann, ohne politische Einbußen zu machen. Also wie dann? Was im Moment läuft, seit wir auf das Jugendhausgelände gezogen sind, ist Kleinhaltung, uns die Fäden aus der Hand nehmen, denn verhandelt wird immer noch nicht mit uns direkt.

Da müssen sich anerkannte Institutionen wie Kirche und Jugendhausverein zwischenschalten, damit sich überhaupt mal was bewegt. Und wir sind darauf angewiesen, daß sich Menschen für uns einsetzen. Wir müssen uns weitgehendst mit deren Art und Weise, wie sie das tun, abfinden. Wir müssen deren Schiene akzeptieren, die nicht unsere ist und auf die wir keinen Einfluß haben. Sämtliche Verhandlungen laufen ohne uns. Wir können an diesem Punkt nur abwarten und dann die Verhandlungsergebnisse notgedrungen annehmen oder ablehnen und wieder nicht wissen wohin. Natürlich ist es nicht schlecht, daß da überhaupt was passiert, jedoch hat diese Art nichts mit dem zu tun wie wir es wollen. Wir wollen Akzeptanz unserer Lebensweise und direkte Verhandlungen. Alles andere sehen wir als Strategie, uns und unsere UnterstützerInnen zu ermüden. Indem kein Millimeter von den jetzigen Positionen abgewichen wird, soll ein Gefühl von Machtlosigkeit verbreitet werden. Diesem Starrsinn setzten wir eine noch breitere Öffentlichkeit entgegen und versuchen Menschen zu gewinnen, die sich mit unseren Forderungen solidarisieren und dahinterstehen:

- Verhandlungen mit uns direkt
- Weg mit der Allgemeinverfügung
- Ein fester Platz muß her. ●

Wer Konkreteres mitbekommen oder helfen will, eine akzeptable Lösung durchzusetzen...

Wagenburg »Wilder Süden«
c/o BI-Laden · Neckarstraße 73 · 7000 Stuttgart

AUFRUF

Nachdem sich die Situation um die Wagenburg »Wilder Süden« zugespitzt hat, wenden wir uns an die zuständigen Behörden, die politisch Verantwortlichen und fordern sie auf, Verhandlungen mit der Wagenburg aufzunehmen, um so zu einer politischen Lösung beizutragen. Die Wagenburg ist ein Wohnprojekt, das vor ca. 1,5 Jahren als Selbsthilfeprojekt gegen die Wohnungsnot gegründet wurde. Dort leben mittlerweile permanenet 20 Menschen in selbst ausgebauten Bau- und Zirkuswägen zusammen. Die Wagenburg kann eigenständig, ohne öffentliche Zuschüsse existieren, alles Lebensnotwendige wird selber organisiert. Sämtliche Ver- und Entsorgungsprobleme wurden in Eigenregie gelöst, was auch von untergeorneten Behörden (wie z.B. Wasserwirtschaftsamt) abgenommen wurde.

Von Anfang an versuchte die Stadt Stuttgart ein Fortbestehen der Wagenburg zu unterbinden. Seitdem im Industriegebiet »Tränke« eine vertragsähnliche Vereinbarung getroffen wurde, blockte die Stadt jeglichen Versuch ab, Gespräche über einen Pachtvertrag für ein geeignetes Gelände zu führen. Seit dem 24. Juli 1991 existiert eine Allgemeinverfügung, die das Leben im Bauwagen allgemein verbietet. Damit soll der Wagenburg jegliche Existenzberechtigung abgesprochen werden. Als Begründung dienen verschiedene Baurechtspragraphen, wie z.B.:

- zur Aufstellung von Bauwägen ist eine Baugenehmigung erforderlich.
- Wasserversorgung und Wasserentsorgung muß durch direkte Anschlüsse ständig gesichert sein. Vom Wasserwirtschaftsamt abgenommene bisherige Lösungen wie Hydrantanschluß und Abwasserentsorgung in der Kläranlage reichen anscheinend nicht mehr aus.
- Jeder Wagen braucht eine eigene Dusche und Toilette
- Die Fensterfläche muß 1/10 der Gesamtfläche des Raumes betragen... etc. .

Diese baurechtlichen Bestimmungen, denen die Stadt im sozialen Wohnungsbau selbst oft in keinster Weise gerecht wird, erscheinen geradezu paradox.

Die Allgemeinverfügung umfaßt auch andere fadenscheinige Argumente wie:

- die Wagenburg wollte sich an der Warteliste für Wohnraumsuchende vorbeischleichen, und versuche damit, den Staat zu erpressen (Die Wagenburg sucht keine Wohnungen, sondern einen festen Platz!),

oder:

- eine von uns ausgehende Initialwirkung wird befürchtet (was spricht gegen geeignete Form von Eigeninitiative?)
- Bei Nichtbefolgen der Allgemeinverfügung (AV) droht die Beschlagnahme der Wohnungen.

Dies hatte zur Folge, daß die Wagenburg seit dem Erlaß der AV gezwungen war, sechsmal umzuziehen. Letztendlich konnte eine Beschlagnahme der Wagen nur durch die Hilfe von Kirche und Jugendhausverein verhindert werden.

Doch auch solche Lösungen werden von der Stadt nur kurzfristig geduldet. Diese Haltung erscheint uns unverständlich, da angesichts der Wohnungsnot die Stadt über jede Eigeninitiative froh sein sollte, die die Notfallkartei entlastet und neuen Wohnraum schafft. Genau deshalb sollte die Stadt die Lebensform im Wagen akzeptieren, Wohnungen für Wohnungssuchende beschaffen und nicht WagenburgbewohnerInnen in die Schlange der Wohnungslosen einreihen.

Von Seiten der Bevölkerung besteht Zustimmung und Akzeptanz bis hin zu konkreter Unterstützung. So hatte die Wagenburg das Angebot eines Bauern, sein Privatland für sechs Monate beziehen zu können. Diese Lösung wurde von der Stadt mit der Begründung, dies sei kein Bauland, abgelehnt. Die dadurch wieder in Kraft tretende Räumungsandrohung schiebt natürlich Privatpersonen ab, die eigentlich bereit wären, ein Grundstück zur Verfügung zu stellen.

OB ROMMEL spricht von einem Notstand im Hinblick auf die Wohnungssituation. Die Lösung solcher Notstände erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, die nicht durch die kleinliche Anwendung bürokratischer Paragraphen blockiert werden dürfen. Dazu gehört, daß die Stadt einerseits die Wagenburg als menschenunwürdig bezeichnet und Paragraphen benützt, um neue Notlagen zu schaffen, andererseits aber selber darauf achtet, genau diese Paragraphen in anderen Fällen anzuwenden: z.B. bei der Unterbringung von 200 AsylbewerberInnen in einer Halle der Stuttgarter Straßenbahn AG oder: Wohncontainer direkt an der Autobahn, und sorgt somit selbst für die Schaffung menschenunwürdiger Zustände, anstatt sie zu beheben. Es geht nicht darum, Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen zu schaffen, sondern Lösungen zu finden, die ein menschenwürdiges Wohnen für alle Beteilgten ermöglichen.

Die Wagenburg braucht jedoch eine breite öffentliche Unterstützung, um die Blockade von Seiten der Stadt zu durchbrechen. Wir fordern die Stadt Stuttgart auf, die Allgemeinverfügung zurückzunehmen und Verhandlungen mit den BewohnerInnen der Wagenburg über einen geeigneten Platz zu führen... ●

Unterschreiben und an die Stadt Stuttgart senden.

KULTURNOTIZEN

Landtagshearing zur Soziokultur

Das Hearing des Nordrhein-Westfälischen Landtags zur Soziokultur wird jetzt endgültig am 12.2.1992 stattfinden, das beschloß der Kulturausschuß in seiner letzten Sitzung.

Fortbildung

Vom 18. bis 19.11.1991 führt die Landesarbeitsgemeinschaft NRW in der Bildungsstätte »Neues Alter e.V.« in Hattingen eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema »Arbeits- und Sozialrecht, Teil 2« durch. Auch für MitarbeiterInnen aus anderen Bundesländern ist die Teilnahme an diesem Seminar möglich, wobei zu beachten ist, daß es sich um eine Fortbildung handelt und Kenntnisse über die Grundzüge des BAT (Eingruppierung, Vergütung etc.) vorausgesetzt werden. Teil 2 behandelt u.a. den inhaltlichen und vertraglichen Bereich von Arbeitsverhältnissen. Nähere Informationen: LAG NRW, ☎ (02 51) 51 84 75.

Ein weiteres Fortbildungsangebot macht die Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste/Jugendkunstschulen NRW e.V. mit ihrem Programm »punkt um«. Bezug: LAG Kulturpädagogische Dienste, Luisenstr. 22, 4750 Unna.

BAYERN

Eröffnung des »Kulturzentrums im Fischerhof«, Bamberg

Im Semptember eröffnete endlich auch in Bamberg ein selbstverwaltetes, sozio-kulturelles Zentrum seine Pforten. Damit hat der Verein KULTURSPRUNG e.V. (bis vor kurzem: Verein zur Förderung von Bildung und Kultur Bamberg e.V.) sein seit 1988 verfolgtes Ziel erreicht. Seit dem 1.9.1991 ist der Verein Pächter der Gaststätte »Fischerhof« und verfügt über einen Veranstaltungssaal für ca. 150 Personen, diverse Nebenräume und einen großen Garten. Weitere Informationen: »Kulturzentrum im Fischerhof«, Gaustadter Hauptstr. 109, 8600 Bamberg, ☎ (09 51) 6 89 06 oder 20 39 56.

BERLIN/BRANDENBURG

Bestandsaufnahme Soziokultur

Eine Bestandsaufnahme von soziokulturellen Aktivitäten und Einrichtungen in Berlin und Brandenburg wird vom »Förderband e.V.« zwischen Herbst 1991 und Juli 1993 durchgeführt. Das gewonnene Datenmaterial soll eine fundierte Grundlage für die konkrete Förderung von Soziokultur durch die öffentliche Hand darstellen, wobei besonders auch auf strukturelle Verbesserungen der Situation zu achten wäre.Nähere Informationen: Förderband e.V., Rosenthalerstr. 50, O-1020 Berlin.

Bundesmittel für Kultur in Brandenburg

Nach einer Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes fließen 1991 ca. 125 Mio. DM Bundesmittel zur Kulturförderung Richtung Potsdam. Ca. 57 Mio. DM werden dabei für Baumaßnahmen, Investitionen und Ausstattung bereitgestellt. Die Mittel stammen aus dem Infrastrukturprogramm und auch Freie Initiativen und Projekte sollen daran partizipieren. Die »Westimporte« im Brandenburger Kulturministerium scheinen sich für die soziokulturelle Szene positiv bemerkbar zu machen.

THÜRINGEN

Abschlagszahlungen bei ABM

Das Thüringer Mimisterium für Soziales und Gesellschaft weist in einer Pressemitteilung daraufhin, daß Träger von ABM bei Genehmigung einer Maßnahme Abschlagszahlungen auf die Lohnkosten erhalten können und eigene Mittel nicht eingesetzt werden müssen. Entsprechende Anträge sind an das bewilligende Arbeitsamt zu richten.

MEDIEN

Radio von Unten im Chaos Computer Club

Seit einigen Monaten werden im Btx-Programm des Hamburger Chaos Computer Clubs aktuelle Informationen aus Radio von Unten, dem alternativen Medienmagazin aus Göttingen, veröffentlicht.

Ständig sind hier latest news, Programmtips und Veranstaltungshinweise »on line«. Die Btx-Seiten können von jedem privaten oder öffentlichen Bildschirmgerät unter *65532* oder *chaos*1 aufgerufen werden. Der Umpfang der aktuellen RVU-Seiten im Chaos-Btx-Programm liegt zwischen fünf und zehn Seiten.

Im übrigen werden Meldungen aus dem Computer- und Telekommunikationsbereich vom Netzwerker für das Btx-Programm des CCC redaktionell aufbereitet. Das Programm des CCC/Netzwerker/RVU ist im September auf Rang fünf der offiziellen »Btx-Hitparade« vorgestoßen.

Eigene Btx-Seiten hat Radio von Unten außerdem im Programm von »Stars & Shows« ab Seite *6070012413* bzw. dem JOWI-Pressedienst auf Seite *66366121* untergebracht.

Der Netzwerker/CCC bietet seit April 1990 auch Telesoftware für PCs via Btx an. Neu: die Liste der politischen Untergrundsender auf Kurzwelle und die Liste der 0130-Nummern zum kostenlosen Telefonieren – alles als Teledaten. Die starke Verbreitung der PCs als Btx-Endgeräte gewinnt durch Teledaten eine neue Qualität. Die mit PKARC gepackten Daten können auf dem eigenen Rechner ausgewertet werden. Natürlich werden auch die PC-Software-Angebote ständig aktualisiert.

NACH HOYERSWERDA: LINKE AUS OST UND WEST TREFFEN SICH IN DRESDEN

Zum ANTIFA-RATSCHLAG in DRESDEN

In Nummer 84 der CONTRASTE wurde bereits kurz über Vorgeschichte und Vorbereitungsstand des bundesweiten Antifa-Ratschlages berichtet. Dieser Bericht schloß mit dem Termin für das geplante Vorbereitungstreffen am 14. September diesen Jahres. Hier nun ein Bericht über das Meeting:

Dresdner Antifas, Red. Dresden ● Das Treffen begann mit der üblichen geringfügigen Verspätung gegen 12.30 Uhr mit einer Vorstellung der TeilnehmerInnen. Vertreten waren erfreulich viele Gruppen der Antifabewegung aus etlichen Regionen / Städten. Da zeitgleich Chemnitzer Antifas zu einer Demo aufgerufen hatten, war der Dresdner Vorbereitungskreis eher unterrepräsentiert. Die Folgen waren für uns DresdnerInnen, nach ca. 7 1/2 stündigem Sitzungsmarathon, u.a. heftige Abnutzungserscheinungen.

Dennoch konnten wichtige organisatorische Details, wie z.B. je eine Vorbereitungsgruppe für Berlin (inhaltliche Koordinierung der einzelnen Arbeitsgruppen) und für Dresden (für die organisatorische Vorbereitung), sowie Vorabsprachen für die Absicherung, geklärt werden. Für das Selbstverständnis und die Akzeptanz der Dresdner Antifaschistinnen wichtig war eine Bestätigung des bereits am 13.7. beschlossenen Vetorechtes der DresdnerInnen.

In den inhaltlichen Debatten, wurden die Themenschwerpunkte

- Zum aktuellen Entwicklungsstand der Nazi-Organisationen
- Vergangenheitsaufarbeitung / verordneter Antifaschismus, Verhältnis von Stasi und Faschos
- Praktische Fragen / Verhalten gegenüber jugendlichen und anderen Faschos, Sicherheit

und

- Vorsichtsmaßnahmen , Sicherheitspartnerschaften mit der (Ost) Polizei, Erfahrungen mit linken Strukturen z.B. EA, Info-Cafes, Läden, Zeitungen etc.
- Geschichte von Ost- und West-Linken / Unterschiede und Erfahrungen
- Rassismus,

die ebenfalls am 13.7. festgelegt worden waren, bearbeitet, zudem gab es von einzelnen VertreterInnen erste Vorschläge für Workshops und Arbeitsgruppen.

Die von einigen AntifaschistInnen kritisierte »Allgemeinheit« der Themenvorschläge resultiert m.E. daraus, daß der Dresdner AntifaRatschlag das erste große Arbeitstreffen zwischen Ost- und WestLinken sein wird; mithin die erste Möglichkeit, sich in größerem Rahmen über grundsätzliche Bedingungen in den beiden.Teilen Doitschlands zu verständigen, Gemeinsamkeiten festzustellen.

Trotz zum Teil heftiger Kontroverse kam es weder in inhaltlichen, noch in organisatorischen Fragen zu weiteren Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

NACHSÄTZE

Die Diskussionen um den Antifa Ratschlag haben in Dresden einen Prozess in Bewegung gebracht, der bereits jetzt selbständige Formen annimmt.

Es ist unter dem Eindruck der Ereignisse in Hoyerswerda, verstärkter Angriffe und Überfälle in und bei Dresden, die Bereitschaft der AntifaschistInnen (sowie nicht organisierter Mitbürger) spürbar gewachsen, sich wirkungsvoll gegen die neonazistische Bewegung zur Wehr zu setzen, nicht länger tatenlos zu bleiben.

Zur Zeit sind in Dresden verschiedenste Zusammenhänge dabei, sich als antifaschistische Arbeitsgruppen zu formieren. So zum Beispiel die »AG Rechtsextremismus« im »Sächsischen Friedensforum« (entstanden zur Zeit des Golfkrieges), oder der Zusammenhang der AJF, nach dem 20.4. zerstritten und desorientiert, der sich jetzt wieder festigt.

Diese Aufzählung ließe sich um etliche Sätze verlängern, ohne daß wir einen 100 %igen Überblick über antifaschistische Arbeit im Raum Dresden geben könnte; so fehlt uns momentan z.B. ein genauer Einblick in entsprechende Bemühungen kirchlicher Kreise.

Feststellen läßt sich diese Entwicklung; außer in den theoretischen Diskussionen, in einer Vielzahl von Aktivitäten. Es existieren zur Zeit Aufrufe zu einer Plakataktion zur Unterstützung von AusländerInnen gegen Naziwillkür. Die Besetzungsaktion des KulturKraftWerk's nahm in ihren Veröffentlichungen einen eindeutigen Bezug zu sozialen Ursachen für nazistische Entwicklungen unter Jugendlichen in den Dresdner Neubaugebieten. Die AG Vorbeugung (gegen rechte Gewaltakte) inszenierte eine öffentliche Postkartenaktion an den Innenminister Krause, um eindeutige politische Äußerungen (oder eindeutiges Schweigen) zu provozieren. AutonomeJugendliche mobilisierten in den letzten Wochen mehrmals zur Verteidigung gegen faschistische Überfälle auf AusländerInnenwohnheime und zur Unterstützung der Demonstrationen in Hoyerswerda.

Einen Höhepunkt fand diese Entwicklung in einer spontanen, nichtangemeldeten Demonstration, zu der die Dresdner Sektion des S.H.A.R.P. (Skin's gegen Rassismus) aufrief. Bei einer öffentlichen Vorbereitung von nur drei Tagen fanden sich am Treffpunkt der Demo 600 Menschen zusammen, im weiteren Verlauf erhöhte sich ihre Zahl auf ca. 1.500 !

Wenn dieser Bericht in der CONTRASTE erscheint, werden sich die Berliner und die Dresdner Koordinierungsgruppen wieder getroffen haben, um über den Stand der Vorbereitungen zum Antifa-Ratschlag zu beraten. Wahrscheinlich wird auch das letzte bundesweite Vorbereitungstreffen stattgefunden haben. Und hoffentlich wird noch mehr Antifaschismus in täglicher und »nichtalltäglicher« Politik umgesetzt werden. ●

Der Antifa-Ratschlag findet vom 1. bis 3.November 1991 in Dresden statt.

Demonstration am 29.9.1991 in Dresden — Foto: Marion Gröning

Die Liste rassistisch oder faschistisch motivierter Straftaten im Freistaat Sachsen ist lang und wird täglich länger. Sie weist Brandstiftungen auf wie schwere Körperverletzungen, die brutale Mißhandlung einer schwangeren Frau, den Angriff auf ein Kinderheim, mehrere Mordanschläge und die Tötung eines Menschen. Bis heute wurde kein Täter zur Verantwortung gezogen.

Mit den Ereignissen in Hoyerswerda erreicht dieses Treiben eine neue Dimension. »Was sich dort abgespielt hat, das ähnelte nicht einem Pogrom, das war eines: das erste in der Geschichte der Bundesrepublik. (...) Die Verlegung der ausländischen Bewohner Hoyerswerdas in andere Orte auf Druck der »Deutschland den Deutschen«-Schreier und ihrer beifallklatschenden Sympathisanten stellt eine schlimme Niederlage der Demokratie in der Bundesrepublik dar.« (Ulrich Hausmann in der TAZ vom 27. 9. 91)

Es wiederholt sich hier, im Schweigen, Wegsehen oder Beifallklatschen, die Schande des 3. Reiches. Und es wiederholt sich die Ohnmacht der Weimarer Republik, wenn der demokratische Staat weiterhin zuläßt, daß grundlegende Rechtsgarantien, Demokratie und Menschenrechte, Gesetz und Verfassung ungestraft mit Füßen getreten werden.

Wir fordern die Pollitiker aller demokratischen Parteien, die Kirchen und Gewerkschaften auf, sich mit den Opfern zu solidarisieren. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, die Rechtstaatlichkeit wiederherzustellen und dem kriminellen Treiben rechtsextremistischer Banden ein Ende zu setzen.

Mitglieder und Mitarbeiter des Kulturstadt Dresden e. V., der Kulturinitiative Hamburg-Dresden, der Bunten Republik Neustadt (BRN), AG Kulturkraftwerk, Gruppe Vorbeugung, Neues Forum Dresden

NACH HOYERSWERDA: JUGENDLICHE AUS OST UND WEST DISKUTIEREN IN NÜRNBERG...

Der »Dresdener Kindersturm«, die Lehrerin und die Gewalt

»Wir sind froh, daß wir die Russen los sind. Und jetzt kommen die Yankees«, sagt unter großem Beifall ein junger Mann aus Ostberlin. Die Gymnasiasten, die ihm applaudieren, sehen aus wie die existentialistisch angehauchte Avantgarde der 50er Jahre: kurze, bunt gefärbte Haare, schwarzer Rollkragenpulli.

Gabi Hofacker, Red. Nürnberg ● Schauplatz: ein Festsaal auf der Nürnberger Burg. Veranstalter des ersten gesamtdeutschen jugendpolitischen Kongresses vom 1. bis 3. Oktober, zur Einjahresfeier der neuen deutschen Einheit, ist das Jugendzentrum der Stadt Nürnberg. Angeregt haben den Kongreß Schüler der Nürnberger Rudolf-Steiner-Schule. Es kamen: über 200 Jugendliche aus Dresden, Jena, Erfurt, Halle, aus Freiburg, Nürnberg, Graz.

Bei der Anmeldung schrieben sie sich in Arbeitsgruppen ein: Das Drogenproblem war darunter, Müllvermeidung, Umweltthemen....

Doch am ersten Abend des Kongresses ist die Stimmung völlig anders: Seit ihrer Anmeldung waren Hoyerswerda und die weiteren Aktionen der Rechtsradikalen passiert. Der Arbeitskreis »Rechtsextremismus«, den Peter Lokk und Gabriele Hoofacker (die Autorin) anbieten, findet großen Zulauf. Schon vor Beginn haben sich an die 40 Jugendliche in die Liste eingeschrieben. Am nächsten Morgen sind es dann fast doppelt so viele, die an der Gesprächsrunde teilnehmen wollen.

»Ich will die Argumente der Rechten kennenlernen«, sagt ein Mädchen aus Jena. »Linke wie Rechte sollen ihre Vorstellungen sagen«, fordert eine Gruppe aus Dresden. Der Zulauf besonders aus den neuen Bundesländern ist groß...

Die SINUS-Studie

Peter Lokk und ich haben die Fragebögen der »Sinus-Studie« vorbereitet. Das SINUS-Institut erforschte Anfang der 80er Jahre die Köpfe der (West-)Deutschen. Behauptungen wie »Es ist für die Volksgesundheit und das Volksganze besser, wenn degeneriertes Leben beseitigt wird« oder »Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden.« Veröffentlicht wurde das ganze als rororo-aktuell Taschenbuch. Ergebnis damals, 1981: Etwa zehn Prozent der Befragten haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, mit Leitbildern wie Zucht und Ordnung, Führerprinzip, Ausländerfeindlichkeit.

Peter Lokk und ich hatten ähnliche Befragungen mit Jugendlichen 1983, 1985 und 1988 durchgeführt, mit dem deprimierenden Ergebnis, daß die Zustimmung besonders zu den ökologisch maskierten Behauptungen auch bei »linken« Jugendlichen zunahm.

Zehn Jahre später ist das kein Thema mehr. Als die über 80 Schülerinnen und Schüler die Fragebogen ausfüllen, geht es bereits hoch her. Beim Besprechen der ersten Behauptungen geht es sofort los: »Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«. Drei der Anwesenden kreuzten an »völlig richtig«. Die Mehrheit freilich entschied sich für »eher falsch«, »völlig falsch«, aber auch »keine Angaben«.

Die drei melden sich zu Wort. Es stellt sich heraus, daß es sich um drei Realschüler aus Dresden handelt, etwa 15 Jahre alt, einer war auch in Hoyerswerda dabeigewesen. Was sie sagen, klingt nicht neu: Ein Führer solle dafür sorgen, daß es den Menschen besser geht. In Deutschland sei das Geld ungleich verteilt, es gebe Geiz unter den Menschen.

Die aufgeklärten, liberalen wie linken Jugendlichen sind sprachlos, eine beredte farbige Nürnberger Gymnasiastin jedoch nicht: Sie protestiert dagegen, daß die Ost-Jugendlichen hinter ihrem Rücken »Nigger« zischen. Sie sei hier geboren und aufgewachsen. Anspielend auf den starken sächsischen, für die Süddeutschen fast unverständlichen Dialekt meint sie: »Ich spreche besser deutsch als ihr, hochdeutscher!«.

Fortsetzung nächste Seite

AUFRUF

Die aus Hoyerswerda vertriebenen Flüchtlinge müssen in Berlin bleiben können!

Die sächsische Stadt Hoyerswerda steht heute für Rassismus. Sie verkörpert auf brutale Art und Weise eine Pogromstimmung im 'geeinten' Deutschland. Rassismus beschränkt sich aber keineswegs auf die ehemalige DDR.

Sein beständiges Anwachsen wurde durch die Politiker gedeckt und gefördert. Wie anders sind die Aussagen der Landowskis, der Schäubles, der Rühes, der Däubler-Gmelins, der Schmitz und wie sie alle heissen, zu verstehen, die nach wie vor vom »Missbrauch des Asylrechts«, von »stehlenden und betrügenden Ausländern«, von »den unangepassten und zu lauten Fremden«, vom »übervollen Schiff« usw. reden. Damit legen sie die Grundsteine für die unüberschreitbare Mauer, die das »europäische Haus« gegen Flüchtlinge/ArbeitsimigrantInnen aus der sogenannten Dritten Welt absichern soll.

Ohne mit grösserer Strafverfolgung rechnen zu müssen, erfüllen neofaschistische Gruppen mit ihren Überfällen den praktischen Part dieser Abschottungspolitik. Dank der politischen Rückendeckung in allen Bundesländern, den alten wie den neuen, wurden Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen immer häufiger ihre Zielscheibe. Menschen werden zusammengeschlagen, sie werden ermordet, ihre Unterkünfte zerstört.

Die AkteurInnen: immer besser organisierte Neofaschisten. Das Publikum: die klammheimlich oder offen ihre Zustimmung äussernde Bevölkerung. Menschen des 'geeinten' Deutschlands, die ihre Unzufriedenheit über ihre eigene miese Lage stimmungsvoll an den Flüchtlingen/ArbeitsimmigrantInnen auslassen. Die, die anderer Meinung sind, trauen sich aus Angst nicht mehr den Mund aufzumachen. Die Regieführenden: sie sitzen in der Bundes- und den Landesregierungen, in vielen der grossen Medienzentralen. Um die Stimmung richtig anzuheizen, hat nicht zuletzt Springers 'Bild' über die ganze Stadt verteilt - Hetzanzeigen gegen asylsuchende Menschen gestartet.

Es wird in den Medien unterschlagen, dass nicht allein Flüchtlinge angegriffen werden, sondern auch ArbeitsimigrantInnen, die über Jahre als billige Arbeitskräfte hier ausgebeutet wurden. Über die möglichst schnelle Abschiebung sollen sie auch noch um die ihnen zustehenden Abfindungen gebracht werden. Die Flüchtlinge/ArbeitsimigrantInnen werden bewusst in Gebiete verfrachtet, in denen grosse soziale Unzufriedenheit herrscht. Sie werden in Heimen isoliert und sollen jetzt »zu ihrem Schutz« hinter Stacheldraht in Lager oder Bundeswehrkasernen gesperrt werden.

Einem Teil der Flüchtlinge aus Hoyerswerda ist es im Verlauf der letzten Tage gelungen, sich nach Berlin abzusetzen. Sie sind geflohen, nachdem die sächsische Landesregierung sie in Bussenaus Hoyerswerda zwangsverschoben hat. Das Ziel wurde den Flüchtlingennicht genannt. Teilweise wurden sie sogar in Wäldern abgesetzt. Sie wurden nach Nationalitätengruppen getrennt. Verschiedenen Berliner Kirchengemeinden haben bisher mehr als 30 Flüchtlinge aufgenommen. Dort können sie ausruhen und sind geschützt vor Angriffen und vor der Asylverteilungsbürokratie der Politiker. Der gegenwärtige Aufenthaltsort der anderen, mit ihnen in Hoyerswerda gemeinsam untergebrachten Flüchtlinge ist weiterhin unbekannt.

Die Flüchtlinge haben sich entschieden, nicht länger Objekte zu sein, die über Verteilungsquoten verschoben werden. Sie sind nach Berlin gekommen, weil sie hier leben wollen. Wir werden sie darin so lange unterstützen, bis ihnen dies möglich ist.

Wir fordern vom Berliner Senat:

- Eine sofortige Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda nach Berlin geflohenen Flüchtlinge.
- Freizügigkeit für alle Flüchtlinge in der Entscheidung über ihren Aufenthaltsort.
- Keine Kasernierung von Flüchtlingen, sei es in Heimen oder Bundeswehrkasernen.
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen, die hier bleiben wollen.

Autonome Flüchtlingsgruppen Berlin

VON WIEN NACH WLADIWOSTOCK

Zweimal rollende Zukunftswerkstatt in die Sowjetunion

Ein Aktionskunstprojekt im Geiste Joseph Beuys und seiner sozialen Plastik sucht noch Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Projekten und Betrieben

Redaktion Heidelberg ● Sophia Wagner und Samuel Fleiner machen Aktionskunst mit Tüchern. Diese Tücher stammen aus Kliniken, Hotels und anderen deutschen Institutionen. Klöster, Psychatrien, Bordelle und sogar Bundeswehr und Polizei gaben ausgemusterte Bettlaken, Bettbezüge und Vorhänge, die von den beiden zu neuen, großen Stücken zusammengesetzt und in leuchtenden Farben gefärbt wurden.

Diese Tücher bilden nun das optische Instrumentarium mit dem die beiden arbeiten. Ihre Installationen sind schön und sinnlich. In den leuchtenden Tüchern spielt der Wind und die Schatten. Aber nicht nur das: Die Tücher stehen für das Leben, Gebähren und Sterben, daß in Ihnen stattfand. Tücher haben eine starke Symbolkraft, das wird z.B. bei Fahnen am deutlichsten. Das Färben der Tücher, mit denen die beiden Künstler arbeiten hat deren Nutzungsspuren sichtbar gemacht. So erzählt in jeder Ausstellung, bei jeder Hängung ein Tuch seine individuelle Geschichte.

Vor etwa einem Jahr, im Oktober 1990 hatten die beiden die Idee, diese Tücher in Bewegung zu bringen. In alte Güterwagen gehängt würden sie, als Lebenssymbole, Metaphern sein für all die Schicksale, die verknüpft waren mit diesen Wagen: Die Deportierten, die Kriegsgefangenen, die Vertriebenen: Sie alle erlitten das Schicksal des gewaltsamen Transports zu Orten an denen sie nicht sein wollten, von denen es für viele keine Wiederkehr mehr gab.

Die Strecke auf der dieser Zug fahren soll, sollte im Zusammenhang mit Vernichtung, Vertreibung und Deportation von Menschen stehen. Ein symbolischer Weg: Der Zug sollte eine Geste der Versöhnung werden für die Menschen und ihre Familien, die von diesem Schicksal betroffen waren: Deshalb Wien, München, Berlin, Warschau, Moskau bis nach Wladiwostok, dem Inbegriff der Ferne und Abgeschiedenheit. Dort in Wladiwostok war auch das am weitesten entfernte Kriegsgefangenenlager, in dem noch lange Jahre nach Kriegsende deutsche Soldaten interniert waren. Die Strecke der Transsibirischen Eisenbahn wurde fast vollständig von Zwangsarbeitern gebaut. Auf dieser Strecke wurden hunderttausende Stalinistische Deportierte nach Sibirien geschickt. Dort wurden sie benutzt um die Rohstoffe auszubeuten, die u.a. heute die Grundlage sind für Altlasten, Klimakatastrophe und Waldsterben.

Heute steht die Sowjetunion im Umbruch. Sie hat wie Deutschland noch eine Menge Vergangenheit aufzuarbeiten: Und sie hat enorme Probleme mit der Gegenwart und ihrer zukünftigen Entwicklung. Mit dem Unterschied, daß dort die Probleme sichtbar und spürbar sind, wo sie doch hier, in der alles betäubenden Konsumgesellschaft, viel weniger deutlich spürbar sind.

Fast scheint es, als gäbe es keine Utopien und Zukunftsentwürfe mehr für die Menschen dort: Gleichzeitig aber gibt es gerade in der Sowjetunion die Chance etwas fundamental anderes zu entwickeln:

- Neue Lern- und Lebensformen (Steiner, Freinet, Montesori, Projektstudium etc.)
- Angepaßte Technologien, Nutzung regenerativer Ressourcen, Stirlingantriebe
- Die Rolle der Frau in beiden Gesellschaften
- Biologische Abwasserbehandlung, Komposttoiletten, Aquakulturen
- Menschen und umweltverträgliche Verkehrskonzepte
- Erfahrungen mit Wind- und Solarenergie, Biogasanlagen, Kraft-Wärmekopplung
- Lehmbauarchitektur und biologisches Bauen, Bauen mit der Natur
- Altlastensanierung und Umnutzung von Industrie- und Bergbaurevieren
- Selbsthilfe, Partizipatorische Modelle in der Stadterneuerung
- Biolandbau und Handarbeitslandwirtschaft, Ingenieurbiologie, Permakultur
- Eigenständige Regionalentwicklung, Nutzung regionaler Ressourcen
- Verschiedene Ansätze der Psychotherapie und der Sozialarbeit, Erfahrungsmedizin
- Umstruktierung monolithischer Institutionen, Rüstungskonversion
- Naturnaher Waldbau und Konzepte nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung
- Direkte Formen der Demokratie, Erweiterter Kunstbegriff, gewaltfreie Aktion
- Mitbestimmung, Selbstverwaltung, Unternehmensgründung, soziale Marktwirtschaft

In diesen Themen und in Ihrem Zusammenspiel drückt sich ein positiver Zukunfts- und Gesellschaftsentwurf aus, der die Gegenwart und ihre Probleme mit im Blick behält. In den Bereichen biologischer Obstbau, alternative Ökonomie, Nutzung regenerativer Energiequellen und Stirlingantriebe und in der Permakultur gibt es bereits Anmeldungen. Als prominentester Teilnehmer hat sich der Salzburger Robert Jungk einen Platz freigehalten. Gleichzeitig soll dieser Zug auch eine Symbiose mit Kunst und Politik sein. Neben Referenten und Referentinnen suchen die Initiatoren deshalb auch nach LiteratInnen, MusikerInnen, Theaterleuten und Kunstschaffenden, die das Projekt begleiten wollen. So trägt dieser Zug nicht nur mit den Tüchern die Last der Vergangenheit und ihrer Aufarbeitung mit sich, sondern er transportiert auch die Chancen und Entwicklungs-möglichkeiten der Zukunft.

Eine reizvolle und ungewöhnliche Winterreise:

Die Fahrt auf dem goldenen Ring vom 27.12.91 bis 6.1.92 dient der Vorbereitung der Fahrt auf der Strecke der Transsibirischen Eisenbahn im August 1992. Der goldene Ring steht für die historischen Städte des alten Rußland. Silvester findet im Salonwagen des Reisezuges statt. Im Winter können für DM 1.340 pro Person 30 Menschen aus Westeuropa mitreisen, die rollende Sommerakademie im August bietet für ca. 50 Menschen von hier Platz. Die Partner für diese rollende Zukunftswerkstatt sind überwiegend freigegründete Initiativen: Ein erster Erfolg von Glasnost und Perestroika.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Für die Realisierung dieser Projekte, wurde ein gemeinnütziger Verein mit dem Namen »Von Wien nach Wladiwostok« gegründet. Das Aktionsbüro befindet sich in der ehemaligen fürstlichen Schloßgärtnerei in 6901 Langenzell/Baden. Spenden an diesen Verein sind steuerlich voll absetzbar.

Anmeldung und konkrete Anfragen für die Winterreise bitte schriftlich und so bald wie möglich. Anfang November müssen die Veranstaltungsorte und die Partner für die Winterreise festgeklopft werden. ●

Anmeldung & weitere Infos:
Von Wien nach Wladiwostok e.V.
ehemalige fürstliche Schloßgärtnerei
6901 Langenzell
☎ (06223) 4 71 40
Fax (06223) 4 80 86

Die Nummer des Spendenkontos:
36 609 bei der Bezirkssparkasse Heidelberg, BLZ 672 500 20

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Spöttisches Lachen von den Berlinern: »Hochdeutscher, das gibt es nicht«. Die jüngeren Rechten aus Sachsen aber sind getroffen. Der wortmächtigste der Dresdner stammelt »Ich bin, äh, auch nicht dafür, dich zurückzuschicken, ähm, wohin eigentlich?«

Bei der zweiten Frage profilieren sich die (Ost-)Berliner Gymnasiasten weiter. Nur acht Jugendliche hatten der Behauptung zugestimmt »Das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft sollte ausgebaut werden«. Ratlosigkeit bei den meisten: Was machen Gewerkschaften eigentlich? Ein Nürnberger Gymnasiast, ein »Linker«, wie er sagt, erklärt das großspurig: »Die vertreten die Arbeiter im Betrieb und kümmern sich in der Firma um die Arbeiter, und dann kämpfen sie für bessere Löhne und so.«

Ein Berliner Schüler (Ost) weist dem Nürnberger (West) minutiös nach, daß er hier den Betriebsrat mit den Gewerkschaften verwechselt hat und das Betriebsverfassungsgesetz mit der Tarifautonomie. Die Ost-Gymnasiasten argumentieren auch bei der nächsten Frage »Die nationalen Kräfte werden heute in der Bundesrepublik unterdrückt« intelligent, gesamteuropäisch, Deutschlands Rolle in Europa mit dem »Sonderweg« relativierend. Wo sie das herhaben?

Die große Mehrheit jedenfalls stimmt der Behauptung zu, daß die »nationalen Kräfte« (was immer das sein soll) unterdrückt würden. Das findet auch die junge Lehrerin schockierend, die zusammen mit der Gruppe aus Dresden angereist ist. Sie hatte vorher die drei jungen Nazis geschützt, zu integrieren versucht: Die Westler sollten nicht denken, das das repräsentativ sei für den Osten (»Mitteldeutschland«, korrigierte sie ein Berliner). Und: Wir sollten die jungen Männer nicht ausgrenzen. Sie beschreibt ihre Schule, die Lebenssituation der Jugendlichen.

Leben in der Neubausiedlung

Was die Lehrerin erzählt, erinnert an Jugendprobleme in den Siebziger Jahren (West): Neubausiedlungen ohne Kneipen, Rückzugsmöglichkeiten, Nischen für Schüler und Lehrlinge. Ratlose Eltern, arbeitslos, von Arbeitslosigkeit bedroht oder in eine Umschulungsmaßnahme des Arbeitsamtes gesteckt, die nicht nur ihnen unsinnig vorkommt. Schulkomplexe, steril und voll mit ratlosen Schülern und Lehrern. »Ich wollte mit den Jugendlichen was machen«, sagt Paula, die Lehrerin. »Ein Jahr lang haben wir um einen Treffpunkt gekämpft, eine Art Jugendzentrum. Die Jugendlichen haben selber Möbel gebaut, dafür geworben. Nicht eine müde Mark haben wir bekommen.

Jetzt mußten wir zumachen.« Sie beschreibt ein Problem des DDR-Erziehungswesens: Fast nur Frauen haben der Lehrerberuf ergriffen, Männer gibt es kaum. Rechte Gruppen mit ihrer Männerbündelei, ihren Männlichkeitsidealen fänden auch deshalb großen Zulauf bei Jungen in der Pubertät.

Peter und ich werfen unseren Plan für den Vormittag um. Statt der vorgesehenen Arbeitsgruppen wollen wir im Plenum bleiben. Die Offenheit, mit der die Jugendlichen aufeinander zugehen, wollen wir zum Gespräch nützen, die Ratlosigkeit und das Unwissen von Ost und West nicht mit Informationsgeröll zuschütten. Wir streichen die vorgesehenen kleinen Gruppenarbeiten, für die wir Infomaterial vorbereitet hatten, und moderieren die Talkrunde weiter. Unsere Hilfsmittel sind: ein Mikrophon, das dem Gespräch einen professionelles Aussehen gibt und das durch den ganzen Saal wandert, und ein Overhead-Projektor, auf dem wir Kernsätze festhalten.

Fragen und Antworten

In der Pause bestürmt uns eine Gruppe Gymnasiastinnen aus Dresden: Sie wollen die Argumente beider Seiten hören, sortiert nach »links« und »rechts«. Beide Richtungen sollen sagen, was sie wollen, und wie sie es durchsetzen wollen. These der Mädchen: »Die extremen Rechten und die extremen Linken wollen doch fast dasselbe: Beide wollen Gewalt.« Das hoffen sie, mit der Gegenüberstellung herausarbeiten zu können.

Der Vorschlag findet Zustimmung; Peter moderiert, ich schreibe. Als erstes die »Rechten«: Sie treten ein für ein »ausländerfreies Deutschland«, gegen Prostitution, Drogen, Homosexuelle, für die Grenzen von 1937, für ein gleiches Einkommen aller, für einen »gerechten Staat«. Was die »Linken« fordern, klingt eher diffus: für Demokratie, für Humanismus, für den Kommunismus, aber »das kann nicht funktionieren«, darin sind sich die meisten einig. Einige erwachsene Teilnehmer retten die Selbstdarstellung der Linken, sie fordern Toleranz, Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, andere Völker zu achten, Gewaltfreiheit.

Die Gewaltdiskussion

Das war das Stichwort: Die jungen Nazis sehen Gewalt als einziges Mittel an, das funktioniert. »Wir haben ja versucht, mit denen im Rathaus zu reden wegen der Ausländer«, sagt einer. »Die haben aber nichts gemacht. Aber das in Hoyerswerda, das hat geklappt.« (Heftige Proteste, Tumult). Die Nürnberger Gymnasiasten sind wortgewandter als die Dresdener Realschüler: Sie reden von Gewaltfreiheit, von Ueberzeugungsarbeit.

Aber auch die intelligente Rechte meldet sich zu Wort. Ihr Vertreter ist ein vielleicht 20jähriger junger Mann aus Dresden von langsamer, einprägsamer Diktion, hörbar rednergeschult. Er sei auch schon im Knast gewesen wegen Gewalt gegen Ausländer, und das sei doch der falsche Weg. Was der »Dresdener Kindersturm« und andere Gruppen da machen würden, das sei nicht gut. Das würden die Bürger nicht verstehen. Man müsse die Leute überzeugen, nicht mit Gewalt arbeiten. Sein Kredo: Die Gastarbeiter, die schon da seien, gegen die könne man ja wohl nichts machen. Aber weitere Leute, die da Asyl wollten, die dürften nicht rein.

... ein Nürnberger »Stadtindianer« spricht in einer Sprache, die die 15jährigen Dresdener anrührt, von der »Tyrannei durch Familie und Staat«, und daß die Indianer dem Liebe und Verständnis entgegensetzen.

Konsequenzen

Fast vier Stunden dauert die Diskussion nun. Nach den »Zielen« und den »Mitteln« (Gewalt oder nicht) fragen die Jugendlichen nach den Konsequenzen. Die meisten ordnen sich selbst als »weder links noch rechts« ein, auch die Lehrerin meint: »Am schlimmsten sind die Ideologien, die Umwelt ist doch wichtiger als die Frage nach dem Geld«. Sie fordert Geld für die Jugendarbeit, für die politische Bildung, Zeichen setzen, daß sich jemand um die Jugendlichen kümmert. Die Schülerinnen aus Dresden meinen: »Miteinander reden ist wichtig«, das habe ihnen an der Diskussion hier gefallen, keiner sei niedergemacht worden.

Ich versuche ein Abschluß-Statement: Die Darstellung von »links« und »rechts« sei improvisiert, unvollständig, aber Vorsicht: Sie stamme nicht aus den Köpfen der Jugendlichen selbst, sondern sei nachzulesen in den Papieren der Parteien, die rechten Thesen in den Rednerschulungen von DVU und NPD. Ich sage: »Laßt euch nicht benutzen, nicht zum Werkzeug von irgendwem machen.«

Sofort meldet sich einer der Dresdner Jungen zu Wort. Neinnein, benutzen würden sie sich nicht lassen. Aber er wolle das mal sagen, wie es sei: »Ich komme so gegen eins, zwei aus der Schule. Meine Eltern sind nicht da. Ein Stockwerk über mir wohnt der oberste Neonaziführer von ganz Dresden. Und fast jeden Nachmittag bin ich bei dem, und nicht nur ich. Wenn ich oder meine Kumpels Probleme in Mathe habe oder so, dann hilft uns der, bei den Hausaufgaben, und er hört uns zu. Nur wenn wir unterwegs sind, bei einer Demo oder so, dann ist der wie ausgewechselt. Ich erkenn ihn da nicht wieder. Dabei ist das ein echt netter Mensch.« ●

Wer hilft diesen Jugendlichen?

Aus der Mailbox Link-N =911-452777

FORTSETZUNG VON SEITE 1

ENERGIEWENDE, NA BITTE ?

Wer jetzt denkt, endlich hätten die »hohen Herren« auch mal begriffen, daß es so wie bisher nicht weitergeht, hat sich einigermaßen geschnitten. Vorstandsmitglieder von Siemens erklären ihren Aktionären heute wieder auf's Neue, daß die Zukunft der Atomenergie gehört. Greifswald und Stendal sollen, von den Bauruinen der störanfälligen Sowjet-AKW's befreit, als neue Standorte für die sauberen und sicheren deutschen Reaktoren herhalten...

Die Forschungsförderung des BMFT im Bereich der alternativen Energien ist nach wie vor ein kleiner Bruchteil der Milliarden, die jährlich für die Weiterentwicklung der Atom- oder gar Fusionsenergie ausgegeben werden. Daran wird sich nach der Vorstellung der Verantwortlichen bis zur Jahrtausendwende nichts ändern.

Daß die Hintergründe, nach denen die Konzerne handeln, eher im uralten Prinzip der Gewinnmaximierung zu finden sind, müßte allen klar sein, die solche Entscheidungsfindungsprozesse über längere Zeiten verfolgen. Aus der »alternativen Ecke« betrachtet, haben wir denen mit unserem Engagement und unseren Ideen einen Markt geschaffen, auf dem sie sich mit neuen, »öko-bio-technologischen« Produkten profilieren können. Es scheint allgemeiner Konsens zu sein, daß sich langjährige Investitionen lohnen, weil in einigen Jahren mindestens mit Wind- und Sonnenenergie richtig viel Geld zu verdienen ist. Und so werden im Moment etliche Millionen, die zum Teil mit recht schmutzigen Geschäften verdient wurden, in die Alternativenergie-Arbeitsgruppen der Multis geleitet. Ein Beispiel: Der Siemens-Konzern hat im letzten Jahr die »ARCO-Solar« in USA einfach aufgekauft, um sich den problemlosen Zugriff auf deren Solarmodule zu sichern. Dieser Betrieb schreibt zur Zeit ca. 80 Millionen Dollar Miese pro Jahr...

Ein wichtiger Hintergrund ist sicher auch die Feigenblattpolitik einiger Konzerne, die versuchen, den Blick der Öffentlichkeit auf solche vorzeigbaren, halbwegs vertretbaren Produkte zu lenken, um dahinter versteckt weiterhin ungestört Raketensteuerungen für den Nahen Osten zu entwickeln oder Straßenpanzer nach Südafrika zu liefern...

ENERGIEFORUM IN CONTRASTE

Mit diesen ganzen Veränderungen umzugehen, selbst darauf zu reagieren und neue, positive Wege mit dem gleichen Idealismus zu gehen, den einige aus der »Bewegung« immer noch nicht verlernt haben, macht einen intensiveren Gedankenaustausch nötig. Mich faszinieren die vielen neuen Ansätze, der offenkundigen Scheinheiligkeit großer Konzerne wirksame Konzepte entgegen zu setzen. Durch den Blick nach außen ist es möglich, mit den eigenen kollektiven Unzulänglichkeiten besser klar zu kommen.

Die Euphorie der siebziger und achtziger Jahre ist schon lange abgeebbt, deshalb ist es wichtig, nach den vielen kleinen und größeren Schritten zu schauen, mit denen Gleichgesinnte versuchen, nicht nur auf technischen Gebieten einen bewußteren Umgang mit Wissen und Gewissen zu üben.

Hier nun eine Ausgabe der CONTRASTE mit dem Schwerpunktthema »Alternative Technologie«, die die unterschiedlichen Themenbereiche wie Technik, Erfahrungen mit Realitäten und Ideen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für deren Umsetzung anreißt.

Vielleicht auch eine CONTRASTE, die einen Anfang bildet für ein neues Forum. Unser Ziel ist, Initiativen vorzustellen, über persönliche Erfahrungen zu berichten, über neue Technik und deren Umsetzung zu spekulieren und über Rahmenbedingungen wie staatliche Förderpolitik oder den Umgang der EVU's mit alternativen Energieerzeugern zu berichten.

Wir werden versuchen, keine reine Selbstdarstellung zu pflegen ohne dabei das Persönliche unter den Tisch zu kehren, nicht auf abgehobene Weise über schwer verständliche Technologien zu berichten und die politische Diskussion an alltäglichen Erfahrungen festzumachen. In dieser Ausgabe Folgendes:

- Projekte aus dem Wiehengebirge und aus der Schweiz werden angeführt, die dezentrale Energieversorgung in genossenschaftlicher Struktur organisieren und hierbei neue Wege der Energieproduktion gehen.
- Die Vorstellung eines Projektes in Berlin, »Atlantis«, in dem versucht wird, die Misere der Arbeitslosigkeit zu nutzen, um Menschen für neue Berufsfelder zu begeistern und ihnen damit neue Perspektiven zu öffnen. In einem Interview wurden zwei »Machern« Fragen gestellt, die Einblick in die alltäglichen Unzulänglichkeiten und Reibungspunkte in so einem großen Betrieb verschaffen.
- Des weiteren ein Blick nach Felsberg (Hochschwarzwald), wo das örtliche Energiezentrum auf den 2. Felsberger Energietagen einem aufgeschlossenem Publikum Energietechnik zum Anfassen bieten konnte.
- In einem Nachruf wird die Arbeit eines Menschen beschrieben, der in der Berliner Alternativszene sehr aktiv war, einige Projekte »angeschoben« und mit mehreren Erfindungen Impulse gesetzt hat.

Für die nächsten Ausgaben sind folgende Texte geplant:

Ein Verein in Berlin, die »Werkstatt für dezentrale Energieforschung« beschäftigt sich seit Jahren mit den Randgebieten der Thermodynamik und unterstützt ErfinderInnen, die im normalen Forschungsbetrieb eher abgelehnt werden. Der Text bezieht sich auf technische Fragen und das Selbstverständnis dieser Initiative.

Eine selbstkritische Darstellung einer Genossenschaft mit dem Namen »remember«, die seit einem Jahr in Aachen aktiv ist und eine ganze Reihe wichtiger Arbeitsbereiche, wie Umweltmeßtechnik, Solararchitektur, Solarwärme- und Solarstromerzeugung und mit der Herausgabe der »Wechselwirkung« den kritischen Umgang mit Technik pflegt.

Foto: Atlantis

Eine Darstellung der Erfahrungen des Göttinger »Energiewende-Kommittes« mit der energiepolitischen Situation in dieser Stadt und einem Bericht über ein BHKW-Projekt, mit dem versucht wird, die Einspeisebedingungen für diese Technik zu verbessern.

Ein Bericht zu den Erfahrungen mit dem »1.000-Dächer-Programm« des BMFT, das private Anlagen zur Einspeisung von Solarstrom ins öffentliche Netz fördert und schon einigen Unmut erzeugt hat.

Ein Text von »Wagner & Co«, die seit 15 Jahren als Kollektiv im Bereich Sonnenenergie arbeiten und jetzt vor der Entscheidung stehen, ob sich die Strukturen der Selbstverwaltung mit dem derzeitigen Wachstum noch vereinbaren lassen und wie sich damit umgehen läßt... ●

So. Das alles läßt sich um viele interessante Beiträge erweitern, wenn Ihr Interesse daran habt, Euch an diesem Forum zu beteiligen. Hierfür gibt es ab sofort eine feste Redaktion in CONTRASTE zum Thema Alternativenergie:

Christian Sauer (beim Ingenieurkollektiv Wuseltronik),
☎ (0 30) 618 50 71

NEUE ENERGIEN WIEHENGEBIRGE EG

Windkraftanlagen für Binnenlandstandorte

Forschen, Entwickeln und gemeinsames Betreiben von Windkraftanlagen ist Schwerpunkt der Energiegenossenschaft NEW eG.. Sie will die Funktionsfähigkeit alternativer Energieerzeugungsanlagen in und durch die Praxis beweisen.

Foto: Atlantis

Marcus Loheide, Redaktion Genossenschaften ● Die gegenwärtigen energiepolitischen Rahmenbedingungen behindern teilweise die Nutzung der erneuerbaren Energien. Ein besonderes Problem ist dadurch das seltene Zusammentreffen wesentlicher Voraussetzungen, wie z.B. ausreichendes Investitionskapital, ein geeigneter Standort, angemessene Einspeisevergütungen, relativ hoher Eigenbedarf und Interesse bzw. Motivation. Um diese Hindernisse zu überwinden, finden sich Menschen mit Fachwissen, Kapital und Standorten zusammen, um im April 1989 die NEW eG – Neue Energien Wiehengebirge eG – zu gründen.

Die Genossenschaft ist ein Zusammenschluß von über 120 Mitgliedern mit steigender Tendenz. Die Form der Genossenschaft wurde gewählt, weil sie eine breite Beteiligung erlaubt, eine demokratische Organisations- und Entscheidungsstruktur aufweist und einen unternehmerischen Betrieb gestattet.

Erfolgreiche Projekte

Mit dem Handel von umweltfreundlichen Energieerzeugungsanlagen nebst Zubehör und Energiespargeräten versucht die NEW eG, weitere gemeinschaftlich betriebene Anlagen zu finanzieren. Zusätzlich wird Forschung und Entwicklung mit der Zielsetzung betrieben, schon vorhandene Techniken in Bezug auf Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Systemstörungen zu untersuchen und zu verbessern.

Bisher hat die Genossenschaft folgende Projekte verwirklicht:

- Die Entwicklung eines speziellen preisgünstigen Meßgerätes zur Kontrolle von Störungen (Oberschwingungen) bei der Stromeinspeisung und dem -bezug;
- die Entwicklung einer universellen Netzkopplung für Leistungen bis zu 20kW, die auch für den Anschluß von Permanent- und Solar-Generatoren geeignet ist;
- die Errichtung un der gemeinsame Betrieb einer netzgekoppelten 10kW-Windkraftanlage mit Permanentmagnet-Generator.

Zu den derzeitigen Projekten zählen:

- die Errichtung und der gemeinsame Betrieb einer 50kW-Windkraftanlage,
- die Entwicklung und Herstellung einer 20kW-»Volkswindkraftanlage«, die für die Stromversorgung von Ein-bis Dreifamilienhäusern sowie landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe geeignet ist und durch modernste Technik eine nur sehr geringe Geräuschentwicklung enfaltet. Diese Windkraftanlage wurde speziell für Binnenlandstandorte entwickelt und erreicht 25.000 bis 35.000 Kilowattstunden pro Jahr (je nach Standort). Ein erster Prototyp läuft bereits.

Öffentliche Sitzungen

Um diese Projekte schnell abzuschließen und der umweltverträglichen Energieerzeugung einen immer größeren Einfluß zu ermöglichen, wirbt die NEW eG weiterhin um neue Mitglieder. Interressierte können die öffentlichen Arbeitssitzungen, die jeden 2. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im »Grünen Jäger« in 4508 Bohmte, Leverner Straße, stattfinden besuchen.

Mitglied kann jede natürliche und juristische Person werden. Voraussetzung ist die Übernahme von mindestens einem Geschäftsanteil von 500,– DM und die Soforteinzahlung von 100,– DM auf den gezeichneten Geschäftsanteil. Die restlichen 400,– DM können jederzeit eingezahlt werden. Damit wird das Recht erworben, weitere Geschäftsanteile zu kaufen. ●

SCHWEIZER ENERGIEGENOSSENSCHAFT

Mit dezentralen Projekten den Netzverbund stärken

Genossenschaftliche Strukturen, alternative Energieerzeugung und innovative Beteiligungsformen zu deren Finanzierung verbindet die Arbeitsgemeinschaft dezentrale Energieversorgung zu einem innovativen Konzept. Ihre Erfahrungen können trotz anderer Bedingungen in der Schweiz als spannende Anregung für die bundesdeutsche Energiediskussion genutzt werden.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaft ● Seit Mitte Mai 1985 besteht sie, die ADEV, die Arbeitsgemeinschaft dezentrale Energieversorgung. Den Sitz hat sie in Liestal in der Schweiz und ihr Ziel ist laut Mitgliederbeschluß, die dezentrale Energieversorgung in der Nordwestschweiz zu fördern. Dies soll geschehen, indem sie den Aufbau entsprechender Anlagen mitfinanziert und unterstützt, den Einsatz von rationellen Energienutzungstechniken anregt und fördert sowie selbst Anlagen zur dezentralen Energieversorgung erstellt und betreibt. Sie will, so die Satzung wörtlich »eine Energiepolitik unter Wahrung der Anliegen von Umwelt-, Landschafts-, Natur- und Heimatschutz aktiv mitgestalten.«

Hehre Ziele mag so mancher denken, die auch das Papier vieler Selbstdarstellungen ideeler Vereine in der Bundesrepublik schmücken. Nur, die ADEV kann einige Erfolge und Umsetzungen ihrer Ansprüche vorweisen, die sich als Lichtblicke am Horizont der unter ökologischen Gesichtspunkten trostlosen Energie(macht)situation erweisen.

Insgesamt betreibt die ADEV bisher 14 Anlagen zur dezentralen Energieerzeugung. Deren Gesamtkapazität beläuft sich auf 431 kW. Durch sie produzierte die Genossenschaft im Jahre 1990 eine Jahresenergie von insgesamt 1072,11 MWh. Diese wird großteils ins Netz der öffentlichen Versorgungsunternehmen eingespeist. Den meisten Anteil daran haben Blockheizkraftwerke mit 98,5%. Der Rest an Energie von 1,5% wird durch sechs Photovoltaikanlagen (59,7 kW) erzeugt. Auf diese Weise konnte 1990 ein Gewinn von 107.000 DM vor Abschreibungen realsiert werden. Zwei weitere Blockheizkraftprojekte und drei Photovoltaikanlagen stehen vor der Inbetriebnahme.

Neue Vermarktungsmodelle

Um diese Erfolge weiter auszubauen wird bei der ADEV ständig nach neuen Vermarktungsmodellen vor allem für Photovoltaik-Anlagen gesucht. So ist beispielsweise eine neue Form »in Arbeit«, die die Zusammenarbeit mit Fördervereinen erleichtert. Renner unter den verschiedenen Angeboten bleibt allerdings das altbewährte Modell des Verkauf von Anlageanteilen. Einzelne Anlagen wie beispielsweise eine Anlage von 9,9 kW für das Felix-Platter-Spital in Basel können so voll finanziert werden.

Den Kauf von Anlageanteilen, auch »Kraftwerksbeteiligung« genannt, bietet die ADEV allen an, die sich bei einem gemeinschaftlich finanzierten Photovoltaik-Kraftwerk beteiligen wollen. Das Kraftwerk selbst wird im Netzverbund mit den herkömmlichen Energieversorgungsunternehmen betrieben. Die ADEV führt somit interessierte Mitbesitzer und Mitbesitzerinnen zu einer »Beteiligungsgemeinschaft« zusammen. Planungs- und Bauträgeraufgaben werden von ihr selbst übernommen. Sie verpflichtet sich, das Kraftwerk für eine Lebensdauer von mindestens 20 Jahren zu betreiben. Sogar eine jährliche, minimale Stromproduktion wird garantiert.

Kommen nicht genug Betreiber zusammen, finanziert die ADEV einen Teil der Anlage selbst. Er wird ebenso wie die übrigen Beteiligungen durch Erträge aus den Stromrücklieferungen über die Netzeinspeisungen langfristig amortisiert. Möglich ist eine solche Finanzierung über die ADEV durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und der Bereitschaft engagierter Ökologen, der Genossenschaft zinsgünstige Kredite zur Verfügung zu stellen.

Anteilsscheine an Solartankstellen

Besonders interessant für die verkehrspolitische Zukunft erscheint das Angebot der ADEV an Solarmobilbesitzer. Allzuschnell als pseudoökologische Augenwischerei läßt sich der Kauf von Elektromobilen aufdecken, wenn die Inhaber nicht gleichzeitig den Strom dafür aus eigenen Solarzellen »tanken«

Foto: Atlantis

bzw. in der verbrauchten Menge über eine hauseigene Anlage ins öffentliche Stromnetz einspeisen. Nicht alle Solarmobilbesitzer haben jedoch die Chance, selbst Anlagen zu betreiben. Für sie errichtet die ADEV auf größeren Dachflächen optimal ausgerichtete, netzgekoppelte Solaranlagen und verkauft daran Anteilsscheine entsprechend der geplanten jährlichen Fahrleistung.

Ebenfalls können Stellplätze an Park-and-Ride-Anlagen für Mini-Elektromobile gemietet werden. So sind beispielsweise am Bahnhof in Liestal acht Parkplätze für das »Stromtanken« ausgerüstet. Sie werden von Kurzparkern und Dauermietern genutzt. Die dort installierte Solarzellenanlage von 2,4 kW liefert ihren Strom direkt zu den Steckdosen oder speist diesen ins öffentliche Netz ein, wenn gerade kein parkendes Fahrzeug seinen Strom bezieht. Die Investionskosten dieser Anlage von 69.000 Schweizer Franken konnten durch Unterstützung des Kanton Basel-Landschaft aufgebracht werden.

Für die Geschäftsstelle in Liestal bedeutet das Gewinnen von Anteilseigner, Nutzern und Finanziers für die umweltfreundliche Energieerzeugung einen nicht unerheblichen Aufwand. Bereits 1989 mußten 100 Wärmekunden und 45 MitinhaberInnen an Solargemeinschaftsanlagen betreut werden. Insgesamt hatte die Genossenschaft schon damals eine Mitgliederzahl von 524 erreicht. Für ihre langfristige Existenz wird jedoch eine Verdopplung des MitgliederInnenbestands als unumgänglich angesehen.

Genossenschaftlicher Verbund

Die Konzepte der ADEV finden auch Anklang außerhalb ihrer Zielregion. In den Gebieten von Bern und Aarau haben Nachahmer schon zwei eigenständige ADEV-Genossenschaften gegründet. Idee und Unternehmensphilosophie wurden vorher mit der »alten« ADEV abgestimmt. Der Zusammenschluß in einen Dachverstand war insofern logische Konsequenz. Denkbar wäre auch der Aufbau einer bundesdeutschen »Niederlassung«. Interessierte und Förderer können sich zu diesem Zweck direkt an die ADEV, Postfach 550, CH-4410 Liestal wenden. Energie- und Genossenschaftsgesetz erfordern allerdings eine Anpassung auf bundesdeutsche Verhältnisse. ●

MIT ARBEITSLOSEN AUF ENERGIEWENDEKURS

Atlantis – ist die Insel der Glückseligen wieder aufgetaucht?

In Berlin ist vor etwa zweieinhalb Jahren ein weitreichendes und im ganzen Konzept ziemlich ungewöhnliches Qualifizierungsprojekt entstanden, das mit Hilfe staatliche Zuschüsse inzwischen eine beachtliche Größe erreicht hat. Um einmal die Ideen zu beleuchten und die Umsetzung in die Realität etwas näher zu bringen, haben wir uns die Mühe gemacht, eine etwas ausführlichere Beschreibung dieses Projekts zu geben und zwei »Atlantiker« zu ihren Erfahrungen zu befragen.

Christian Sauer, Redaktion Alternative Energien ● Die seit 1989 bestehende »Atlantis – gemeinnützige Gesellschaft für Umwelttechnik und Berufsperspektiven« geht auf eine lange Geschichte zurück. Menschen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Sozialarbeit und Technik, einige davon Anti-AKW-bewegt, begannen zu überdenken, wie Probleme der Arbeitslosigkeit (speziell in Berlin-Kreuzberg) mit Zielsetzungen ökologischer Technik verbunden werden können. Solche Gedanken fanden eine sehr positive Resonanz bei den unterschiedlichsten AktivistInnen. Eine ganze Reihe von Berliner Projekten, die sich mit Jugendarbeit, Sozialarbeit und Drogenproblematik beschäftigen, entstanden aus ähnlichen Überlegungen. Eine wichtige Frage war, wie man wegkommen kann von den reinen Qualifizierungsmaßnahmen, hin zur Organisation von Beschäftigung.

So wurde z.B. im Bereich »Bauliche Selbsthilfe« versucht, Wohnraum für sozial Benachteiligte gemeinsam mit den Betroffenen zu schaffen. Dort entstanden auch erste ökologisch orientierte Varianten von Ausbildungsprojekten.

Eine Rehabilitationseinrichtung für psychisch Kranke experimentierte mit Windenergie, und die positiven Erfahrungen mit dieser greifbaren Technik ermutigten zu weiteren Projekten.

Eine Arbeitsgruppe mit anfangs ca. 25 Leuten aus den unterschiedlichsten Projekten und Arbeitsbereichen ging der Frage nach, welche sinnvollen integrativen Tätigkeiten sich mit Fördermitteln des Berliner Senats umsetzen ließen. Konsens war, daß ein Zielgruppendenken mit entsprechender Ausgrenzung nicht funktioniert. In einer Art brain-storming entstanden mehrere konkrete Projektideen, mit denen bei den staatlichen Stellen zwecks Förderung angeklopft wurde.

Qualifizierung durch »ökologisches Arbeiten«

Viele Ansätze stellten sich als nicht finanzierbar heraus, andere wurden schließlich umgesetzt. Aus dieser Arbeitsgruppe arbeiten seit zweieinhalb Jahren drei Menschen an der Verwirklichung ihrer Ideen im Projekt Atlantis. Um sie herum ist ein inzwischen beachtliches Gebilde entstanden.

Momentan arbeiten und lernen bei Atlantis 162 Beschäftigte, die größtenteils über Zeitverträge (ABM oder Sozialprogramme) finanziert sind. Auch die »Regiemittel« zur Betreuung sind an solche Programme geknüpft. Über eine Vielzahl von unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten, darunter auch immer stärker selbst erwirtschaftete Mittel, versucht Atlantis als »Koloss, von vielen zerbrechlichen Säulen getragen« unabhängiger von der momentanen politischen Wetterlage zu werden.

Ein Ziel von Atlantis läßt sich mit dem Begriff »ökologischer Arbeit« beschreiben: Damit ist Arbeit gemeint, die einen Beitrag zur Bewältigung der ökologischen Krise leistet, z.B. durch den Einsatz regenerativer Energien. Durch ökologische Produktionsformen, d.h. den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, lassen sich Luft, Wasser und Bodenschätze erhalten. Ausgeklammert wird dabei nicht die »innere Ökologie« der Beschäftigten, die durch humane Arbeitsbedingungen, Transparenz und Mitbestimmung und den Einsatz angepaßter Technologien erhalten oder überhaupt erst wiedergefunden werden soll. So gesehen gibt es für die InitiatorInnen von Atlantis keine Trennung zwischen technischen und gesellschaftlichen Lösungen, beide bedingen sich gegenseitig.

Die Vorstellung vom Lernen im Projekt ist ein wichtiges didaktisches Ziel und steht innerhalb einer Projektgruppe, die auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten muß, im Mittelpunkt. Aus den Projektgruppen sollen, so die Idealvorstellung, neue Betriebe entstehen, die sich selbst tragen und zumindest einen Teil der ehemals von Atlantis Betreuten übernehmen können. Ein weiterer Teil der TeilnehmerInnen am Projekt soll nach Ablauf der ABM in Betriebe vermittelt werden, mit denen Atlantis kooperiert. Für viele (z.B. ungelernte junge Menschen) ist die Zeit bei Atlantis eine motivierende Phase, um danach eine Ausbildung zu beginnen oder abzuschließen.

Intern werden Weiterbildungskurse angeboten, mit Themen zur Allgemeinbildung (vor allem für Ungelernte; Fremdsprachen für alle AtlantikerInnen) oder als fachbereichsübergreifende Grundlagenkurse, z.B. regenerative Energietechnik. Neben der internen Weiterbildung in diesen Themen werden Kurse, Lehrgänge und Tagungen außerhalb genutzt. ●

DIE ARBEITSBEREICHE

haben zur Zeit folgende technische Inhalte:

- **Windenergienutzung, Flügelbau und Kuststoff-Formenbau**
  Hier wurde gemeinsam mit der Technischen Uni Berlin ein kleiner Batterielader entwickelt. Mit Solarzellen zum Hybridsystem erweitert, ist ein Energiesystem zur Versorgung von autarken Umweltmeßstationen entstanden. Aus einer weiteren Kooperation gingen windgetriebene Pumpen bis zu einer Leistung von 10 KW hervor. Die Entwicklungen werden z.T. bei Atlantis in Kleinserien produziert.
- **Solartechnik, thermisch und photovoltaisch**
  Für Furore hat eine Anlage zur Schwimmbadheizung im Kreuzberger Prinzenbad gesorgt, die sehr kostengünstig arbeitet. In Auftragsfertigung werden Standardkollektoren gebaut und im Montagebereich Anlagen projektiert und installiert. Im Solarstrombereich wurden, z.T. gemeinsam mit Installationsbetrieben, mehrere kleinere Anlagen gebaut. In kleineren Serien werden elektronische Komponenten für die Solarstromanwendung gefertigt.
- **Innenausbau und Solararchitektur**
  mit ökologisch verträglichen Werkstoffen wurde hier eine Fabriketage zu Produktions- und Büroräumen ausgebaut. Beim Umbau einer Remise zu einem Umweltberatungsbüro wird versucht, einige Elemente ökologischer Techniken umzusetzen (Baustoffe, Solaranlagen, Wintergärten).
- **Grünwerkstatt**
  Bei der Hinterhof- und Dachbegrünung werden standortgerechte Gewächse eingesetzt und gemeinsam mit einem spanischen Betrieb in kunstvoll gestaltete Fliesen-, Steinmetz und Schmiedearbeiten umgesetzt.
- **Verwaltung**
  Die Verwaltung von Atlantis wird zu einem großen Teil in den einzelnen Bereichen dezentral erledigt, die umfassenderen Aufgaben werden jedoch zentral bearbeitet. Atlantis ist als Netzwerk organisiert, Ziel ist eine möglichst große Kompetenz der Einzelnen in ihren Bereichen.
- **Öffentlichkeitsarbeit & PR**
  Mit einer eigenen Öffentlichkeitsabteilung werden interne Informationsflüsse möglich, die bei der Menge an Menschen und Projekten sonst schwierig umzusetzen wären. Das Atlantis-Konzept wird publik gemacht und politischen »EntscheidungsTrägerInnen« vermittelt.
- **Qualifizierung**
  Neben internen Weiterbildungskursen werden verstärkt Veranstaltungen für Betriebe und Einzelne von Außen angeboten. Relativ neu ist ein Beratungsangebot an Betriebe und Kommunen der ex-DDR bezüglich ähnlicher Projektideen oder Firmengründungen. Dabei wird versucht, nur Initiativen zu stützen, die von sich aus die Dinge in die Hand nehmen, um die übliche West-Ost-Imperialistische Methode zu verhindern.
- **Sozialarbeit**
  Quer durch die einzelnen Arbeitsgruppen gibt es ein Netz von SozialarbeiterInnen, die mit den individuellen Problemen aller MitarbeiterInnen befaßt sind.

INTERVIEW

Dieter Uh (D) ist im Bereich Sonnenenergie beschäftigt und gehört zu den Menschen, die die Entstehung von Atlantis fast von Anfang an miterlebten. Gerd Hampel (G) gehört zu jenen drei, die aus der anfangs erwähnten Arbeitsgruppe heraus das Projekt mit initiierten und arbeitet im Bereich Windenergie. Die Fragen an die beiden haben sich Elisabeth Voß (die jetzt selbst bei Atlantis mitmacht) und Christian Sauer (C) ausgedacht, der als einigermaßen Außenstehender versuchte, im Gespräch allzu weitschweifige Antworten wieder in Form zu bringen und jetzt die Mühe mit dem nächtelangen Abtippen genießt. Alles ist übersichtlich in Themenbereiche gegliedert...

Selbstverwaltung – Hierarchie – Mitbestimmung

C: Ihr habt bestimmte Ansprüche an eine Selbstverwaltung. In wieweit gibt es da innerhalb von Atlantis schon Grenzen?

D: Wir haben im Konzept nie ein klassisches Modell von Selbstverwaltung vorgesehen gehabt – das kriegst Du mit so einem Laden von 160 Leuten auch gar nicht mehr im traditionellen Sinne hin. Worum wir uns sicherlich bemühen, ist eine Art von Teamarbeit, die eine wohl abgewogene Mischung aus Dezentralisierung in Bezug auf Entscheidungen (Werkstattbezogen, also in überschaubaren Gruppen) mit den Erfordernissen einer zentralen Abstimmung und Regulationsmechanismen hinkriegt. Das ist manchmal ein ziemlicher Seiltanz, denn über die Finanzierungsebene kommen natürlich auch viele bürokratische Verfahrensweisen und Regelungen rein, auf die wir keinen Einfluß haben. Das muß natürlich immer wieder in die Bereiche zurückfließen, damit nachvollziehbar bleibt, warum dies oder jenes passiert... An dieser Grenze zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung wird auch immer wieder ausprobiert.

G: Eingruppierung... – nenn's doch mal ganz hart, was die einzelnen Leute verdienen, da sind wir nicht frei in unserer Entscheidung, das ist von außen festgelegt.

D: Die Lohn- und Gehaltsabrechnung erfolgt zentral, die macht nicht ein Bereich – genau aus den Gründen. Was Bestellungen und Organisation angeht, das läuft relativ werkstattbezogen, oft bis zu Einstellungen...

C: Das heißt, die Werkstätten haben ihren eigenen Etat, den sie verwalten?

D: So weit sind wir noch nicht ganz... Anschaffungen unterliegen diesem ganzen bürokratischen Verfahren des Zuwendungsrechts, das ist eine Sache für sich...

G: Wir sind 'ne gGmbH, das heißt gemeinnützig. Es ist also nicht möglich, daß irgend jemand sich zu seinem persönlichen Vorteil z.B. Produktivmittel aus dem Laden herausziehen kann. Natürlich haben wir auf der anderen Seite durch diese GmbH-Struktur auch einen Geschäftsführer und es ist im BGB festgelegt, daß für bestimmte Sachen nur dieser Mensch zeichnungsberechtigt ist...

D: ...und in ganz harten Fällen auch vielleicht mal das letzte Wort hat, was er aber bisher selten genutzt hat. Das ist dann eher eine Sache von internen Auseinandersetzungen, die im Rahmen der sogenannten GmbH-Sitzung jede Woche im Team geklärt werden.

C: Und daran sind alle beteiligt, die bei Euch fest angestellt sind?

G: Nein, ein Großteil ist sogar ABM-beschäftigt. Sie entscheiden eigentlich grundsätzlich mit, das hängt einerseits vom Engagement der Leute selbst ab, andererseits ist es auch in den Bereichen selbst zu klären, wer an den Besprechungen teilnimmt. Einmal muß es der Bereichsleiter sein, aber der zweite Teilnehmer ist immer von der Gruppe zu benennen. In einzelnen Bereichen sind die Bereichsleiter auch wiederum ABM-beschäftigt.

Engagement

C: Wie groß ist denn das Engagement der »MacherInnen«? Gibt es Leute, die sich in Eurem Projekt »ausruhen«, die sagen, jetzt hab' ich eine gesicherte Stelle...

D: Also – das Engagement der MacherInnen ist eigentlich mit nichts anderem als dem Wort »workaholic« zu bezeichnen...

C: ...die kollektive Selbstausbeutung habt Ihr also...

D: Es gibt sicher Einzelne, ich würde nicht sagen, daß die Leute sich bei uns ausruhen. Eine Reihe von Problemfällen kommen tatsächlich aus langer, langer Arbeitslosigkeit, gespickt mit diversen persönlichen Problemen, von Alkohol zu Wohnung, privat, Beziehung... und ein Teil meiner Erfahrung geht dahin, daß sie in dem Moment, wo sie eine Anstellung wieder erreicht haben, ...da bricht das regelrecht auf. Da krachen die auf 'ne bestimmte Art zusammen, daß sie im Grunde nicht mehr arbeitsfähig sind...

Das reicht bis hin zu relativ tiefgreifenden beruflichen Identitätskrisen, gerade bei den Ingenieuren z.B... Dieses wirklich Nassauerische kommt eigentlich relativ selten vor. Höchstens bei Ungelernten, wo es eine Frage der Motivation ist, wo das »no future-feeling« noch so ein bißchen drinsteckt. Das ist nochmal ein ganz anderes Ende der Geschichte, daß sie Arbeit und berufliche Identität garnicht mit 'nem positiven Gefühlswert besetzen können. Da sind wir am Punkt »Betreuung von Problemgruppen«,.. wir haben in jeder Werkstatt ja auch Sozialarbeiter und die sind sozusagen quer durch das ganze Gerüst gezogen, die zumindest einen Teil Unterstützung in Alltagsproblemen, also Sucht-, Drogen-, Wohnugs-, Schuldenproblemen geben können. Wir sind ja kein Jugendprojekt, sondern haben eine Mischung von Anfang 20 bis an die 60 'ran. Es gibt bei den älteren auch wirklich Spitzenleute, also das ist sowas von irre, das sind ein Stück Vaterfiguren und die nehmen sozusagen die »Fuzzys« ein bißchen an die Hand und reden mit denen... und da wird nicht lange gefackelt, da wird nicht sozialpädagogisch rumgeredet, da heißt's »morgens um sieben stehste auf der Matte, sonst raucht's...«. Das sagt dann nicht der Anleiter sondern der Kumpel, mit dem Du auf der Baustelle stehst.

Qualifizierung statt Ausbildung

C: Ihr wollt ja etwas anderes, als feste Ausbildungsberufe. Welche Erfahrungen macht Ihr damit?

D: Ich bin mit den Erfahrungen ziemlich zufrieden. Ich finde es für den Bereich der Ungelernten und einen Teil der Facharbeiter einen sehr guten Ansatz. Als eine Ironie des Schicksals waren wir damit konfrontiert, daß immer mehr Leute eine reguläre Ausbildung oder Umschulung bei uns machen wollten. Das Lernen im Projekt war so eine Art Vorstufe, um...

G: eigene Perspektiven zu entwickeln...

D: ...und wenn das sich geklärt hatte, kam dann schon der Wunsch, »Jetzt möcht'ich hier noch weiter« Richtung Ausbildung oder Umschulung, also »daß ich dann so'n Schein hab'«... Wir diskutieren das, im Konzept ist das nicht vorgesehen, wir haben schon Ansätze gemacht, um das ein Stück weit zu realisieren. Das setzt allerdings noch eine Schwierigkeit obendrauf...

G: Einerseits soll da genau ein Modellversuch mit dem Bundesinstitut für berufliche Bildung Ausbildungsmodule entwikkeln, für eine normale F & U oder die berufliche Erstausbildung, und andererseits probieren wir selber die sogenannte »Anpassungsqualifizierung«, wobei ich mit dem Ausdruck unzufrieden bin, auf die Beine zu kriegen. Daß man nämlich verschiedene Berufsgruppen (wenn man sich eine Solaranlage vorstellt...) qualifiziert und anpaßt an modernere Techniken. Das kann im Heizungsbereich, Solartechnik, Brennwerttechnik, Wärmepumpsysteme, Blockheizkrafttechnik sein, wo die Menschen in verschiedensten Berufen weiterqualifiziert werden, ... alles regenerative Energie.

Normale überbetriebliche Ausbildung – das war auch unsere anfängliche Einschätzung – macht es eigentlich unmöglich, sich mit wirklichen Produkten/Projekten zu beschäftigen, weil immer wieder dieser ominöse Schein über allem schwebt und die Ausbilder unter Leistungsdruck stellt, weil sie anbieten müssen... und die anderen müssen's lernen. Wenn man dann noch ökologische Technik sich vorstellt – auch alles Dinge, von denen die noch nie was gehört haben – kann man sich vorstellen, wie das Ganze werden soll...

Selbstverständnis der Betreuten, neue Berufe?

C: Mit welchem Selbstverständnis werden die Betreuten auf den »freien Arbeitsmarkt« entlassen – bietet Atlantis neue Berufe?

G: Neue Berufe ... in Anbetracht der Tatsache, daß es ca. 360 Berufe gibt ... eigentlich steht was anderes ins Haus, als neue Berufe zu kreieren. Man stelle sich vor: den Solaranlagenbauer oder die Windkraftanlagenbauerin – also das ist völliger Blödsinn. Es muß eigentlich eine Wiederanpassung der Berufe sein, die eh'schon vorhanden sind. Eigentlich steht es an, was ja auch die Metaller gerade vorführen, eine Rückführung dieser ganzen, spezialisierten Einzelberufe auf – sagen wir mal die Grundqualifikation und dann am Schluß erst wirklich 'ne Anpassung... dieses berühmte »man lernt ein Leben lang...« aber diese Anpassungsqualifizierung eben so organisiert, daß praktisch angstfrei gelernt werden kann. Üblich in der sogenannten Literatur ist es ja immer noch, das – wie heißt es – mittlere Angstpotential, bei dem's am Besten hinhaut, die Leute zum Lernen zu kriegen – aber das genau ist es nicht, denn gerade unsere älteren Teilnehmer haben ja immer diese Angst, zu versagen... Und das sieht man ja jetzt im Osten. Ich hab' im Moment sehr viele ältere Ingenieure, die aus laufenden Umschulungen zu uns kommen und nachfragen, ob sie nicht bei uns anfangen können, weil ihre eigene Einschätzung ist, selbst wenn sie die Qualifizierung schaffen, haben sie eh' keine Chance auf'm sogenannten ersten Arbeitsmarkt.

D: Mit welchem Selbstverständnis gehen sie raus? Ich würde die Frage einfach damit beantworten, daß aus der ersten Maßnahme 17 oder 18 in irgendwelche Arten von Weiterqualifikation gegangen sind oder in Umschulungen zu einem erheblichen Teil, manchmal als Berufswechsel oder von den Ungelernten her als Ausbildung. Also ein rundes Drittel , das andere Drittel ist noch bei uns und beim letzten Drittel, das muß man konstatieren, hat die Zeit nicht gereicht.

G: oder auch Leute, die wollen einfach nicht mehr. Es sind auch Leute dabei, die wollen jetzt einfach wieder 'ne Pause machen.

D: Das sind die pfiffigsten, um die braucht man sich auch keine Sorgen zu machen...Die sagen ganz bewußt, ich will nochmal ein Jahr wegfahren oder solche Geschichten...

Ökologie und Technik

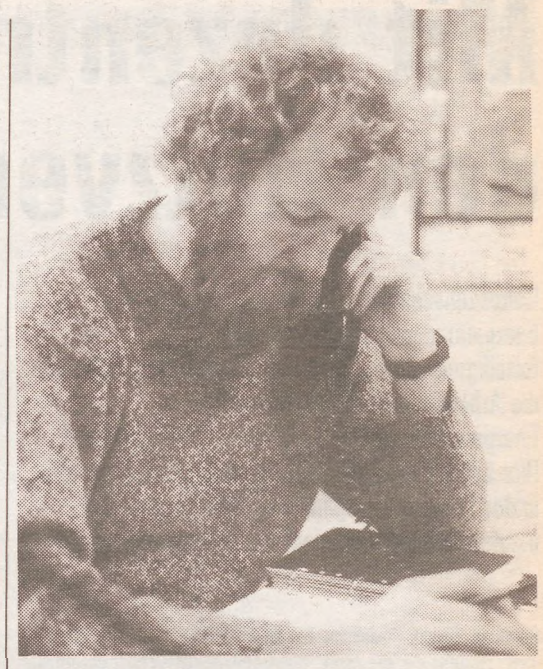
C: In welchen Punkten gehen Eure Vorstellungen zu Ökologischen Veränderungen über einen rein technischen Ansetz hinaus?

G: Unser Ansatz ist, nicht ausgrenzend sondern integrativ zu arbeiten. Die Technologie selbst, regenerative Energie war eigentlich vorgegeben. Und, so möchte ich sagen, daran wird auch nicht diskutiert. Und Technikentwicklung versuchen wir nach den Kriterien der angepaßten Technologie zu machen.

D: Bei unserer Bildungswoche im Solarbereich gab's eine Einführungsveranstaltung, wo über Energieverbrauch berichtet wurde,... dann kommt die Schadstoffproblematik und irgendwann steht im Grunde immanent im Raum die Frage: »Ersetzen wir das jetzt alles durch regenerative Energien, wie lange dauert das und was kostet das usw. – und geht's überhaupt?«

G: Es gibt innerhalb von Atlantis auch regelrechte Arbeitskreise dazu oder auch übergreifende Bildungsangebote. Das eine heißt »Energie und Umwelt«, wo das was Dieter angesprochen hat bis hin zur Schadstoffbilanzierung stattfindet.

D: Ein weiteres Thema z.B. sind Fragen – die ja schon immer mit technischen Fragen verkoppelt sind – zu Zentralisierung und Dezentralisierung von Stromversorgung. Das heißt, man



Gerd Hampel, Atlantis

kommt in die Energiepolitik rein, weil das einfach mit der Nutzung von regenerativen Energien sehr viel zu tun hat. Das ist ein politisches Thema, sicher für eine Reihe von Leuten hochinteressant. Andere winken da völlig ab, das ist ihnen nämlich viel zu kompliziert und man muß auch ein bißchen fundierter einsteigen, sich darauf einlassen...

Ab Freitag mach'ich wieder diesen Kurs über ökologische und ökonomische Aspekte der Solartechnologie, wo es praktisch um solche Szenarien geht: mögliche Szenarien, wie man diese Techniken im Laufe der nächsten 20, 30 Jahre auch durchsetzen kann.

G: Zu dem Thema machen wir auch noch eines: wir beraten die Gemeinden Wernsdorf, Gosen, Neu-Zittau zum Thema Stadtwerkegründung, Versorgung/Entsorgung mit Energie und Wasser und sind im Moment an der Überprüfung, ob Atlantis selbst ein EDU (Energiedienstleistungsunternehmen) / EVU (Energieversorgungsunternehmen) aufmacht, ob es die Gemeinden dort machen, ob es ein Gebiets-EVU wird oder nur ein örtlich begrenztes EVU... Ich denke, wir werden in diesem Bereich noch weiter unsere Freude haben.

Gleichberechtigung

C: Ihr strebt mit Atlantis ein Modell an, das sich zumindest von den, z.T. ziemlich elitären herkömmlichen Ingenieurkollektiven abhebt. Wie geht Ihr mit der Thematik »Frauen in Ingenieurberufen« um?

D: Fangen wir mit den Frauen in Ingenieurberufen an. Wir bilden in unserer Struktur was ab, was sozusagen da ist, sprich: Es gibt kaum welche. An sich sind wir über jede Ingenieurin froh und dankbar, schlicht und einfach weil wir mit dieser Menge Ingenieuren – bei Facharbeitern ist das ja ähnlich – 'ne unheimliche Schieflast haben, was die Verteilung von Männern und Frauen anbelangt. Was dann in der Verwaltung wieder andersrum liegt, das ist sozusagen ganz klassisch...

Märkte und Konkurrenz

C: Ihr tretet in eine gewisse Konkurrenz zu Leuten, die schon vorher im Bereich regenerativer Energien gearbeitet haben. Wie geht Ihr damit um?

G: An dieser EVU/EDU – Gründung ist es eigentlich umgedreht: Es gibt überhaupt keine Qualifizierten, um diese Technik wirklich durchzusetzen. Im Moment hätten wir die Möglichkeit, die Solartechnik im größeren Umfang durchzusetzen, aber es fehlt an den qualifizierten Leuten dazu. Im Einzelfall kann es wirklich zur Konkurrenz um die einzelne Solaranlage im Dach kommen, aber das sind nur Detailprobleme. Wir müssen eigentlich nur dafür sorgen, daß es genug Qualifizierte gibt, damit die Technik überhaupt eingeführt werden kann und sich auf dem Markt wirklich bewährt. Solange der Markt unheimlich begrenzt ist, gibt es anfangs Konkurrenzen, und da haben wir halt unsere »Spielräume«, aber perspektivisch gedacht führt das zum Sandkastendenken – irgendwann komm' ich nicht mehr über'n Tellerrand.

D: Auf der Ebene der Einzelanlage mag es diese Konkurrenz mal da oder dort tatsächlich geben. In der Summe und im Schwerpunkt haben wir 'ne andere Aufgabe. Wir aquirieren Aufträge sozusagen im Rahmen des Wunsches, an den konkreten Anlagen zu qualifizieren, um nicht zur Spielwiese zu geraten. Für mich wär' schon 'ne Schmerzgrenze erreicht, wenn ich sehen würde, ich fahre mit unserer Tätigkeit irgendeinen Betrieb sozusagen – ich sag's mal krass – in die Pleite, weil wir über so'ne ABM- Finanzierung entweder ständig die Preise unterbieten können oder ähnliches. Das machen wir auch in der Regel eigentlich nicht. Das, was wir tendenziell eher versuchen ist, über die »Kooperationsschienen« sozusagen da oder dort auch mal Dienstleistungen, Leute oder unsere Möglichkeiten in 'nem bestimmten Umfang denen – nutzbar zu machen ist vielleicht der falsche Ausdruck. Also dort auch was abzunehmen oder eine ergänzende Rolle zu übernehmen. Wobei das im Idealfall ja auch so laufen kann, daß die Firmen, die wirtschaftlich am Markt operieren, von uns Leute einstellen, die schon gut qualifiziert sind und damit die ganze Einarbeitungsproblematik nicht mehr haben, die auch unheimlich Geld kostet. Letztendlich. Ich sag'immer wieder: Es gibt eine gemeinsame Aufgabe für alle diese kleinen Buden, nämlich den Markt zu erweitern und nicht dazustehen und darauf zu stieren »was hat der mir jetzt vom Tablett genommen« sondern an dem gemeinsamen Punkt, daß wir die ganzen regenerativen Technologien voranbringen wollen, zu arbeiten; unsere Energie da rein zu legen, weil sich damit das Problem von Konkurrenz ein Stück weit erledigt. Wenn mal große Firmen mit viel Geld einsteigen, dann ist die eigentliche Konkurrenz da. Die ganzen kleinen leiden ja tendenziell so unter Kapitalarmut... ●

C: (Kommentar) Das ging noch eine Weile mit einer immer offeneren Diskussion weiter, die an dieser Stelle nicht mehr so interessant wäre. Am Ende blieb mir die ehrenvolle Aufgabe, den beiden Atlantikern für ihre Geduld zu danken und ihnen einen zukünftig nicht allzu steinigen Weg zu wünschen...

NACHRUF

Gerd Friedrich ist tot

Elisabeth Voß, Redaktion Selbstorg. Lebensgemeinschaften ● Am 23. Mai 1991 ist Gerd gestorben, 62jährig, seit 5 Jahren unheilbar krank. Ich weiß nicht, wer von den CONTRASTE-LeserInnen ihn kannte. Er war ein Unikum der Berliner Öko-Szene: Querdenker, Forscher, Erfinder, Bastler; einer, der sich nie zufrieden geben konnte mit dem Erreichten, der gegen jede Bequemlichkeit darauf bestand, konsequent an den radikalen ökologischen Ideen festzuhalten. Die Sicherheit seines Berufs – er war Ingenieur – hatte er lange aufgegeben, um Zeit zu haben für Wichtigeres.

Er organisierte das große Berliner Umweltfest (ein aufsehenerregendes 6-wöchiges Happening) 1978 mit, war Mitbegründer des Kommunikationszentrums »Ökodorf«, engagierte sich für die Gründung einer größeren ökologischen Lebensgemeinschaft, eines »richtigen« Öko-Dorfs, und betreute in der UFA-Fabrik den Aufbau der Fahrradwerkstatt und der Wärmekraftkopplungsanlage. Enttäuscht von der Entwicklung des Szene hier träumte er eine zeitlang davon, nach Australien zu gehen und dort mit Freunden ein Projekt aufzubauen, das seinen Vorstellungen von Gruppe und Energietechnik besser gerecht werden sollte.

Um seine Krankheit wissend, konzentrierte er sich in letzter Zeit auf die Erforschung des Wassers, auf seine biologische Wirksamkeit, nicht zuletzt wohl auch in der Hoffnung, sich damit vielleicht selbst heilen zu können. Aber er sprach nicht über seine Krankheit. Sicher hätte er viel mehr Unterstützung brauchen können, um sein Lebenswerk – seine vielen Notizen, Aufzeichnungen und Materialsammlungen – für Andere nachvollziehbar zu ordnen.

Sein Tod hat mich mit der Endlichkeit unseres Wollens konfrontiert, und mich daran erinnert, wie wertvoll die Zeit ist, die wir miteinander sein können. Er fehlt mir für Gespräche, für einen Gedankenaustausch jenseits des Mainstream. Es ist schön und wichtig, ihm begegnet zu sein, der er immer etwas anders war, etwas »schwierig«, und dabei soviel zu geben hatte.

Hier zum Gedenken ein Text von ihm, den er nach dem »10 Jahre danach«-Treffen der OrganisatorInnen des Berliner Umweltfestes geschrieben hat, entnommen aus dem »Nadelöhr« (auf diesem Treffen gegründetes Mitteilungsblatt, die blaue Nullnummer vom Sommer 1988):

Umweltfest, Erfahrungen

Alles schlimmer geworden. Sie ändern nur formal ihr Verhalten, um jetzt mit gutem Gewissen weiterzumachen. Die Flasche, das Alu wird recycelt, das Auto fährt bleifrei und mit Katalysator, die Häuser erhalten neue Öfen, Brenner und vieles mehr, der Energie- und Stoffumsatz erreicht immer höhere Werte. Alle wollen was vom Ausverkauf der Erde haben, alle »hochqualifizierte« Arbeitsplätze, die noch mehr verbraten. Viele Zauberer und Illusionisten machen ihr einträgliches Spielchen, man kann gar nicht so dumm denken, wie ...

Die Nichtstuer und Aussteiger sind schuld, daß noch nicht alle Abwässer und Schornsteine sauber sind. Sie beginnen alles so geschickt, daß es völlig unbemerkt in die Hose geht. Stolz sammeln sie die Batterien als Sondermüll. Damit wird der »erlaubte« Anteil Sondermüll im Hausmüll reduziert, und die Industrie wird ihren Sondermüll billig los. Aähnliches scheint sich bei den »abbaubaren« Waschmitteln anzubahnen. Von den Abbauresten weiß man wenig, ahnt schlimmeres, als wenn man bei Phosphat geblieben wäre. Genug technisches.

Prof. Dr. Detlef Heidemann: »Was an Quecksilber aus den Amalgam-Zahnfüllungen austritt, ist nur ein Bruchteil dessen, was wir mit der Nahrung zu uns nehmen.« Soweit ein Fachmann. Ich bis entsetzt über die Kaltschnäuzigkeit, mit der hier Zahnärzte ihr Geschäft betreiben. Wenn dem wirklich so ist, müßte man doch jede zusätzliche Belastung vermeiden.

Erziehung der Menschen zugunsten der großen Sünder. Die Produktion ist leicht auf umweltfreundlich umzustellen, damit die Leute guten Gewissens ...

Das zeigt die ungebrochene Knechtschaft der kleinen Menschen durch die Großindustrie unter Einbeziehung von Gewerkschaft und Parteien, andere wie z. B. Kirchen usw. geraten auch in diesen Strudel.

Wen die Verlockungen und Täuschungen nicht umwerfen, der wird massiv bedrängt und genötigt. Kein Wunder, daß der terroristische Untergrund immer neuen Zulauf erhält; andere emigrieren innerlich oder äußerlich. Mich wundert nur,daß so viele noch guten Gewissens mitspielen; wohl nur, weil so viele Auswege angeboten werden, die nicht als Sackgassen erkennbar sind. Und wer's merkt, der wird anders eingeseift.

Ach sie tun ja so viel für den Umweltschutz – mir kommen die Tränen – und schwer wird bestraft, wer etwa den schönen grünen Rasen mit einer Bananenschale oder mit Nußschalen verschmutzt. Alles auf solide Bürgerlichkeit abgestimmt.

Es gibt sicher nur verschwindend wenig Änderungen, die man uneingeschränkt begrüßen kann, wenn man die Folgen kennt; eine Katastrophe jagt die Nächste, schlimmere, und ich sehe die Millionen kleineren, an die wir uns gewöhnen müssen.

Enschneidende Reduktion des Umsatzes von Energie und Stoffen, das einzige ...

Vor zehn Jahren stießen wir vor in völliges Neuland. Als Sehnsucht vieler lag es gewiß in der Luft, den Menschen und seine Bedürfnisse ins Zentrum des Lebens zu stellen. Sicher finde ich Zustimmung, wenn ich erkläre, daß das rücksichtslose Vorgehen gegen die Umwelt uns »Normalen« Unbehagen bereitet, vielleicht echter Krankheit den Boden bereitet. Wir sind ein Teil des Welt . Als Pioniere auf neuen heilen Wegen erfühlten wir neue heile (oder heilere, vielleicht heilende) Bereiche inmitten Abbau und Zerstörung.

Da wir räumlich und materiell von den »Versuchungen« getrennt waren, konnten wir unsere Träume ausdehnen. Erst mit den Mühen um das Ökodorf stießen wir auf die harten, unerbittlichen Realitäten.

Es kommt darauf an, was wir wollen: nur einen Platz mit unverfälschter Natur für uns und unsere Kinder, oder ob wir beispielhaft zeigen wollen, wie man in der heutigen Welt lebt und dabei weder darbt noch Natur oder Vorräte schädigt, auch und gerade in Berlin. Das wäre mein Traum, der jedoch noch wenig reale Aussichten hat.

Es war ein Traum, daß Kaninchen und Schafe auf der Wiese die Welt heil machen, denn der Böcke sind zu viele. Alle wissen, daß mehr getan werden muß, doch es gibt keinen, der etwas vernünftiges, konkretes weiß. Alles nur Niveau von Böcken und Kaninchen. ..... ●

Berlin, 22. Juni 1988
Gerd

2. FELSBERGER ENERGIE- UND KULTURTAGE

Ökologische Energietechniken zum Kennenlernen

Seit fast einem Jahr steht das Energiezentrum in Felsberg für ökologische Energieerzeugung und -einsparung. Das Haus bietet gute Voraussetzungen sich vor Ort über den Stand der Technik zu informieren und die dazu notwendige Beratung zu erhalten. Solare Warmwasserversorgung, Kraft-Wärme-Kopplung, Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung sowie die 50qm Photovoltaik-Module auf dem Dach des Niedrigenergiebaus sind ideale Anschauungsobjekte.

Messezelt auf den 2. Felsberger Energie- und Kulturtagen Foto: Frank Thöner

Jürgen Laudenbach ● Die Arbeit des Zentrums begann anläßlich der 1. Felsberger Energietage am 13. und 14. Oktober letzten Jahres. Den über 6.000 Besuchern bot sich ein Treiben rund um das Thema Energie und Umwelt, mit Fachvorträgen, einer Energiemesse, einem Kulturprogramm und dem Höhepunkt des Festes durch den Vortrag von Robert Jungk: »Wege zu einer menschengerechten Zukunft«. 500 Menschen nahmen damals an Hausführungen teil. Das Interesse an umweltschonenden Energietechniken und speziell am Energie-Modellhaus ist bis heute ungebrochen. Von Oktober bis August besuchten über 1.400 Besucher aus der gesamten Region Nordhessen und darüber hinaus das Haus zu Beratungs- und Hausführungsterminen.

Wie wichtig Informationsarbeit auf dem Sektor der Energietechnik ist, belegt eindrucksvoll eine von den Städtischen Werken Kassel im Frühjahr 1991 durchgeführte Umfrage. Demnach besitzt die umweltfreundliche Energieversorgung für 99% der Befragten eine (sehr) große Bedeutung, andererseits besteht für 88% erheblicher Informationsmangel, der als größtes Hemmnis dem Einsatz dieser Technologie entgegensteht.

Am Wochenende des 17. und 18. August erlebten ca. 5.000 Besucher die 2. Felsberger Energie- und Kulturtage. Mittelpunkt der Veranstaltung war die Podiumsdiskussion mit dem Thema »Energieversorgung der Zukunft«. Welche Wege möglich sind, beschrieben der Däne Max Hansen, Leiter des »Energiekontor Bakkelandets« und Dr. Heinrich von den Stadtwerken Saarbrücken. Anhören mußte sich dies vor allem der Vertreter der EAM (Kassel) Harald Wetzel, der auch von kritischen Zuschauerfragen ins Kreuzfeuer genommen wurde. Erfreulicher war die Untermauerung der Grünen Energiepolitik durch den Staatssekretär Rainer Baake vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten. Er erklärte die Landesregierung werde ein neues Energieeinsparungsgesetz erarbeiten, mit den Schwerpunkten: Senkung des Raumwärmebedarfs, Stromeinsparung, Intensivierung der Kraft-Wärme-Kopplung und die verstärkte Förderung zur Nutzung regenerativer Energien.

Auch wenn der Besucherstrom am Samstag nicht die Erwartungen der Veranstalter erfüllte, war die Stimmung am Sonntag und auch die Gästezahl überaus zufriedenstellend. Beigetragen dazu haben die Gruppe Chip'n Steel und das für die Kinder wirkende Juwimobil. Fast 400 Teilnehmer bei den Fachvorträgen füllten durchgehend die räumlichen Kapazitäten. Spannend war die Versteigerung de 5qm großen Sonnenkollektors, der für 2.050 DM versteigert wurde. Stolzer Besitzer ist ein ehemaliger Teilnehmer eines Seminars Werkstatt Sonnenenergie, der sich, ausgestattet mit dem erforderlichen Wissen, den Kollektor in sein neues Haus einbauen wird. ●

Wer mehr über die Bildungsveranstaltungen und das Wirken des Energiezentrums erfahren möchte, wende sich direkt an:
Energiezentrum Felsberg · Sälzerstr. 3a
3582 Felsberg

LITERATUR ZUR ENERGIETHEMATIK

Alternative Energieerzeugung bleibt gering

Wer sich mit der Entwicklung des zukünftigen Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, sollte auf jeden Fall auf die Prognos-Studie zurückgreifen. Politisch unter konservativen Annahmen gemacht, spiegelt sie infolge der vermachteten Strukturen des Energiemarktes vermutlich die reale Entwicklung wieder, solange politisch keine entscheidenden Änderungen eintreten. In dem 697 Seiten umfassenden Mammutwerk wird im Hinblick auf die Energieversorgungslage vorerst eine unproblematische Entwicklung signalisiert.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß der Primärenergiebedarf bis zum Jahre 2010 gegenüber dem Jahre 1987 um drei Prozent sinkt. Bis 1995 wird allerdings noch mit einem Anstieg um 1,5 Prozent gerechnet. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Energieversorgung spielt nach Auffassung der Autoren in absehbarer Zeit eine geringe Rolle. Er steige nur von derzeit 2,6 Prozent auf gut vier Prozent im Jahre 2010 an.

Wesentliche Änderungen an der Voraussage kämen nur zustande, wenn die Energiepreise spürbar anziehen. Dann kann von einer beträchtlichen Aktivierung der Energiesparpotentiale ausgegangen werden. Unter der Prämisse flankierender Maßnahmen wird über den Voraussagezeitraum gegenüber dem Status quo dann eine Verringerung des Energieverbrauchs um elf Prozent für möglich gehalten.

Damit einher ginge eine Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien um 15 Prozent. Der ihnen zugetraute Anteil am Primärenergiebedarf von fünf Prozent fällt damit auch bei »optimistischer« Prognose erheblich geringer aus als beim Energiewende-Szenario des Freiburger Öko-Instituts. Dort wird bei intensiven Bemühungen um eine umweltfreundliche Energiebedarfsdeckung in Richtung Sonnenenergie-Wirtschaft schon bis zum Jahre 2000 ein Anteil der regenerativen Energiebedarfsdeckung von 16 Prozent am gesamten Primärenergiebedarf für technisch realisierbar gehalten.

Prognos (Hrsg.): Energieprognose bis 2010. Die energiewirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2010, (Verlag Horst Poller im Verlag Moderne Industrie) Landsberg 1990, DM 248,--.

Für eine andere Energiewirtschaft in Ostdeutschland

Die Prognosstudie bezieht sich nur auf die alten Bundesländer. Insofern stellt die im August 1990 vom ÖKO-Institut und vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen erstellte Bestandsaufnahme und Perspektiverläuterung der Atom- und Energiewirtschaft der DDR eine wichtige Ergänzung dar. Rund die Hälfte des 113-seitigen Berichts bemüht sich um eine Ist-Analyse – aufgrund der schlechten Datenlage ein nicht gerade einfaches Unterfangen.

Herausgearbeitet wird erst einmal, weshalb die ehemalige DDR bei ihrem Primärenergieverbrauch pro Einwohner trotz schlechten Lebensstandards mit 240 GJ/EW hinter Kanada und den USA den dritthöchsten Primärenergieverbrauch pro Kopf unter den Industriestaaten aufweist. Unter anderem werden die einseitige Orientierung auf die Braunkohle, veraltete und ineffektive Umwandlungsanlagen, Energieverschwendung durch Subventionspolitik und Kontingentierung für die Industrie sowie besonders energieintensive Industriezweige als Gründe genannt. Mit graphisch aufbereiteten Datenmaterial werden diese Aussagen anschaulich belegt.

Gegen die zur Zeit der Erstellung der Studie schon geplante Übernahme des ostdeutschen Leitungsnetzes durch westdeutsche Energiekonzerne sind viele auch heute noch gültigen Argumente bereits formuliert:

- Die gewinnbringenden Absatzmärkte im Energiesektor werden von den westlichen EVUs übernommen, während bei den Altlasten aus dem Atom- und Braunkohlebereich eine Abwälzung auf die Allgemeinheit erfolgt.
- Auch wenn kurzfristig eine relative Verbesserung der ökologischen Auswirkungen der Energieerzeugung sicher ist, wird die mögliche Umorientierung auf eine zukunftsweisende Energiedienstleistungswirtschaft vorerst im wahrsten Sinne des Wortes »verschenkt«.
- Mit der Aufteilung der verschiedenen Energieträger auf unterschiedliche Gesellschaften kommt es zum Überstülpen der in Westdeutschland als falsch erkannte Form der Spartenwirtschaft über die zweckmäßigere Struktur der ehemaligen DDR-Regional-Kombinate (verschiedene Energieleistungen aus einer Hand).
- Die mit der Übernahme verbundene Zentralisierung und Monopolisierung der Energieversorgung in Ostdeutschland verhindert den Aufbau einer ökologisch verträglicheren, kommunalen und regionalen Energiewirtschaft.

Als Alternative setzen die Autoren eine Reihe möglicher Kooperationen zur Umsetzung der Energiewende gegen die »phantasielose« Verkaufsstrategie der Treuhand. Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, Einführung eines linearen, zeitvariablen Tarifs für alle Kundengruppen sowie die Rückgabe von Kraftwerken und Netzen in die Hände der Kommunen werden genannt. Ebenfalls wären nach Einschätzung des Öko-Instituts die Erstellung von Energiekonzepten, der Abbau der Subventionierung fossiler Energieträgern, angemessene Einspeisepreise, Höchverbrauchsstandards für Haushaltsgeräte sowie eine Stromkosten-Kennzeichnungspflicht für elektrische Geräte entscheidende Schritte auf dem Weg zu umweltfreundlicheren Energieversorgung in Ostdeutschland.

Kohler, Stephan / Küppers, Christian / Matthes, Felix Christian / Pflugbeil, Sebastian / Sailer, Michael / Schmidt, Gerhard / Seifried, Dieter: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Atom- und Energiewirtschaft der DDR, erstellt durch das ÖKO-Institut Freiburg / Darmstadt und das Unabhängige Institut für Umweltfragen Berlin, Berlin, Darmstadt, Freiburg im August 1990

Umfassender Marktüberblick

Anwendungsorientiert ist eine BINE-Veröffentlichung. Sie gibt einen sehr umfassenden Überblick über alle Firmen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland, die auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energiequellen und Rationeller Energieverwendung tätig sind. Die Erstellung des Handbuches beruht auf einer breit angelegten Fragebogenerhebung für die relevante Datenbanken, Firmenverszeichnisse, Messekataloge, Tagungsunterlagen u.ä. ausgewertet wurden.

Berücksichtigt sind alle Organisationstypen aus den Bereichen Forschung, Herstellung, Vertrieb, Planung, Interessensvertretung, Informationsvermittlung usw. Dabei konnten die Angeschriebenen neben standardisierten Fragen auch eigene, individuelle Beschreibungen ihrer Arbeitsbereiche vornehmen. Für Richtigkeit der teilweise wörtlich übernommenen Ausführungen können und wollen die Herausgeber insofern keine Gewähr übernehmen.

Der Haupteil des Buches gliedert sich in siebzehn Sachkapitel, die die erhobenen Firmen und Institutionen erhalten. Sonnen- und Windenergienutzug, Energetische Nutzung von Abfällen, Wasserkraft, Rationelle Energieverwendung, Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung, Solararchitektur, Steuerung und Reglung sowie Energiekonzepte sind Beispiele hierfür. Hinzu kommt ein ausführlicher Registerteil mit Suchmöglichkeiten nach Firmennamen, nach Postleitzahlen, nach Personen sowie nach einem hierarchisch geordneten Schlagwortregister: auf jeden Fall ein »Werk«, auf das niemand verzichten sollte, der kontinuierlich über alternativen Energien arbeitet.

Fachinformationszentrum Karlsruhe (Hrsg.): Marktführer-Adressbuch Erneuerbare Energiequellen Rationelle Energieverwendung. Unternehmen – Bezugsquellen – Forschung – Beratung, bearbeitet von der BINE-Bürgerinformation, Karlsruhe (Verlag C.F. Müller GmbH) Karlsruhe 1989, 38,--DM.

Anschauliche Ausstellungsbroschüre

Eine der sehr anschaulich und ästhetisch aufbereitete Veröffentlichungen zum Thema erneuerbare Energien mit vielen Graphiken und Fotographien hat das Landesgewerbeamt Baden-Württemberg herausgegeben. Sie dient als Begleitmaterial zu einer Wanderausstellung über Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energieträger. Mit ihrer Hilfe wird einer interessierten Öffentlichkeit gezeigt, welches Einsatzspektrum in diesem Bereich schon heute vorhanden ist. Sonne sowie deren Nutzung über Kollektorsysteme, über Passiv-Systeme oder Photovoltaik sind Schwerpunkt der Darstellung. Gezeigt wird aber auch die Verwendung von Biomasse, Wind und Wasser.

Landesgewerbeamt Baden-Württemberg – Informationszentrum für Energiefragen – (Hrsg.): Erneuerbare Energie, Stuttgart o.J. (Die Broschüre und der gegenwärtige Standort der Ausstellung kann angefragt werden beim Landesgewerbeamt, z. H. Herrn Güntert
Postfach 102963, 7000 Stuttgart 10.) ●

EIGENSTÄNDIGE REGIONALBEWEGUNG ALS NEUE PROVINZIELLE BEWEGUNG

Kultur und Eigenständige Regionalentwicklung

Albert Herrenknecht, Boxberg-Wölchingen

Eigenständige Regionalentwicklung (ER) ist von ihrem Wesen her eigentlich ein Kulturprogramm, denn sie setzt auf die Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte (Phantasie, Kreativität, Mut, Aktion, Konkrete Utopie...).

Der subjektive Faktor, das Wollen und Können der Menschen als aktiv-handelnde Subjekte, steht auf allen Ebenen im Vordergrund. Er ist entscheidend für das Gelingen des Programms.

Eigenständige Regionalentwicklung ist in seiner Grundkonzeption eher ein **Menschenförderungsprogramm** und erst in zweiter Linie ein Strukturförderungsprogramm.

Hauptziel der ER ist es, die schlummernden kulturellen Potentiale einer Region durch gezielte Forderung (Heraus-Forderung) und Förderung zu aktivieren und damit den eigenen Kräften neue Kräfte zu verleihen.

Dieser 'Potenzierungseffekt' ist der eigentliche 'Kulturakt' der ER:

- Kultur wieder an seine Begriffs-Wurzel zurückzuführen.
- Kultur zu verstehen als 'Entwicklungsprozeß', der 'Eingewickeltes' und damit 'Verborgenes' 'hervorbringt'.

Dieses Hervorbringen ist allerdings nur der Anfang eines langen Prozesses, denn mit dieser Förderung wird nicht nur Verborgenes, sondern auch Verbogenes geborgen.

Das Tiefbohren durch die Schichten der abgelagerten Provinz bohrt viele Flöze 'deformierten Provinzlebens'an und hat einen weiten Weg vor sich bis zum **'kulturellen Grundwasser'** (Ernst Bloch) eigener und gesellschaftlicher Emanzipation.

Keine Weltkarte sei eines Blickes wert, die das Land Utopia nicht enthält.
Oscar Wilde

Theorien'

- Der Einbau und die bewußte Kultivierung von 'Selbstreflexionsphasen', Selbstvergewisserungsrunden (Team-Supervision, Selbstkritik-Seminare)
- Eine neue Souveränität im Umgang mit Widersprüchen, Menschen und Meinungen (höhere Schock-Toleranz-Schwelle, Fähigkeit zur Entladung von Reizwörtern, Erkennen von Doppelbödigkeiten in Worten und Symbolen.)

Derart menschliche Dinge wie die Revolution lassen sich ohne sichtbare Menschen, ohne das Bild wirklicher Personen (nicht Götzen) kaum durchführen.

Ernst Bloch
(»Erbschaft dieser Zeit«)

Ein **subjektivistisch-angelegtes Modell**, wie die ER, das von den sie tragenden Personen – im wahrsten Sinne des Wortes – 'LEBT'und als neues Berufsbild noch nicht fest strukturiert ist (was Vorteile zur Selbstgestaltung und Ausfüllung bietet, aber auch hohe Anforderungen an die Strukturierung des Alltags fordert) braucht den »Wärmestrom« (Ernst Bloch) einer positiven Kulturbewegung, um im Kältestrom des Alltags nicht zu 'vereisen'.

Mit 'positiven Bewußtsein' allein ist keine Welt zu verändern, schon gar nicht zu verbessern, wenn konkrete Lösungen konkreter Probleme anstehen und die **Nadelöhr-Probleme** des gelungenen Beispiel gefordert ist.

Hier offenbart sich für die Glaubwürdigkeit der ER-Konzeption ein ganz **neuer Praxisanspruch**, nämlich auch funktionierende Alternativen zu liefern, Alltagsverbesserungen und -erleichterungen hervorzubringen und damit den Boden für alle anderen regionalen Kultur- und Politik-Offensiven vorzubereiten.

Der **Bereich der 'materiellen Kultur'** bekommt so einen neuen, dominierenden Stellenwert, als Sandsack und Schwerkraft zum Boden hin, als Antauung der alten freischwebenden **»Kultur- und Bildungs-Luftschiffe«**. Sie müssen sich im Alltag bewähren, die **Nagelprobe des positiven Ausgangs** bestehen ohne dabei 'Schiffbruch' zu erleiden, mit ihren vollen Segeln der Theorie und ihrem Ausguck nach den Fernzielen vom rauhen Wind der Realität geschleift zu werden.

In der Praxis zeigt sich die **enge Verwandschaft** zwischem

Foto: Albert Herrenknecht

Ohne eine Vision von diesem **'kulturellen Grundwasser'** besteht die Gefahr zu früh mit dem Bohren aufzuhören, sich in Neben-Stollen zu verlaufen, bei Schwierigkeiten (harten Schichten) zu resignieren.

ER als 'sanfte Kulturbewegung' läuft Gefahr, sich an diesen Granit-Strukturen der Provinz festzubeißen, wenn sie mit zuviel idealistischen Vorgaben und Vor-Haben an die Arbeit geht und im Grunde für eine Arbeit auf 'fremden Terrain' (außerhalb des unmittelbaren Alternativ-Klientel, innerhalb fremder Kulturkreise, in Mitten 'alter Feinde'...) nur dürftig gerüstet.

Der Anspruch die 'endogenen Kulturpotentiale' einer Region zu bergen, macht aber eine Grenzüberschreitung unabdingbar, sollen nicht nur die wenigen sichtbaren, alternativherausragenden (im Doppelsinne eines Hervorstechens und einer schon vollzogenen Selbstbewegung) Projekte versorgt werden, nur eine 'Edel-Förderung' laufen.

Ein neues Ernstnehmen der Provinz, ein sich Einlassen und Hineinbohren in die Strukturen und Lebensverhältnisse, ein alltägliches Grenzüberschreiten von verdeckten Kultursperren (Milieus, ideologische Lager, 'Feindbilder'...) ist eine (kulturelle) **Grundvoraussetzung der ER-Arbeit**.

Um dies leisten zu können sind evtl. Vorarbeiten notwendig, wie z.B.:

- Eine Regionalanalyse zur (Er)Kenntniserweiterung
- Eine breite Akzeptanz zu den verschiedenen Vorgeschichten der Menschen und Projekte
- Eine Bereitschaft unterschiedliche Bewußtseinsformen, Betroffenheiten, Kulturmilieus wahrzunehmen und anzuerkennen
- Eine Ablösung von eigenen Projektionen und 'Fertigbau-

konkretem Fortschritt und lebendiger Utopie, zwischen funktionierender Ökonomie und spielender Kultur, zwischen Alltagssättigung und Zukunftshunger.

Die heutige Welt ist den Menschen nur beschreibbar, wenn sie als eine veränderbare Welt beschrieben wird. Für heutige Menschen sind Fragen wertvoll der Antworten wegen. Heutige Menschen interessieren sich für Zustände und Vorkommnisse, denen gegenüber sie etwas tun können.

Bert Brecht

Thesen: Die Rolle der Kultur innerhalb der Eigenständigen Regionalentwicklung

1. Wie im Kopf die Handlung vorbereitet wird, die Praxis vorgedacht wird, so wird in der Kultur die neue Praxis entworfen. Kultur als die Lebensform wie die »Menschen leben und arbeiten« (Bert Brecht), aber auch in ihrer utopisch-aufgeladen Form, wie Menschen leben und arbeiten **wollen**, ist die Basis und der Vorlauf jeder politischen Veränderung. Kultur ist Basisfaktor für alles (vor allem Neuem) Denken und geht daher wirtschaftlicher und politischer Veränderung voraus. Ohne kulturellen Aufbruch gibt es keine wirtschaftliche Verbesserung. Kultur ist der Wegbereiter neuer Wege, sofern sie **»Wurzelkultur«** (Hans Haid) und **»Luftwurzel-Kultur«** zugleich ist, nicht nur **Boden(-Ständigkeit)**, sondern auch den **»Ackerhimmel«** (Ernst Bloch) will und sucht.
2. Eigenständige Regionalentwicklung ist nicht aus dem Stand möglich. »Aufrechter Gang« (Ernst Bloch) und Eigenbewegung gehen der (Selbst)Veränderung voran. Sie brauchen Unterstützung durch ein integriertes Kultur- und Bildungsprogramm in Form von Beratung, Mut machen, begleiten, diskutieren, kritisieren, fordern und fördern.

   Das **menschliche Maß** dieses Förderprogramms macht es langwierig und kompliziert, erfordert Zeit für Lernprozesse und Sinnfragen, Lebenshilfe und Emanzipationsbemühungen, Angstbewältigung und Ohnmachtüberwindung, verdauen neuer Erfahrung und Kräftesammeln, Menschenerleben und Menschen(er)kenntisse. Im Grunde ist es und will es viel zu viel, denn sind die menschlichen Quellen einmal angeschlossen, sprudeln sie unentwegt, unbegrenzt.
3. Eigenständige Regionalentwicklung braucht zu ihrer Verwirklichung die **»Kulturelle Aktion«** (Freire), d.h. den kulturellen Aufbruch der Betroffenen, den Willen zur (Selbst)Veränderung und Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Nur dieser neue Lebensmut verhindert zu frühes Resignieren, ein Aufgeben auf halbem Wege, ein Verzweifeln an Schwierigkeiten. Die Anforderungen sind hoch, denn eigene Wege sind kompliziert, steht man/frau sich doch manchmal selber im Wege, müssen nicht selten alte Leitbilder und Vorstellungen aus dem Weg geräumt werden. Allerdings gibt es zu diesem langen Weg zur Selbstemanzipation keine Alternative.

   Dabei nicht allein (gelassen) zu sein, konkrete, menschliche Hilfen zu bekommen oder vermittelt zu bekommen, ein 'solidarisches Hinterland' zu spüren, ist wichtig, denn **Menschen unterwegs** haben nicht mehr den Schutz gewohnter Landschaft, bewegen sich im freien Feld, sind angreifbar, verletzbar, unsicher. Wächst zudem Neues von Innen her, ist die eigene Haut dünn, flüchtet sich der weich-gemachte Kern in die harte Schale innerer Dogmatismen, sucht Schutz im Vertrauten, Gewohnten, wird starr, hart, bewegungslos, ängstlich agressiv. Hier gilt es die **'endogenen Kräfte' neu zu bergen**, dem Reich des eingebrochenen 'Egos' zu entreißen, 'aktiv' zu machen.
4. Eigenständige Regionalentwicklung als staatliches Beratungs- und Förderungsprogramm legitimiert sich durch **Fachberatung** und **sichtbare** Projekt**ergebnisse** – und Erfolge. Unsichtbare Leistungen, 'Kultur-'Leistungen, menschliche Hilfen, neue soziale Netze, mühsam aufgebaute neue soziale Infra-Strukturen, usw. werden nicht honoriert und daher nicht 'bezahlt'. Gerade das Wesentliche, die eigentlichen Fundamente sind 'immaterielles Beiwerk', 'nicht-berechenbare Größen', 'politisch-unsichere Zonen', 'ehrenamtliche Arbeitsfelder', 'Bereiche unentgeltlicher Regionalarbeit'.

   Mit diesem latenten inneren Widerspruch muß ER umgehen lernen und für Regionalarbeit, kulturelle Vernetzung, kulturelle Veranstaltungen, Einzelhilfen, Ehrenamtlichen-Arbeit, usw. mehr Freiräume und auch bezahlte Freistellungen sichern. Hier ist vor allem Druck aus den Regionen zum Ausbau dieses Bereichs und ein in diese Richtung entwickeltes Bewußtsein bei den Regionalberater/innen gefragt.
5. Eigenständige Regionalentwicklung lebt in dem Widerspruch, die von ihr geleistete **Kulturarbeit monetarisieren zu müssen**, um dafür sowohl Beratungsetats als auch Fördermittel sichern und beanspruchen zu können, zum anderen versucht sie gerade die 'Unberechenbarkeit der Kultur-Leistungen' hervorzuheben und zu betonen, was ihren 'gewerkschaftlichen Umgang mit Kulturarbeit' wiederum untergräbt und schwächt. Der Widerspruch zwischen Kultur und Ökonomie wird hierin konkret sichtbar und zum Dauerkonflikt aus vier Ebenen:
   - Bei der Beurteilung von kulturellen Anteilen innerhalb der Wirtschaftsprojekte
   - Bei der Definition von wirtschaftlichen Kulturprojekten, die später als kommerzielle Kulturprojekte fortgeführt werden
   - Bei der Festlegung von Kulturinitiativen-Projekten, die ohne Dauersubvention nicht ökonomisch überleben können
   - Bei der Veranschlagung von kulturellen Vor- und Nachleistungen zur Verwirklichung »ER in den Regionen« (Regionalarbeit).
6. Eines der Hauptprobleme, auch der kulturellen Arbeit, innerhalb der ER ist die Frage, wie über die Projektebene hinaus wirklich der **»regionale Radius« der Projekte erschlossen** werden kann und diese zu Kristallisationspunkten einer neuen, eigenständigen, regionalen Bewegung werden können.
   - Sind die **»Regionalen Kerne«** in den Projekten wirklich stark genug, um gegen die allgemein-gesellschaftlichen Privatisierungs-, Individualisierungs-, Ent-Solidarisierungs- und Ent-Politisierungstendenzen, aber auch gegen alte Momente von Lokalpatriotismus, Hof-Denken, Kleinkrämer-Mentalitäten anzukommen?
   - Wie gelingt es den Alltags- und Aufbauschwierigkeiten der Projekte nicht in ihrer Eigendynamik zu versacken, sondern den Blick für **weiterreichende Ziele** (Regionale Idee) und die unmittelbare Umgebung (Regional-offenheit, Regional-Politische-Orientierung) offen zu halten?
   - Was passiert mit der **Vision** im Alltagsk(r)ampf, vor allem dann, wenn die Projektträger/innen eher ein taktisches Verhältnis zur Förderung und Beratung haben, ihr Hauptinteresse den Geldern gilt, sie sich nicht anvertrauen wollen, sie an kultueller Eigenbewegung und Veränderung nicht interessiert sind, sich nicht 'sozial aktivieren' lassen wollen, sich für 'eigenständig' genug halten?
   - Sollen die programmatischen Forderungen der ER (Regionalbezug, Sozial- und Umweltverträglichkeit, kulturelle Aktivierung) über die Instrumente der Förderung und Beratung **'von Oben und Außen'** eingesetzt werden, wenn sie als 'innere Bereitschaft' nicht vorhanden sind oder als Bewußtseinsbildungsprozess nicht vermittelbar werden?
   - Wird das Fördergeld nicht zum eigentlichen Kommunikationsmittel, die einzelnen Brancheninteressen der Projekte längst die Idee einer regionalen Kooperation unterlaufen haben und die **Fach-Kooperation** über die **Raum-Kooperation** dominiert, und damit 'Kultur' nur noch zu einer Verpackungsangelegenheit des Förderantrages ver-ding-licht wird?
   - Welche Mittel und sanften Instrumente hat ER real um die inhaltlichen Forderungen an eine neue Kulturarbeit in der Provinz (Emanzipatorische Provinz-Kultur) im Sinne einer »Kulturellen Imprägnierung« (Antonio Gramsci) aufrechtzu(er)-halten und produktiv einzubringen? Ist ein Beharren darauf, ein Nach- und Einfordern, eine Diskussionssteuerung in diese Richtung unersetzlich?
   - Was passiert mit den ländlichen Sozialgruppen und Kulturkreisen, die aufgrund der Komplexität und Anforderungsschwelle des Programms ausgegrenzt werden? (Neues soziales Gefälle).
   - Ist das unternehmerisch-orientierte Programm der ER nicht auch eine gute Chance für die **Flexiblen, Innovativen, Besser-Situierten**, 'durchzustarten', eine neue Elite zu bilden, sich in ihrer Planung noch förderungsmäßig flankieren zu lassen, sich 'billig' zu bedienen (obwohl sie dies am wenigsten nötig hätten)? **(ER als Basisprogramm eines neuen Unternehmertyps?)**
7. Der 'Subjektive Faktor' ist **keine dauerhafte Energiequelle**. Die große Versuchung der ER als kulturelles Innovationsprogramm liegt darin, ihre sicher vorhandene Dynamik (im Begriff, in der Symbolik, in der utopischen Programmatik, etc.) zu überschätzen und dem Fehler zu verfallen, alles sei machbar, alles müsse neu geschaffen werden, alles sei eine Frage von Willensstärke und individuellen Kraftreserven.

   ER ist eine (Neu)Gründer- und Gründungsbewegung

Fortsetzung nächste Seite

SELBSTDARSTELLUNGEN

KATHOLISCHE LANDJUGENDBEWEGUNG DEUTSCHLANDS

BUNDESSTELLE

Selbstdarstellung der KLJB-Aktivitäten im Bereich Eigenständige Regionalentwicklung

Die KLJB ist ein Jugendverband innerhalb des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, dem etwa 67.000 Mitglieder, überwiegend aus dem ländlichen Raum, angehören.

Seit einigen Jahren ist die Auseinandersetzung mit der Eigenständigen Regionalentwicklung ein **Schwerpunkt** in der KLJB-Arbeit. Diese Auseinandersetzung führte in der KLJB zu einer **qualitativen Veränderung der bisherigen Arbeit**, in dem verschiedene Arbeitsbereiche wie Landwirtschaft, Frauen, Ökologie, Kultur usw. unter dem Aspekt der regionalen Entwicklung gesehen werden.

In den Leitlinien des Verbandes heißt es: »Die KLJB versteht sich als Verband, der sich einsetzt für eine eigenständige Entwicklung ländlicher Räume, die die Bedürfnisse der Menschen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als oberstes Ziel hat. In Bewegung sein heißt für uns, unser Engagement in Parteien, Verbänden, Initiativen und sozialen Bewegungen im Sinne einer eigenständigen ländlichen Entwicklung einzubringen.

Das Land muß sich aus eigener Kraft und nicht in einseitiger Abhängigkeit von Ballungszentren entwickeln. Mit Phantasie und den Erkenntnisssen aus Forschung und Technik sind neue, dezentrale Konzepte (z.B. der Produktion, der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs...) zu entwickeln. Wesentliches Element einer eigenständigen regionalen Entwicklung ist der Erhalt einer umweltgerechten Landwirtschaft. Hierzu gilt es, sich verstärkt für den Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Betriebe einzusetzen, die bessere Voraussetzungen für eine gerechte Verteilungspolitik schaffen.

Die eigenständige Weiterentwicklung der Dörfer bedeutet aber auch die Entwicklung einer neuen ländlichen Kultur. Überlieferte Traditionen gilt es dabei nicht einfach zu konservieren, sondern mit aktuellen Inhalten zu füllen. Das Neu-Entdecken und Neu-Entwickeln von Traditionen soll dem ländlichen Raum zu einer selbstbewußten Kultur verhelfen.«

Aktivitäten der KLJB

- Im März 1991 wurde das **Positionspapier** zur Eigenständigen Regionalentwicklung verabschiedet, das in zweijähriger Arbeit vom Bundesarbeitskreis »Eigenständige Regionalentwicklung« erstellt worden ist. Es beinhaltet eine Analyse der Situation des ländlichen Raumes und zeigt Perspektiven für eine Eigenständige Regionalentwicklung auf.
- Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Jugend und Gesundheit geförderten **Modellprojektes** in der Region Hohenlohe-Tauber (Baden-Württemberg) werden Möglichkeiten zur Stärkung des soziokulturellen Lebenszusammenhanges auf dem Land gezeigt und damit Schritte zur Eigenständigen Regionalentwicklung getan.
- In der Oberpfalz waren dortige KLJB'lerInnen entscheidend an der **Gründung** des Vereins für Eigenständige Regionalentwicklung in der Oberpfalz sowie am Zustandekommen der »Ökologischen Modellregion Schwandorf« (ÖMS), ein vom Landkreis gefördertes Projekt zur Eigenständigen Regionalentwicklung, beteiligt.
- In verschiedenen anderen Gebieten arbeiten KLJB'lerInnen aktiv an einzelnen Projekten oder in Vereinen für Eigenständige Regionalentwicklung mit.
- Die **Akademie** der Katholischen Landjugend hat sich die Eigenständige Regioanlentwicklung als Schwerpunkt für die nächsten Jahre gegeben. Die Eröffnungsveranstaltung fand im September 1990 in Altenberg zu diesem Thema statt. Dazu ist eine Dokumentation erhältlich.
- Die KLJB bzw. die Akademie der Katholischen Landjugend veranstaltet zusammen mit anderen ER-Initiativen Vernetzungstreffen der verschiedenen ER-Gruppen und -Vereine auf Bundesebene (zweimal jährlich).
- Die KLJB beschäftigt sich verstärkt mit der Situation des ländlichen Raumes und der Situation der Jugend im ländlichen Raum in den fünf **neuen Bundesländern** und sucht nach Chancen für eine eigenständige Entwicklung.
- Die KLJB arbeitet als beratendes Mitglied im Dachverband der deutschen Agraropposition mit, der sich ebenfalls für eine Eigenständige Entwicklung ländlicher Räume einsetzt.
- Die KLJB versucht, im Rahmen der **Jugendkulturarbeit**, Möglichkeiten aufzuzeigen, zu neuen Ausdrucksformen ländlicher Kultur zu finden. ●

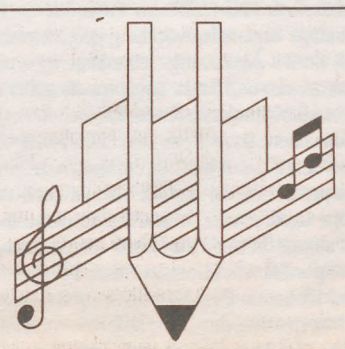
Bundesstelle der KLJB
Drachenfelsstr. 23
5340 Bad Honnef 1
☎ (0 22 24) 30 37
Telefax: (0 22 24) 30 39

MATERIALIEN

- Positionspapier zur Eigenständigen Regionalentwicklung 3,– DM
- Dokumentation der Akademieeröffnung: Zukunft für das Land 6,50 DM
- Werkbrief Nr. 67: Andere Wege braucht das Land 4,– DM
- Werkbrief Nr. 66: Leben und arbeiten auf dem Land 4,50 DM
- Weitere Materialien auf Anfrage

SAARLAND

Arbeit und Kultur Saarland GmbH



Ein staatliches Förderprogram leistet Schrittmacherfunktion:

Das Modell der »Arbeit und Kultur Saarland GmbH«

Die »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« bietet Hilfe bei der Erstellung neuer kultureller Konzepte und Projekte. Sie leistet Koordinations- und Vernetzungsaufgaben bei Einzelprojekten. Sie übernimmt Trägerschaften und gründet Finanzierungspools. Sie initiiert Verbundsysteme, leistet Anschubfinanzierungen und vergibt zinslose Vorfinanzierungs- oder Überbrükkungskredite. Sie ist eine Art Dienstleistungs-, Ideen- und Kooperationsbörse. Weniger abstrakt gesagt: Der GmbH geht es darum, wie man mit Kultur seine Brötchen verdient und wie gleichzeitig das kulturelle Spektrum insbesondere auf dem Land erweitert werden kann. Das noch knappere Motto der »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« heißt schlicht: mehr Arbeit und mehr Kultur, oder in leichter Abwandlung zu Karl Valentin: Kultur ist schön – macht aber viel Arbeit.

Die »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« wurde 1990 vom Saarland mit 300.000 DM und der Arbeitskammer des Saarlandes mit 81.318,96 DM bezuschußt. Die Ergebnisentwicklung für das Geschäftsjahr 1990 weist Erträge in Höhe von 1.383.795,93 DM aus, denen Aufwendungen in Höhe von 1.384.828,87 DM gegenüberstehen. Der hieraus resultierende Jahresfehlbetrag ist somit 1.032,94 DM. Da ist also ein Verlust von knapp 1.100 DM bei einem Finanzvolumen von fast 1,4 Mill. DM zu verzeichnen. Die beiden Gesellschafter der gemeinnützigen GmbH, nämlich die saarländische Landesregierung und die Arbeitskammer des Saarlandes, die zusammen nur runde 380.000 DM aufbringen mußten, können auf der kulturellen Haben-Seite eine sowohl qualitative als auch quantitative Erfolgsbilanz verzeichnen. Bevor nun die Zahlen endgültig die Vorherrschaft ergreifen, soll geklärt werden, was die »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« überhaupt macht:

Im Geschäftsjahr 1990 sind von der GmbH fünf eigene ABM-Maßnahmen durchgeführt worden. Rund 20 weitere Maßnahmen konnten für andere Träger entwickelt, beantragt und nach Bewilligung begleitet werden. Insgesamt wurden 35 ABM-Maßnahmen von der Geschäftsstelle der »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« personal- und gehaltstechnisch verwaltet. An fast 20 Einzelprojekten wurden Projektzuschüße von 3.000 DM bis 10.000 DM vergeben. Eine Reihe von Vorfinanzierungskrediten wurden gewährt; Werkverträge zur Vorbereitung neuer Projekte wurden abgeschlossen. Die GmbH fungierte als Clearing-Stelle bei einer dreiwöchigen Großveranstaltung in der stillgelegten Alten Völklinger Hütte, wo in Workshops, Kulturveranstaltungen und einem Fach-Symposium neue Nutzungsmöglichkeiten diskutiert wurden.

In ersten Halbjahr 1991 hat die GmbH fünf weitere eigene ABM-Maßnahmen begonnen, Darlehen für Equipement-Anschaffungen vergeben, neue Werkverträge abgeschlossen, gleichzeitig neue ABM-Maßnahmen für Fremdträger beantragt, etwa 10 Projektzuschüsse bewilligt und bereitet eine große Kulturwoche in der Völklinger Hütte vor.

Das Saarland ist ein kleines Land: das »Kultur-Milieu« ist klein und überschaubar. Eine Arbeitskammer gibt es – außer in Bremen – in anderen Bundesländern nicht. Das Modell der gemeinnützigen GmbH läßt sich bei 2 1/2 festangestellten MitarbeiterInnen nicht ohne weiteres übertragen. Die GmbH hat ihre Tätigkeit ab Mitte 1989 punktuell aufgenommen. Ein Historiker wurde als erste ABM-Maßnahme eingestellt, der die etwa 40 saarländischen Heimatmuseen koordinieren und beraten sollte. Offenkundige Defizite begründeten den Einstieg. So wurde auch für den Bereich »Neue Medien« eine ABM-Stelle »Mobile Videoarbeit im Saarland« eingerichtet. Kommunale Träger konnten für weitere ABM-Maßnahmen gewonnen werden. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde von der »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« ein erstes größeres Verbundprojekt initiiert. »Kultur mit und für Kinder« war in weiten Gebieten des Landes ein weißer Fleck. Die »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« hat zu einer Diskussionsrunde mit interessierten Kommunen eingeladen. Von Anfang an war der Fachvermittlungsdienst des Arbeitsamtes und das damalige Ministerium für Gesundheit und Soziales an den Gesprächen beteiligt. Resultat der etwa halbjährigen Vorbereitungsphase war, daß neun MitarbeiterInnen an neun verschiedenen Orten per ABM eingestellt werden konnten, die jeweils an unterschiedlichen Kinderkulturprojekten arbeiteten. Zusätzlich wurde ein Projektleiter über Zeitvertrag eingestellt, der in Kooperation von der GmbH und einem Landkreis bezahlt wird. Für alle ABM-Beschäftigten konnte eine 100% Finanzierung über die Arbeitsämter und das Landesprogramm »Arbeit und Kultur« sichergestellt werden. Zusätzlich erhalten alle neun Träger über das Arbeitsministerium einen Sachkostenzuschuß von 2.000 DM sowie über die Abteilung Kinderland weitere 5.000 DM. Gleichzeitig hatten sich die Kommunen in den Vorgesprächen verpflichtet, ebenfalls einen Sachkostenzuschuß bereitzustellen. Dieser Betrag schwankt – je nach Größe – zwischen 3.000 und 10.000 DM, sodaß an den einzelnen Standorten ein Projektetat zwischen 10.000 und 17.000 DM pro Jahr existiert. Mit anderen Worten: jede ABM-Stelle ist weit besser ausgestattet als sie es nach gängiger Praxis normalerweise wäre. Hinzu kommt aber noch eine andere Intention. Der dazugehörige Projektleiter übernimmt eine Weiterqualifizierungsfunktion.

Wöchentliche Teamsitzungen aller MitarbeiterInnen orientieren sich an einem eigens von der »Arbeit und Kultur Saarland GmbH« entwickelten Curriculum, das ganz praktische Fragen der Kulturarbeit thematisiert. Endergebnis der weiterqualifizierenden ABM-Maßnahmen ist nicht ein Zertifikat, sondern eine persönliche Dokumentation über Bedarfsanalyse, Zielvorstellungen, Realisationen, Schwierigkeiten bei der Umsetzung, Nachbetrachtungen und Reflektionen über Verbesserungen. Ziel ist es, den beschäftigten GermanistInnen, SoziologInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, TheologInnen, MusikwissenschaftlerInnen ein Papier an die Hand zugeben, daß sowohl ihre praktischen Erfahrungen als auch ihre theoretische Arbeit nachweist. Ergänzt wird diese Weiterqualifizierungsmaßnahme durch Wochenendseminare und Exkursionen, zu denen die TeilnehmerInnen auch eigene Referate erarbeiten. ●

Dirk Bubel

Arbeit und Kultur Saarland GmbH
Fritz-Dobisch-Str. 10
6600 Saarbrücken
☎ (06 81) 400 54 10

Weitere Selbstdarstellungen auf der nächsten Seite

FORTSETZUNG

mit Pioniergeist und Existenzgründer-Drive, aber gleichzeitig auch mit der Aktivierung eines sehr komplexen subjektiven Faktors, mit klaren Begrenzungen in Markt- und Machtgesetzlichkeiten, mit Schwierigkeiten, die aus der Vermengung alter Gebrauchswertkulturen auf dem Lande (Selbstversorgungsmomente, Selbsthilfe-Ansätze, etc.) und neuen modernisierten Kulturtechniken (neue Komplexität, Individualität, etc.) resultieren.

'Regionalberater' ist deshalb ein neuer Berufstyp, dessen Professionalitäts-Profil nicht mehr mit dem Funktionär alten Typs zu vergleichen ist: Nicht organisatorische Omnipotenz, sondern soziale Lernfähigkeit auf der Basis fachwissenschaftlicher Qualifizierung ist als zentrale Berufs-Tugend gefragt.

8. Die alte Provinz-Kultur ist nicht tot, sondern restauriert sich zum Teil kräftig selbst, überlebt vor allem bei den in die soziale Enge getriebenen, existenzgefährdeten ländlichen Sozialgruppen (Landwirten, Handwerk, Gewerbe). Zu ihnen vorzudringen erfordert die Überwindung von Kulturbarrieren: Sprach- und Begriffsprobleme, Rollenwahrnehmungs-Schwierigkeiten, Non-Verbale-Duftmarken, 'Stallgeruch-Identifikationen', menschliche Qualitäten, persönliche gegenseitige Akzeptanz, fachbezogenes Vertrauen.

   Die Provinzler sind nicht von sich aus der Typus des 'kritischen Modernisierers', sondern eher ein Menschenschlag, der vom konservativ-geprägten Zögerer, bis zum bauernschlauen Modernisierer reicht. Beide Typen wissen um ihre Vorteile und Interessen und haben ihre eigenen Gebrauchswertorientierung an die ER. Als 'gestandene Persönlichkeiten' wollen sie den Dialog von Mensch zu Mensch, was die Akzeptierbarkeit einer fundierten Autorität in der Person des Regionalberaters voraussetzt.

   Ohne diese Provinz-Persönlichkeiten bleibt das Programm der ER unglaubwürdig, vertrauensfremd und ohne Wirkung. Personen, die in ihnen ver-körperte Idee, das 'Amt' im Menschen, sind Grundkriterien einer menschlichen Beratungsförderung.

9. ER holt nicht nur die 'endogenen Kräfte' der Provinz heraus, sondern holt damit auch das 'Beste' was die Provinz hat hervor, lockt die Menschen heraus mit dem Wink, daß nun ihre Zeit gekommen sei, sie endlich 'entdeckt', 'gefördert', 'anerkannt', wären.
   - Was rechtfertigt diese Euphorie, vor allem auf dem Hintergrund der momentan stattfindenen Entwicklungstempi und Paradigmenwechsel?
   - Können wir es verantworten, nicht nur das »Gute an der Provinz« (Ernst Bloch), sondern das »Beste«, die inneren Kräfte nun herauszuholen, wo noch offen ist, ob sie sich entwickeln können oder nur wieder 'ausgebeutet' werden?
   - Können wir für eine Öffnung der Provinz plädieren, wenn wir (auch) wissen, daß damit Einstiegslöcher für eine Kapitalisierung vorbereitet werden, alte Grenzen fallen und dies eventuell nur zum Nachteil der Provinz?
   - Brauchen wir nicht nur eine »Eigenständige«, sondern auch eine »Eigensinnige« Regionalentwicklung, die Widerstände, Wider-Spenstigkeiten nicht nur 'sanft modernisiert' und damit 'aus-liefert' (ver-kauft, schutzlos Preis-gibt), statt in ihrer 'Subversivität' weiter-entwikkelt?
   - Bräuchten wir nicht eigentlich eine Förderung der provinziellen Widerstandskräfte, anstatt der Förderung eines 'homöopatischen Kapitalismus' für die Provinz durch ER?
   - In welcher Weise können wir uns absichern, mit der ER-Konzeption und Beratung nicht 'alternative Beratungsruinen' zu hinterlassen, das letzte Vertrauen in 'alternative Beratung' selbst zu ruinieren, ohne die Menschen auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen, zu akzeptieren, daß sie sich nicht völlig offen-baren, Selbstschutz-Sicherungen einzubauen. Sind nicht auch Alternativen zu den Alternativen mitzu(be)denken und offen zu lassen? (Wege-, Methoden-, und Ziel-Pluralität als ernsthaftes Grundprinzip der ER)
   - An die Kultur gerichtet heißt die zentrale Frage: Ist Kultur nur ein Befriedigungsinstrument (auch im alternativen Gewande als verkappte Sozialarbeit) oder auch ein Hilfsmittel zur Förderung einer notwendigen 'regionalen Widerstandskultur'?

10. Kulturarbeit darf sich nicht zum Vehikel der ER-Modelle machen lassen und in ihnen die Rolle des Weichmachers, des Schmieröls, der ästhetischen Zierleiste einnehmen. Kulturarbeit muß ihren Eigenwert auch gegenüber einer Strategie der ER in kritischer Opposition wahren, um nicht zu einer bloßen Methode zu verkommen. Kultur als utopischer Raum, als Tagtraum der Phantasie, als Schwarzmarkt geistig-utopischer Wertschöpfung, hat eigene Ziele, schießt über den Alltag hinaus, ist tagespolitisch nicht fesselbar. Kulturkritik ist dabei nach zwei Seiten zu entwickeln:
   - **Nach Vorne:** Als ständige Frage ob nicht noch mehr möglich ist als das bisher Erreichte, ob nicht noch größere Fortschritte und Freiräume zu erzielen wären, ob vor lauter Be-Rechnungen, Be-Wertungen, Effizienz und Wertschöpfungsdenken, nicht kulturelle Werte vernachlässigt und vergessen wurden, ob sich nicht eine schleichende Ökonomisierung breitmacht
   - **Nach Hinten:** Als ständige Selbstvergewisserung, ob mit der ER-Strategie nicht nur eine verkappte Modernisierung einhergeht, wichtige endogene Potentiale (aus)verkauft werden, provinzielle Intimräume aufgebrochen und entleert werden, Ungleichzeitigkeitstümpel vorschnell preis-gegeben werden und damit zukunftswichtige Soziotope verlorengehen. Kulturarbeit innerhalb der ER ist diese Einheit von Kulturoffensive und Kultur-Schutzbewegung (der Kleinen Heimaten, Kleinen Kulturen, Inneren Provinzen). ●

SEMINARE

DORF-BILDER
– Seminar vom 19.11.91 (Dienstag) bis 20.11.91 (Mittwoch/ Buß- und Bettag) in der Bauernschule Nordbaden (Mosbach-Neckarelz): **Vorträge von:** Christel Köhle-Hezinger zu: **Dorfbilder, Mythen, Dorfrealitäten** (Eine ideengeschichtliche Annäherung an das Dorf); Heide Inhetveen: **Die Individualität des Dorfes** (Nach-Prägende Dorf-Geschichte(n) als Strukturmerkmale dörflicher Lebenswelten) und Jürgen Wolfarth: **Aktuelle Dorf-Bilder** (Post-Moderne Dorf(an)sichten und ökologische Dorf-Idyllen).
Veranstalter sind: PRO PROVINCIA INSTITUT (Boxberg-Wölchingen), Bauernschule Norbaden, Verein Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg, Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg.
Teilnahmebedingungen: Kosten: 60 DM, TeilnehmerInnen-Begrenzung: 25 Personen; Anmeldeschluß: 9.11.91; Voranmeldung unbedingt erforderlich:
Veranstaltungsort und Anmeldeadresse:
Bauernschule Nordbaden
Ländliche Heimvolkshochschule e.V.
Martin-Luther-Str. 14
6950 Mosbach-Neckarelz
☎ (0 62 61) 70 25

Möglichkeiten und Perspektiven
einer Ökologischen Regionalentwicklung
Bildungsurlaub vom 12. bis 15.11.1991 in der Bildungsstätte »Alter Brunsel e.V.«, Rauderfehn, Ostfriesland
Aus dem Programm:
- ○ Was ist ökologische Regionalentwicklung?
- ○ Landwirtschaft – mehr als nur Nahrungsmittelproduzent
- ○ Regionale Verflechtungen in der Landwirtschaft an Beispielen aus der Region
- ○ Kultur und Bildung – Lebensadern der regionalen Entwicklung
- ○ Regionale Kulturarbeit an Beispielen aus der Region
- ○ Wind, Sonne, Biogas – dezentrale Energieversorgung
- ○ Dezentrale Energieversorgung im Alltag vor Ort

Anmeldung & Programm:
Kreisvolkshochschule
des LK Hannover
z. H. Walter Zuber
Schloßallee 1
3032 Neustadt/Rbge. 1

BERLIN: GRÜNE SEITEN

Mit den GRÜNEN SEITEN BERLIN, Ausgabe 1991, liegt zum ersten Mal eine Sammlung Berliner Anbieter von Waren und Dienstleistungen für gesundheits- und umweltbewußte Konsumenten vor.

Das Konzept verfolgt das Anliegen, einerseits diesen Anbietern einen kostengünstigen Raum für ihre Angebote zur Verfügung zu stellen – quasi ein grünes Telefonbuch, andererseites die speziellen ökologischen Verhältnisse des Ballungsraumes Berlin anhand der 73 redaktionellen Beiträge deutlich zu machen. Aufgrund des als ziemlich gefährdet einzuschätzenden Öko-Systems – global und regional –, bleibt keine andere Schlußfolgerung übrig, als die, daß die wichtigen Hebel Information und Handlungsanregung bisher erheblich vernachlässigt worden sind – die GRÜNEN SEITEN BERLIN wollen diesem Aspekt durch jährliche Erscheinungsweise und gründliche Recherche Rechnung tragen.

Doch ist Berlin nur thematischer Angelpunkt von Angebot und Diskussion. Viele Produkte, denen man ihre ökologische Schädlichkeit weder ansieht, noch ausreichend deklariert sind, zum Beispiel Abbeizmittel, werden nicht in Berlin hergestellt, aber hier angeboten – und in den GRÜNEN SEITEN entsprechend abgehandelt. Daß sich viele Beiträge dem Faktischen widmen, ohne den Spaß an der Sache zu verlieren, machen die 120 Seiten auch zu einem Lesevergnügen. Die interessante und eigenwillige Gestaltung weckt zusätzliches Interesse.

Die beigefügten Teststäbchen zur Austestung der Wasserhärte und des Nitratgehaltes sind als kleine Werkzeuge gedacht, die den Leser in die Lage versetzen könnten, sich über den eigenen Wasserhaushalt direkt zu informieren - für viele vielleicht der Anfang ökologischen Handelns.

DIE GRÜNEN SEITEN BERLIN 1991, Öko-Waren, Öko-Dienste, Gesundheit 120 Seiten, Paperback, Format 21 x 29 cm, 12 DM
STATTBUCH VERLAG
Gneisenaustr. 2a
W-1000 BERLIN
☎ (0 30) 691 30 94/5
FAX 6943354

AGÖF: PROJEKTE-MAPPE

AGÖF-Institute stellen ihre Projekte vor
Mit der jetzt erschienenen Projekte-Mappe stellen Institute, die in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute zusammengeschlossen sind, ihre Projekte vor.

So vielfältig wie die Arbeitsbereiche der AGÖF-Institute und -Büros sind – z.B. Energie, Radioaktivität, Chemie, Abfall, Umweltverträglichkeit, Umweltrecht, Baubiologie – so bunt ist auch die Zusammenstellung der Projekte-Mappe.

Aus dem Inhalt: Boden- und Flugzeug-Scanner, Umweltverträglichkeitsstudien, Bioindikation, Experten-Datei Umwelt, Holzschutzmittel in Kindergärten, Fernlehrgang Baubiologie, Verbandsklage im Umweltrecht, Klage gegen Müllverbrennungsanlage, Meßgerät zur Wasseranalyse, Radon in Innenräumen, Allergie-Therapie-Zentrum, Abfallvermeidung in Gießen... Die Mappe wird laufend ergänzt.

Die Projekte-Mappe ist gegen eine Schutzgebühr von DM 20,– (plus DM3,– Versand) zu erhalten bei der
AGÖF-Geschäftsstelle,
Rheingasse 8-10 · 5300 Bonn 1

WEITERE SELBSTDARSTELLUNGEN...

PRO PROVINCIA

PRO PROVINCIA
PPI INSTITUT für Regionale Forschung und Entwicklung im Ländlichen Raum

Unsere Einrichtung PRO PROVINCIA existiert schon seit 10 Jahren. Anfänglich als »Informationsbüro Provinzarbeit«, heute als PRO PROVINCIA INSTITUT.

Das **Arbeitsziel** des Instituts ist die Suche nach **neuen Wegen zur Entwicklung der Ländlichen Räume**, die einerseits vom negativ-besetzten Begriff des »**Hinter-Landes**«, der »abgeschriebenen Provinz« wegführen, andererseits das Land nicht bedingungslos der Modernisierung ausliefern.

Wir machen uns stark für die **Eigenständige Entwicklung der Provinz** (deshalb der Name: PRO PROVINCIA – er ist für uns Programm) und helfen dabei durch entsprechende wissenschaftliche Studien und Projektbegleitungsmaßnahmen.

Unsere **Arbeitsfelder** sind breit, sind ein Querschnittprogramm ganzheitlicher ländlicher Entwicklungsperspektiven: Struktur- und Regionalpolitik, Dorfentwicklung und politische Selbsthilfe, Kultur- und Jugendarbeit, Regional- und Heimatgeschichte, Sanfter Tourismus und regionale Zukunftswerkstätten, Formen neuer Kulturarbeit und Erwachsenenbildung.

Unsere **Service-Leistungen** umfassen:
- ○ Die Erstellung von Studien und Expertisen (Literatur-Aufarbeitungen, Wissenschaftliche Bibliographien, Projekt-Gutachten, Grundlagen-Studien, Planungskonzepte, Programm-Entwürfe)
- ○ Die Planung, Begleitung, Beratung und Auswertung von Modellprojekten (»Wissenschaftliche Begleitung«)
- ○ Die Planung, Ausführung und Begleitung von Exkursionen, Tagungen, Seminaren, Veranstaltungen
- ○ Die Referenten-Tätigkeit bei Vorträgen, Festreden, Podiumsdiskussionen, Seminaren, Hearings, Tagungen, Vorlesungen
- ○ Die Publikation von Programmen, Grundlagen-Artikeln, Materialhilfen in Auftragsarbeit

Eine Informationsmappe, die ausführlich über die Arbeit und Projekte des Pro Provincia Institutes informiert, ist gegen eine Schutzgebühr von 5 DM in Briefmarken erhältlich.

PRO PROVINCIA INSTITUT
Geschäftsstelle · Franken-Dom-Str. 74
6973 Boxberg-Wölchingen · ☎ (0 79 30) 23 84

PRO REGIO

PRO REGIO
Zeitschrift für Provinzarbeit und Eigenständige Regionalentwicklung

Seit 1989 erscheint die von der Eigenständigen Regionalentwicklung Baden-Württemberg (ER Ba-Wü) herausgegebene Fachzeitschrift PRO REGIO. In ihr sollen die Diskurse um Eigenständige Regionalentwicklung geführt werden. Auch nutzt der ER Ba-Wü die Zeitung, seine Tagungen und Seminare zu dokumentieren und damit auf konzeptioneller Ebene seine angestrebte Lobbyfunktion für die ländlichen Regionen und Räume auszuüben. Dazu steht jede PRO REGIO-Ausgabe, von denen zwei im Jahr erscheinen, unter einem thematischen Schwerpunkt. In der Rubrik »Hinter-Land« werden weitere wichtige Landthemen behandelt, die nicht über den Schwerpunkt abgedeckt sind. Die Rubrik »Eigenständige Regionalentwicklung – Aktuell« informiert über die neuesten Nachrichten aus der ER-Scene, über Materialien und Adressen.

Schwerpunkte der noch lieferbaren Nummern sind:
- ● Nr. 3/4 **Kulturarbeit auf dem Lande**. Beiträge: Hermann Bausinger – Kulturen im ländlichen Raum. Dieter Kramer – Hoffnungsträger Provinz?
- ● Nr. 5/6 **Neue Dorfkulturen**. Beiträge: Klaus Schüttler – Region im Dorf. Über regionale Entwicklungspotentiale im Dorf. Albert Herrenknecht – Das Dorf in der Region. Steht die Dorfdiskussion vor einem Paradigmenwechsel? Jürgen Wohlfarth – Post-Moderne Dorfkulturen.
- ● Nr. 7 **Regionale Ökonomie**. Beiträge: Ruggero Schleicher-Tappeser – Ökologische Regionalentwicklung in ländlichen Räumen. Klaus Seitz – Eigenständige Regionalentwicklung im Horizont der Einen Welt. Bernhard Heindl – Eine Welt der Regionen? Notizen zu einer exzentrisch-anarchischen Regionalpolitik.
- ● Nr. 8 **Neue Kulturen für das Land?** Beiträge: Hermann Bausinger – Dorfkultur und Dorfkulturen. Christel Köhler-Hezinger – Vereine am Ende. Wandel dörflicher Kulturformen und soziokulturelle Erweiterung des Vereinslebens. Albert Herrenknecht – Eigenständige Regionalentwicklung und Kultur. Wege zu einer neuen Identität des ländlichen Raumes?

Das Jahresabonnement für 2 Ausgaben kostet 20 DM. Die einzelne Nummer 8 DM & 2 DM Porto. ●

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
PRO REGIO
Franken-Dom-Str. 74
6973 Boxberg-Wölchingen

EURES

EURES

Institut für regionale Studien in Europa e.V.

Die Grundidee und die Arbeit von EURES lassen sich durch die drei Begriffe Region-Europa-Umwelt umreißen:

Die **ökologische Krise** konfrontiert Unternehmen, Verbände und öffentliche Körperschaften mit neuen Sachzwängen und erfordert neue, tragfähige Lösungsansätze. Nachsorgender Umweltschutz ist nicht ausreichend. Es gilt, vorausschauend ökologisch verträgliche Formen des Wirtschaftens zu entwickeln. Dafür müssen Innovationen auf betrieblicher Ebene, präzisere Zielvorstellungen in der Öffentlichkeit und geeignete Rahmenbedingungen auf politischer Ebene konzipiert und umgesetzt werden.

Die beschleunigte **europäische Integration** mit dem EG-Binnenmarkt und jetzt auch mit der Öffnung nach Osten bedeutet eine historische Umwälzung, die neue Perspektiven eröffnet und neue Weichenstellungen erfordert. Das bisher verfolgte Muster der Integration birgt jedoch Gefahren und bringt beträchtliche Folgeprobleme mit sich. Auf der einen Seite sind daher Konzepte für eine ökologisch und sozial verträglichere Gestaltung des Integrationsprozesses notwendig. Auf der anderen Seite müssen sich Unternehmen und Regionen im europäischen Zusammenhang neu orientieren, eine neue Rolle finden und geeignete identitätswahrende Strategien entwickeln.

Eine verstärkte Beachtung **regionaler Zusammenhänge** wird vor diesem Hintergrund zunehmend wichtiger:
- ○ Um nicht hilflos kontinentalen Verschiebungen der Wirtschaftstätigkeit ausgesetzt zu sein, müssen viele Regionen ein unverwechselbareres Profil entwickeln und sich stärker auf ihre Besonderheiten besinnen.
- ○ Um ausufernde Ausgleichszahlungen zu vermeiden, wird die EG die eigenständige Nutzung endogener Potentiale in benachteiligten Regionen vermehrt fördern müssen.

Besonders für kleine und mittlere Unternehmen gewinnt im vereinheitlichten europäischen Binnenmarkt die Orientierung und Verankerung in überschaubaren regionalen Zusammenhängen an Bedeutung.

Vor allem aus ökologischen Gründen ist eine stärkere Beachtung regionaler Zusammenhänge von großer Wichtigkeit: Angepaßte Technologien, kleinräumigere Stoff- und Energiekreisläufe, Senkung des Transportaufwandes, Ermöglichung von unmittelbarer Erfahrung und Verantwortung, Verringerung des Steuerungs- und Koordinationsaufwandes.

Lösungsansätze

Wir befinden uns in einer Zeit tiefgreifenden Umbruchs. Bewährte Formen des Wirtschaftens erweisen sich als ökologisch zerstörerisch, gewohnte räumliche Ordnungen und Orientierungen im nationalen und im weltweiten Zusammenhang werden unbrauchbar. Die Bewältigung der drängenden Herausforderungen erfordert sowohl eine integrierte Zusammenschau der Teilprobleme als auch eine stärkere Beachtung und ein neues Verständnis der räumlichen Dimension.

Die Arbeitsweise von EURES setzt hier an: Anstatt nur sektorale Problemlösungen zu suchen oder nur von bestimmten Technologien auszugehen, steht bei EURES eine **territoriale Betrachtungsweise** im Vordergrund. Bezogen auf lokale, regionale oder auch europäische Zusammenhänge werden integrierte Problemlösungen gesucht und übergreifende Entwicklungsperspektiven entwickelt. Diese bilden dann den Hintergrund und die Grundlage für sektorale Konzepte oder einzelne Beratungen. Für die Lösung der anstehenden Probleme kommt der Entwicklung neuer, konsensfähiger **Leitbilder** auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene ebenso wie für Unternehmen eine entscheidende Bedeutung zu. Mit ihnen läßt sich Eigenständigkeit und Profil gewinnen und vor allem wird die kooperative Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure erleichtert und motiviert.

EURES möchte sowohl durch Studien als auch durch Moderation und Öffentlichkeitsarbeit zur Erarbeitung und Umsetzung solcher Leitbilder beitragen. Besondere Bedeutung wird der Entwicklung dezentraler **netzwerkartiger Kooperationsstrukturen** in regionalen Zusammenhängen beigemessen. Hier kann unter anderem an den Erfolg von Unternehmensnetzwerken mit flexibler Spezialisierung in verschiedenen Regionen Europas (Baden-Württemberg, Mittelitalien) angeknüpft werden.

Kreative Kommunikation in derartigen Kooperationsstrukturen, die sowohl zu technischen als auch organisatorischen Innovationen führt, kann insbesondere dann entstehen, wenn nicht nur Industrie- und Handwerksbetriebe, sondern auch Dienstleistungsunternehmen sowie öffentliche und gemeinnützige Institutionen einbezogen werden (Konzept der »bedürfnisorientierten Entwicklungsschwerpunkte«).

Dezentrale Kooperationsstrukturen eröffnen die Möglichkeit einer angepaßten und effizienten Nutzung regionaler Ressourcen, was nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch besonders vorteilhaft sein kann. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Stadt und Land. Damit eine ökologische Orientierung gewährleistet ist, bedarf es jedoch geeigneter Rahmenbedingungen. Diese müssen insbesondere auch mit einer **europäischen Umweltpolitik** entwickelt werden.

Organisationsform und Publikationen

Am 1.12.89 wurde das »EURES-Institut für regionale Studien in Europa« als Verein gegründet. Inzwischen wurde es eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden für wissenschaftliche Zwecke sind steuerlich absetzbar.

EURES gibt zwei Schriftenreihen heraus: die »EURES discussion papers« und die »EURES reports«. Eine Liste von Publikationen von EURES-MitarbeiterInnen und eine Liste der EURES-Projekte kann angefordert werden. ●

EURES-Institut e.V.
Dreikönigstr. 19
7800 Freiburg
☎ (07 61) 7 59 55

MÜNCHNER SELBSTHILFEINITIATIVEN

Jenseits von Whisky und Kuchen

So betitelten wir die Abendveranstaltung des diesjährigen Selbsthilfetages und bezogen uns dabei auf die seit Wochen anhaltende öffentliche Dikussion über die Arbeit und Finanzierung der Münchener Selbsthilfeinitiativen. Was war geschehen? Wir wollen im folgenden ein Resumee ziehen.

Von Reinhard Fuß, München ● Am 22.5. veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung (SZ) einen denunziatorischen Artikel von Frau Höfl-Hielscher über das Schwule Kommunikations- und Kulturzentrum (Schwukk). Ein Sturm der Entrüstung mit massenhaften Abo-Kündigungen entlud sich daraufhin über die SZ. Diesen Artikel nahm die CSU zum Anlaß, mit ihrer »in der Geschichte deutscher Kommunen beispiellose(n) Aktion« (so die SZ v. 25.5.) eher als geplant an die Presse zu gehen. Der CSU-Fraktionsforsitzende Gerhard Bletschacher hatte nämlich 25 Stadträte auf »Schnüffler-Tour« (so die Abendzeitung v. 25.5.) zu den Selbsthilfe-Initiativen geschickt.

»Sie rufen die Frauen zum bewaffneten Kampf gegen die Männer auf, werben für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland oder vertreiben sich die Langeweile bei Kuchen und Whisky.« (AZ v. 25.5.) Das war in Kurzform die Pressemitteilungen der CSU und auch der Stil der anschließenden Diskussion von seiten der CSU.

Dann wurde mit Zahlen und Begriffen jongliert wie im Zirkus. Die AZ sprach von 10 Millionen DM, die SZ sogar von 20 Millionen DM, die aus dem Stadtsäckel an die Selbsthilfeszene gezahlt werde. Niemanden interessierte mehr, ob es sich um Selbsthilfeinitiativen handelt, die aus der städtischen Selbsthilfeförderung bezuschußt oder um Projekte, die über die Regelförderung finanziert werden. Fast alle von der CSU angegriffenen Gruppen sind Projekte, die nach städtischer Förderlogik gar nicht mehr dem Selbsthilfebereich zuzuordnen sind, weil sie – teilweise schon seit Jahren – zum regulären Infrastrukturangebot dieser Stadt gehören und deshalb in der Regelförderung gefördert werden. Auch daß die Projekte in der Regelförderung fast alle hoch professionell arbeiten, macht den Unterschied zur Selbsthilfeförderung aus. Der von der CSU hergestellte Zusammenhang ergibt sich dadurch, daß alle angegriffenen Projekte in den vergangenen 5 Jahren auch Gelder aus der Selbsthilfeförderung für ihr gesamtes Angebot oder für Teilaktivitäten erhalten hatten. Inhaltlich gibt es natürlich zwischen den Selbsthilfeinitiativen und den Projekten eine enge Zusammenarbeit, die sich auch aus der Geschichte der Projekte herleiten läßt. Sie sind teilweise aus eigener Betroffenheit und immer aus Eigeninitiative entstanden. Aber es ging wohl auch gar nicht so sehr um eine differenzierte Darstellung oder gar inhaltliche Auseinandersetzung mit den Selbsthilfeinitiativen und Projekten sondern um »Munition für den Verteilungskampf um die Stadtgelder bei den nächsten Haushaltsberatungen« (SZ v. 25.5.). Die von der CSU attkierten Gruppen sind:

Frauentherapiezentrum, Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum, Dritte-Welt-Cafe, KID-Kontakt und Beratung Haidhausen, Notruf für vergewaltigte Frauen, Trennung und Scheidung – Frauen für Frauen, IMMA – Initiative Münchener Mädchen Arbeit, KOFRA – Koordinationszentrum für Frauen zur Arbeitssituation, ERGO – Frauen leben im Alter zusammen, Gesundheitsladen, Neuperlach soll blühen und Vereinigung der Linkshänder.

Positives wußte die CSU von den Mutter-Kind-Gruppen und Ausländerinitiativen insbesondere zum Mütterladen Sendling, zum griechischen Haus und zum jugoslawischen Zentrum zu berichten.

Nachdem die Presse und der Rundfunk über die »schwarze Schnüffel-Aktion« (AZ v. 25.5.) sehr ausführlich berichtet hatten und auch die Stadtspitze eine Überprüfung der Selbsthilfeinitiativen angekündigt hatte, organisierte das Selbsthilfezentrum den Gegenschlag (»Die Selbsthilfe schlägt zurück« Münchener Merkur v. 4.6.). Die von der CSU angegriffenen Projekte, der Selbsthilfebeirat und andere aktive Initiativen reagierten schnell. Auf einer Pressekonferenz widerlegten alle Projekte die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Karl Weber vom Selbsthilfebeirat erklärte: »Die CSU führt einen Kleinkrieg gegen SPD und GRÜNE. Dazu hängt sie sich an die Selbsthilfegruppen und diffamiert deren Arbeit. Bei der CSU vermisse ich jegliches Niveau.« (Münchener Merkur v. 4. 6.) Und Monika Bobzien vom Selbsthilfezentrum brachte die Diskussion über die Frage von Kontrollen auf den Punkt: »Wir habenm nichts gegen qualifizierte Kontrolle. Aber wir bedauern, daß die Kontrolleure nur nach Indizien der Ausschweifung gesucht haben.« (AZ v. 4.6.)

Dann ging es munter weiter. Bei Radio Xandu und in Bayern 2 fanden Streitgespräche mit dem CSU-Fraktionschef Gerhard Bletschacher statt. Der 2. Bürgrmeister Christian Ude gab nach einem Gespräch mit dem Selbsthilfezentrum und dem Selbsthilfebeirat den Selbsthilfeinitiativen »Rückendeckung« (tz v. 5.6.). Und im Stadtrat mußte sich die CSU eine »Nachhilfe über Selbsthilfe« (Münchener Merkur v. 14.6.) gefallen lassen. Sozialreferent Hans Stützle, Mitglied der CSU, erteilte der CSU-Stadtratsfraktion »eine deutliche Abfuhr« (SZ v. 14.6.). Doch der CSU-Fraktionschef Bletschacher blieb bei seinem Stil. Er »wetterte gegen Gruppen, die sich 'nach Art der Zellteilung unentwegt weitervermehren' und nannte in diesem Zusammenhang die Pädagogische Aktion. Er sprach von 'Kadergruppen', von 'Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen' für den 'Kollegenkreis' von GRÜNEN und SPD, und vom 'Märchen von der ehrenamtlichen Arbeit'« (SZ v. 14.6.). Daraufhin reagierte nicht nur der Leiter des Münchner Arbeitsamtes erbost sondern auch das Selbsthilfezentrum und verlangte von Bletschacher in einem offenen Brief eine Entschuldigung bei den Gruppen und dem Selbsthilfezentrum. »Für die Selbsthilfeinitiativen insgesamt sei 'unübersehbarer Schaden angerichtet' worden, die Bevölkerung sei verunsichert, Vermieter hielten sich zurück, und die Mitarbeiter der Gruppen dächten über den Sinn ihres ehrenamtlichen Engagements nach.« (SZ v. 22.6.). Nun war es an der CSU erbost zu sein. Sie sagte ein vereinbartes Gespräch zwischen den Projekten, dem Selbsthilfezentrum und der CSU-Stadtratsfraktion ab, weil die »Grundlage für ein ernsthaftes Gespräch und die Klärung vieler Vorwürfe verlassen« (SZ v. 1.7.) wurde.

Die Diskussion über die Förderung von Selbsthilfeinitiativen und Projekten war auch Thema des Parteitages der Münchner CSU. Der Vorsitzende, Umweltminmister Peter Gauweiler, kritisierte: »Im sozialen Bereich ... habe das Rathausbündnis 'eine soziale Dickfelligkeit an den Tag gelegt, die unübertreffbar ist'. Streichungen im sozialen Netz stünden auf der anderen Seite Verschwendungen bei den Zuschüssen für 'fragwürdige Selbsthilfegruppen' gegenüber.« (SZ v. 24.6.)

Irgendwann war dann auch der DPWV, dem sehr viele der angegriffenen Projekte angeschlossen sind, aufgewacht. Er verwahrte sich gegen die »Kampagne« (SZ v. 28.6.) und lehnte unangemeldete Besuche ab, damit die Intimsphäre und Anonymität der Ratsuchenden geschützt bleibe.

Aus Anlaß des Selbsthilfetages, am 6. Juli, organisierten die Frauenprojekte und das Selbsthilfezentrum zwei zusätzliche Veranstaltungen mit den Titeln »Was Sie schon immer über Frauenprojekte wissen wollten« und »Jenseits von Whisky und Kuchen – Selbsthilfe und Visionen einer Gesellschaft von morgen«.

Selbst der Bund der Steuerzahler in Bayern wurde von der CSU alamiert. In einem Interview mit dem Verwaltungsrat des Bundes der Steuerzahler und CSU-Fraktionsmitglied in München Hans Podiuk wurde die erste Frage folgendermaßen eingeführt: »....Auf der einen Seite werden Gebühren, Abgaben und Steuern in München ständig angehoben, auf der anderen Seite gibt die Stadt 20 Millionen Mark an sogenannte 'Selbsthilfegruppen' aus, von denen viele die Stadt als Selbstbedienungsladen ansehen. Wie kann dieser Mißbrauch von Steuergeldern gestoppt werden?« Und die Antwort von Hans Podiuk »....Millionen und Abermillionen werden für Zwecke ausgegeben, die man schlicht mit 'Abkassieren öffentlicher Gelder' umschreiben kann.« (Der Steuerzahler 7/91) Bundesweit war es der taz vorbehalten, über die CSU-Aktion zu berichten. Der Bericht »Münchner CSU auf Schnüffeltour in der Selbsthilfeszene« vom 9.7. endet mit unserem Zitat »Politisch wird es in Zukunft mit Sicherheit schwieriger für uns.«

Bei vielen Gesprächen mit Menschen, die keinen so genauen Einblick in den Sachstand haben, war die Haltung vorherrschend: »Da war doch irgendetwas mit Geldverschwendung, da sollte wirklich mal genauer hingeschaut werden«. Auch wir müssen nun die Erfahrung des politischen Geschäftes machen, daß man sich gegen Denunziation schwer wehren kann. Und ein Zweites kommt hinzu: Der Verwaltung und dem Stadtrat ist eine neue Schere im Kopf gewachsen. Sie werden jetzt schon sehr früh überlegen, ob die Förderung bestimmter Gruppen oder bestimmter Aktivitäten zu politischem Streit führen kann. Die Vorsicht wird wachsen. Denn auf Dauer sind allzuviele Angriffe des politischen Gegners nicht zu parieren. Und die nächste Angriffswelle läuft schon. Die CSU ist unterwegs bei den Projekten der Arbeitsförderungsinitiative.

Hätte die vergangene Aktion zur Folge, daß jetzt in der gesamten Stadtverwaltung die Förderpraxis genauer unter die Lupe genommen wird, könnten wir dieser Kontroll-Tour vielleicht auch etwas Gutes abgewinnen. Im Gegensatz zu dem, was im Baubereich allein an überteuerten Vorhaben ausgegeben wird, ist die Selbsthilfeförderung ein Klacks. Doch die Erfahrung lehrt, daß dieser Bereich von der Lobby gut abgeschirmt wird, und das der Stadtrat bei niedrigen Zuschüssen heftiger diskutieren kann. Was eine Gruppe mit 50.000,– DM anstellt, können sich die StadträtInnen noch vorstellen, was Siemens mit 50 Millionen verbaut, entzieht sich weitgehend der Kontrolle durch den Stadtrat. Wir erwarten nicht, daß sich hier etwas ändert.

Die Selbsthilfeinitiativen und selbstorganisierten Projekte haben aber auch erfahren, daß sie bei derartigen Angriffen mittlerweile schnell, flexibel und koordiniert reagieren können. Die Zusammenarbeit zwischen uns lief reibungslos und war von hohem Engagement geprägt. Ein weiterer interessanter Aspekt war, daß die festzustellende themenspezifische Abkapselung der Gruppen mal wieder durchbrochen wurde. Es gab Anregungen, wieder zu größeren sozialpolitischen Diskussionen zurückzufinden. Angesichts der Probleme und Hilflosigkeit in der sozialpolitischen Diskussion und der fehlenden mitreißenden Visionen, wäre eine derartige Zusammenarbeit ein notwendiger und erfreulicher Schritt. ●

LES DAMES DE LA GRANGE DE FLAVIGNY

Besuch bei einer Frauen-Landcooperative in Frankreich

Flavigny, August 1991.

Wohlig warm, eher verschlafen als verträumt liegt in dieser Mittagsstunde das kleine Städtchen vor mir. Die sanften Hügel der COTE d'OR, der gute Wein und eine alte Abtei ziehen im Sommer Touristen an, vor allem solche, die die Schönheit dieses Landes lieben und den überbevölkerten Stränden der COTE d'AZUR oder der Atlantikküste entfliehen wollten.

Gudrun Koch, Redaktion Frauen ● Ich betrete das erste Haus, um nach dem Weg zu fragen. Eine wahre Schimpfkanonade prasselt auf mich nieder: "Was suchen Sie? Die Damen de la Grange (aus der Scheune), das Essen ist dort ganz furchtbar", schreit ein Mann. Seine sichtliche Erregung nimmt nicht ab. "Ich suche nur den Weg", versuche ich ihn zu beruhigen. "Gehen Sie nur geradeaus, sie werden es am Lärm schon erkennen." Ich steuere der imposanten mittelalterlichen Kirche entgegen, um die die Stadt herumgebaut zu sein scheint. Von einer Ecke des Platzes dringt Stimmengewirr und Geschirrgeklappere zu mir herüber. Ich schlendere über den Platz und betrete die Scheune. Auf der einen Seite läd ein ausladendes Buffet mit guter französischer Landkost zur Auswahl ein, im übrigen Raum stehen lange einfache Holztische, an denen die Gäste ihre Mahlzeit einnehmen. Nicht nur Touristen, auch Einheimische sitzen hier und essen. Für französische Verhältnisse eher selten ist die SCHEUNE als Selbstbedienungsrestaurant organisiert. Das hat den Vorteil, daß die Gäste bei den ohnehin nicht sehr hohen Preisen so essen können, wie es ihr Geldbeutel erlaubt. Das spielt bei den erheblichen Lebenshaltungskosten, die die Franzosen heute aufbringen müssen, eine nicht unwichtige Rolle.

Ich stelle mir mein kleines Mahl zusammen, vergesse vor allem die guten selbstgebackenen Kuchen nicht und verzehre alles bei einem jungen Wein, den ich mir munden lasse.

Beim Kaffee sitze ich dann mit den Frauen der Cooperative zusammen und sie beginnen zu erzählen.

Angefangen hat alles damit, daß sie vor zehn Jahren an einem Sonntag auf dem Kirchplatz drei Kuchen zum Verkauf angeboten haben. Außer einem Restaurant gab es in diesm Ort nichts, was die Touristen nach einer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten eingeladen hätte zu bleiben. Die drei Kuchen fanden reißenden Absatz, sodaß sich die Bäuerinnen ermuntert fühlten, ihre Aktion nicht nur zu wiederholen, sondern ihr Angebot auszuweiten. Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Situation auf den Höfen schwierig war und die Frauen nach Möglichkeiten suchten, die kleinen Gehälter aufzubessern.

Damals trafen sie sich regelmäßig in einer Gruppe von Frauen, die sich über alles Mögliche unterhielten und auch gemeinsam Veranstaltungen besuchten. Hier entstand die Idee, eine Scheune anzumieten und dort anzubieten, was sie auf ihren Höfen selbst herstellten. Circa zehn Frauen schlossen sich zusammen, um diesen Plan in die Tat umzusetzen. Sie bekamen zuerst eine Scheune geliehen. Sie erzählen: "Keiner hat uns ernst genommen, weil wir Frauen waren, alle waren davon überzeugt, daß wir es nicht schaffen würden, deshalb haben sie uns gewähren lassen." Sie boten an, was sie konnten. Da sie ihre Familien zuhause ernährten, gewöhnten sie sich an, einfach mehr zu kochen. Das konnten sie, und es erlaubte ihnen, ihre eigenen Produkte vom Hühnerei über den Käse bis zum Wein direkt an die Verbraucher zu bringen. Der Erfolg blieb nicht aus, zumal das einzige Restaurant im Ort noch abbrannte, und der Besitzer, im übrigen Bürgermeister dieses Ortes, sie bat, vorübergehend ihre Öffnungszeiten zu erweitern. Sie folgten dem Wunsch und boten nun pro Tag bis zu hundert Personen Mahlzeit. Aber mit dem Erfolg stellten sich auch die Schwierigkeiten ein. Sie mußten die Scheune verlassen, weil der Eigentümer darin bauen wollte und der Bürgermeister hatte dem Pächter des frisch renovierten Restaurants zugesagt, die Scheune zu schließen. Da gingen die Frauen auf die Barrikaden. Über die Presse informierten sie über die Zustände. Es gelang ihnen, eine Bank zu finden, die eine andere Scheune für sie kaufte. Die Ausstattung erwirtschafteten sie selbst. Der Bürgermeister konnte seine Absichten nicht durchsetzen, und so setzten sie ihre Arbeit fort. Sie berichten: "Es ist unglaublich, welche Schwierigkeiten uns vor allem die Männer versuchen zu machen und zwar seit dem Tage, seitdem wir Erfolg haben.

Nicht nur der Bürgermeister, auch die Vertreter der Kirche versuchen uns das Leben zu erschweren. Sie sagen, sie können nicht mehr in Ruhe denken und beten, weil wir zu laut sind. Einige Frauen aus unserer Gruppe haben auch Probleme mit ihren eigenen Männern. Diese meinen, da die Frauen 2 bis 3mal in der Woche außer ihrer Arbeit zuhause noch hier das Restaurant führen, daß sich ihre Frauen zu selbständig machen. Eigentlich sind sie nur neidisch, weil wir viele Menschen treffen und mit denen reden. Aber gegen den zusätzlichen Verdienst, den wir nachhause bringen, haben sie nichts."

Die Frauen, die hier arbeiten sind zwischen dreißig und fast siebzig Jahre alt. Sie leisten die Arbeit zusätzlich zu der auf dem Hof und sagen auch, wie erschöpfend dies für sie ist. Belohnt werden sie durch den Absatz ihrer Produkte. 35% ihres Gewinns geben sie in die Gemeinschaftskasse, um die Kosten gemeinsam zu tragen und die notwendigen Dinge anzuschaffen. Jeder Teller, der Kühlschrank, alles ist von ihnen erwirtschaftet.

Darüberhinaus lieben sie den Kontakt zu den Menschen. Eine Frau erzählt, daß sie sich nach dem Tode ihres Mannes sehr vereinsamt gefühlt hat und deshalb gerne mithilft. So findet sie nicht nur Rückhalt in der Gruppe, sondern gleichzeitig trifft sie eine Menge Menschen, mit denen sie reden kann. Bei den weitaus meisten überwiegen jedoch die wirtschaftlichen Gründe. Einige von ihnen haben auf diese Weise ihren Hof über Wasser halten können.

Sie erzählen auch von den Konflikten, die sie innerhalb der Gruppe ausgestanden haben, und man spürt ihren Stolz, durch vieles gemeinsam hindurchgegangen zu sein. Seit zehn Jahren besteht die SCHEUNE jetzt. Ich wünsche ihnen, daß sie bei den Schwierigkeiten, die man ihnen macht, weiterhin den Erfolg haben, der ihnen bis heute treu geblieben ist, und denke, daß LES DAMES DE LA GRANGE DE FLAVIGNY vielleicht anderen durch ihre Erfahrung Beispiel sein könnten. ●

Gudrun Koch ist Mitarbeiterin der Europäische Frauen Aktion (EFA), Berlin

NEUES PROGRAMM

Beratung und Weiterbildung für Frauen

Zum Thema **Frau und Beruf** bietet der Verein FRAU UND ARBEIT in Hamburg zum Herbst 1991 ein vielfältiges Kursprogramm. Das Angebot richtet sich an Frauen, die sich selbstbewußter und aktiver für die Gestaltung und Umsetzung ihrer beruflichen Wünsche einsetzen wollen. Dazu bietet der Verein Kurse und Beratungen an zu den Bereichen Berufsorientierung, Bewerbungstraining, Starthilfe für Projekt- und Existenzgründerinnen und berufsbezogene Supervision. Weitere Schwerpunkte im Programm sind Buchführungskurse, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der bewußtere Umgang mit Zeit, Rhetorik-Training für den Berufsalltag, Frauen und der europäische Binnenmarkt, Frauen und ihr Umgang mit Computern und vieles mehr.

Das neue Kursprogramm kann kostenlos angefordert werden bei:
FRAU UND ARBEIT e.V.
Grindelallee 43 · 2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60

CAR-SHARING-GENOSSENSCHAFT

Auto-Teilen soll Aufgabe einer bundesweiten Genossenschaft werden

Auf Einladung des Verkehrsclubs der Bundesrepublik Deutschland (VCD) und des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens / Innova trafen sich am 12.9.1991 rund 30 VertreterInnen von Interessensgruppen, die sich für den Aufbau von Auto-Teilen Gesellschaften engagieren. Ziel des Treffens war die Diskussion, das Auto-Teilen in genossenschaftlicher Form bundesweit zu organisieren.

Hans Frech, Redaktion Genossenschaften ● Das Auto hat sich zum Ein-Personen-Beförderungsmittel entwickelt. Morgens wird zur Arbeit gefahren und nach acht Stunden Standzeit wieder nach Hause. Da das Fahrzeug während dieser Zeit nicht zur Verfügung steht, schaffen sich viele Familien noch einen Zweitwagen an. Um diese Art der Personenbeförderung beibehalten zu können, werden das Straßennetz ständig weiter ausgebaut und die Parkflächen kontinuierlich vergrößert. Folge ist die Zubetonierung von Stadt und Land.

Alternativen zu dieser Art von Verkehrspolitik bleiben gefragt. Soll dabei der Autoverkehr nicht völlig abgeschafft werden, sind auch Ideen für die »Umnutzung« des Autos notwendig. Durch ihre gemeinschaftliche Verwendug wäre schon einiges gewonnen. Genau hier setzt das Auto-Teilen an. Das Verkehrsmittel PKW wird nicht mehr als Individualverkehrsmittel allein, sondern in gemeinschaftlicher Regie genutzt.

Auf privater Ebene ist dies aber mit verschiedenen Problemen und Risiken verbunden: Wer kommt beispielsweise für die Haltung, Wartung und die Versicherung auf? Wer hat wann einen Anspruch auf die Nutzung? Um das Auto-Teilen auf breiter Ebene verwirklichen zu können und diese Fragen zu lösen, erscheint es zweckmäßig, das Ganze auf eine rechtlich sichere Grundlage zu stellen.

Rechtliche Alternativen

Denkbare und schon praktizierte Organisationsformen reichen von der privatwirtschaftlichen GmbH über die Genossenschaft bis hin zum eingetragenen Verein. Die verschiedenen Nach- und Vorteile der einzelnen Rechtskonstruktionen wurden erstmals auf einem VCD-Seminar zum Thema Auto-Teilen am 6./7. Juli dieses Jahres in Frankfurt diskutiert. Dabei stellte sich die Genossenschaft als besonders geeignet Form heraus, wenn demokratische Willensbildung und betriebswirtschaftliche Effizienz bei Vorrang der Nutzung vor der Rendite miteinander verbunden werden sollen.

Vereine dürfen nicht wirtschaftlich tätig sein, sondern müssen vorrangig ideelle Zwecke verfolgen. Sie haften zudem nur mit dem Vereinsvermögen, so daß Mitglieder und Gläubiger im Konkursfall nicht entsprechend abgesichert sind. Dagegen bereitet die GmbH Schwierigkeiten bei der demokratischen Organisation. Ihre Interessen gleichberechtigt einbringen können die Mitglieder nur, wenn sie alle auch Gesellschafter sind. Ansonsten bestimmen wenige die »Geschäftspolitik«. Soll dagegen die Identität von Gesellschaftern und Mitgliedern verwirklicht werden, wird es teuer. Solange Auto-Teile Gruppen auf Mitgliederzuwachs angelegt sind, muß bei jedem Ein- und Austritt der Gesellschaftervertrag geändert werden. Entsprechend fallen jeweils Kosten, beispielsweise für den erforderlichen Notar an.

Im Vergleich dazu verbindet die Rechtsform der Genossenschaft verbindet die wirtschaftliche Tätigkeit unmittelbar mit dem Mitgliederinteresse. Dies geht schon aus dem Hauptzweck von Genossenschaften hervor, der »wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder« und dem Demokratieprinzip »eine Person, eine Stimme«. Bei gemeinsamen – im Unterschied zu individuellen Lösungen – ist fast immer die Genossenschaft die passende Form. Dabei erlauben die Möglichkeiten der inneren Gestaltung von Rechten und Pflichten zwischen Mitgliedern, Vorstand und Aufsichtsrat eine große Bandbreite von autoritär bis hin zu sehr weitgehend demokratisch organisierter Genossenschaft.

Viele offene Fragen

Bei der Anwendung der Genossenschaft als Rechtsform für das Auto-Teilen stellt sich die Frage nach der Art der Organisation und der Zugehörigkeit nach einem geeigneten Prüfungsverband. Letztlich handelt es sich beim Auto-Teilen um eine Konsumgenossenschaft: die Mitglieder sind Eigentümer und Nutzer (Verbraucher) der PKWs. Entsprechend wurden bei dem Treffen in Bonn auch Vertreter des Revisionsverbandes der deutschen Konsumgenossenschaften (RdK) an der Information und Diskussion beteiligt. Der RdK bekundete großes Interesse gegenüber einem genossenschaftlichen Konzept des Auto-Teilens und sagte ein schnelles Verfahren bei der Satzungsgestaltung und -genehmigung zu.

Bevor das Projekt einer Auto-Teile Genossenschaft verwirklicht werden kann, muß allerdings auch die Art der Organisation geklärt werden: Wird eine bundesweite Genossenschaft mit Einzelmitgliedschaft aller Interessierten oder eine »Zentralgenossenschaft« mit regional vollkommen selbständigen Genossenschaften als Mitglieder bevorzugt? Für bundesweite Gründung nur einer Genossenschaft sprechen viele Gründe:

- Der Gründungsprozeß und die jährliche Prüfung durch den Verband findet nur einmal statt und nicht für 20 Genossenschaften, die alle das gleiche Ziel verfolgen.
- In Gebieten, in denen der Aufbau regionaler Genossenschaften aufgrund geringer Bevölkerungsdichte sich als schwierig gestaltet, kann die Einzelmitgliedschaft in einer bundesweiten Genossenschaft erworben oder in unkomplizierter Weise eine Zweigstelle betrieben werden.
- Eine größere Genossenschaft ist in der Lage, die Gruppen vor Ort wirtschaftlich besser zu unterstützen. Vor allem beim Einkauf von Fahrzeugen, der Verhandlung mit Versicherungen, der Entwicklung von Marketingkonzepten und der betriebswirtschaftlichen Organisation kann sie wesentlich günstigere Konditionen erbringen als kleine Einheiten.
- Bei einer bundesweiten Genossenschaft ist es auch möglich, daß regional selbständige Genossenschaften als juristische Personen beitreten.

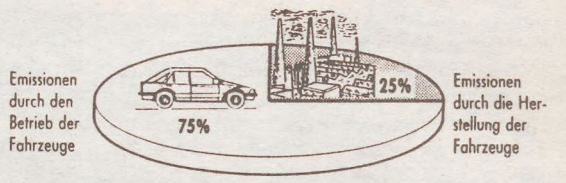
Berücksichtigung regionaler Aspekte

Gegen ein solches Genossenschaftsmodell spricht das Motto »small ist beautiful« bzw. die Befürchtung, in einer Großorganisation hätten die einzelnen Mitglieder nicht viel zu sagen. Um diese Bedenken zu berücksichtigen, wird zur Zeit nach Regelungen gesucht, die Aufgaben und Einflußrechte zwischen Gesamtgenossenschaft und den Mitgliedern vor Ort einvernehmlich lösen helfen. Auf dem Treffen selbst sprach sich die überwiegende Mehrzahl der TeilnehmerInnen für den Aufbau einer bundesweiten Auto-Teil Genossenschaft aus – ohne Gegenstimme!

Bis Anfang Oktober wird über die Frankfurter Initiativgruppe ein Satzungsentwurf ausgearbeitet. Er soll möglichst schnell vom RdK vorgeprüft werden, so daß zum vorgesehenen Gründungstermin am 4./5.10.1991 eine verabschiedungsfähige Satzung vorliegt. Eine Arbeitsgruppe von acht Kreisverbänden des VCD wird als Satzungskommission regional orientierte Interessen in den Gründungsprozeß miteinbringen. Vor allem soll den unterschiedlichen Bedingungen für das Auto-Teilen zwischen Großstadt, Kleinstadt und ländlichen Raum über regionalisierte Tarifstrukturen Rechnung getragen werden. ●

»Genossenschaftsauto« – spart Geld und Schadstoffe

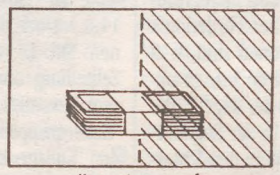
Rund 25 % der Schadstoffe durch den Gebrauch eines Autos entstehen bereits bei der Herstellung

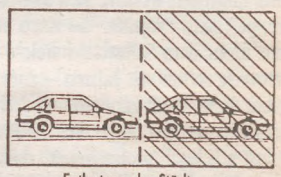


Vorteile eines gemeinsam genutzten Autos:

Weniger Emissionen bei der Herstellung, weniger Probleme bei der Entsorgung

Es findet eine echte Wahl zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln statt. Fixkosten werden teilweise in variable Kosten umgewandelt.


Kosteneinsparung für alle Beteiligten


Entlastung der Städte von den Blechlawinen

Die Graphik stammt aus dem Buch von Dieter Seifried: Gute Argumente: Verkehr (Verlag C.H. Beck) München 1990, DM 1980. Das Buch gibt den LeserInnen einen Überblick über die aktuelle Verkehrsdiskussion. Allgemeine Fakten zum Verkehrssektor, die einzelnen Verkehrsmittel und ihre Umweltbelastungen, Legenden der Autolobby, Hindernisse für eine ökologische Verkehrspolitik und Alternativen sind die Themenschwerpunkte. An dem Buch ist die gute Lesbarkeit, der Informationsgehalt (viele Zahlen und Fakten) sowie die interessante Aufmachung (immer auf der linken Seite die graphische Aufbereitung des rechts stehenden Textes) hervorzuheben.

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Verband Deutscher Produktivgenossenschaften, Dessau

Europäische Genossenschaften im Vergleich

Am 16. und 17. September organisierte der VdP, der Verband deutscher Produktivgenossenschaften, eine Tagung in Dessau. Ziel war es Vertretern verschiedener in Produktivgenossenschaften umgewandelte PGHen zu zeigen, daß ihre Unternehmensform im europäischen Vergleich nichts Exotisches darstellt. Nur in der Bundesrepublik mit der restriktiven Aufnahmepolitik der meisten regionalen Prüfungsverbände stellen Produktvgenossenschaften eine Ausnahme in der Genossenschaftslandschaft dar. Wird allerdings nicht die Rechtsform zum entscheidenden Maßstab genommen, so wurde auf der Veranstaltung deutlich, können sich auch die deutschen produktivgenossenschaftlichen Unternehmen sehen lassen. Aus dem Spektrum der Selbstverwaltungsbetriebe, konsequenter Beteiligungsunternehmen sowie traditioneller Genossenschaften kann auf eine Zahl von rund 5.000 Betrieben verwiesen werden. Würde ein so umfassendes Unterstützungsnetz wie in Großbritannien mit seinen 80 Entwicklungsagenturen für Produktivgenossenschaften bestehen, wie von Helen Seymour von der ICOM (Industrial Common Ownership Movement) lebendig dargestellt, wäre ihre Zahl vermutlich weitaus größer. Die Ergebnisse der Tagung können angefordert werden beim VDP, Kurt-Weill-Str. 31, O-4500 Dessau.

Seminar über Professionsgenossenschaften, Freudenberg

Genossenschaftliches Zukunftsmodell

Vom 7. bis 9.11.1992 organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg ein Seminar zum Thema Professiongenossenschaften und Intellektuellenkollektive. Die teilweise sehr ausgeklügelten Modelle und Strukturen solcher Betriebe werden dort dargestellt und vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Beteiligten diskutiert. Im Rahmen der wachsenden Bedeutung von Dienstleistungen durch qualifizierte Berufe dürften solche Ansätze für die Zukunft immer größeres Gewicht unter den produktivgenossenschaftlichen Unternehmen bekommen. Hinweise, Anfragen oder auch eventuelle InteressenInnen an einer Examensarbeit können sich wenden ans NETZ, Börnestr. 10, 4000 Düsseldorf 1 oder Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Aubergine e.G., Bonn

Konkurs eines Modellunternehmens

Gerichte nach den Grundsätzen der Vollwerternährung wurden von der Aubergine e.G. in Bonn zubereitet. Sie belieferte damit kleinere Betriebe und Bürogemeinschaften. Innovativster Bereich war der tägliche Mittagsmenuservice mit hohen Anforderungen an Produkt und Auslieferung. Die Genossenschaft mußte nun wegen Liquiditätsschwierigkeiten Konkurs anmelden. Die Bank weigerte sich aufgrund der hohen Verschuldung weitere Kredite oder Überziehungen zuzulassen. Allein die Investitionen für die Groß-Kücheneinrichtung betrugen 750.000 DM. Fehlende Durchorganisation des Rechnungswesens und Intransparenz bei der Geschäftsführung verhinderten, daß rechtzeitig »die Notbremse gezogen wurde«. Auch erschwerten die hohe Kapitalbeteiligung des Geschäftsführers bzw. seine hohen Kredite ans Unternehmen dessen Kontrolle und die gegebenenfalls erforderliche Ablösung.

Konsumgenossenschaften Ostdeutschlands

Hoher Preis für Systemkorrektur

Im ersten Jahr der Umstellung auf die Konkurrenzwirtschaft erreichten die Konsumgenossenschaften der ehemaligen DDR einen Einzelhandelsumsatz von 18 Mrd. DM. Das ist eine Halbierung gegenüber der Vorwendezeit. Damit beträgt ihr Marktanteil rund 17% am Gesamtumsatz in den fünf neuen Bundesländern. Begleitet wird dieser Schrumpfungsprozess von einer starken Fusionswelle. Die vormals 198 Konsumgenossenschaften und 14 Gebietsverbänden haben sich durch Zusammschlüsse auf 54 Konsumgenossenschaften und 3 Regionalverbände verringert. Die ursprünglich über 35.000 Verkaufsstellen sind auf unter 20.000 gesunken mit weiter sinkender Tendenz. Um diesen Schrumpfungsprozess aufzufangen, wurde eine sogenannte strategische Allianz zwischen dem Verband der Konsumgenossenschaften (VdK e.G.) und der Deutschen Kaufhaus AG (Asko) geschlossen. Ob damit der Beginn vom Ende eingeleitet ist? Schließlich hat sich die Asko auch durch eine oftmals agressive Aufkauf- und Übernahmepolitik einen Namen gemacht.

Weitere Kurzmeldungen aus dem Genossenschaftssektor auf Seite 16.

NETZ-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Auf dem Weg zum bundesweiten Verband

Innerhalb eines Jahres hat sich das regionalorientierte NETZ mit Sitz in Dortmund zu einer bundesweit orientierten Vernetzungsorganisation gemausert.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Auf ihrer vorjährigen Mitgliederversammlung entschieden die Mitglieder vom NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. den Zusatz »in NRW« zu streichen. Als Verband verschiedener Verbände und Zusammenschlüsse im Bereich der Selbstverwaltung mit Hauptsitz in Dortmund war das NETZ 1985 mit eindeutig regionaler Ausrichtung gegründet worden. Die nun bundesweite Orientierung wurde auf der Mitgliederversammlung am 7. September durch die Neuwahl des Vorstandes dokumentiert. Ulrike Saade vom Verbund der selbstverwalteten Fahrradläden, Jupp Wichers vom Ökofonds NRW, Gudrun Wojak von tranfer, dem Verband des selbstverwalteten Grafischen Gewerbes, sowie Harald Deerberg vom Verbund der Fairsicherungsläden stehen für ein neues, noch zu verabschiedendes Konzept des NETZes. Auf jeden Fall läßt diese Zusammensetzung auf eine positive Weiterentwicklung des Vernetzungsgedankens hoffen.

Zustimmung bei der Mitgliederversammlung fand auch der Antrag auf Mitgliedschaft des NETZes bei der CECOP, dem europäischen Dachverband der Arbeits- und Produktionskooperativen mit Sitz in Brüssel. Kooperationen bundesdeutscher Betriebe und Projekte mit genossenschaftlichen Unternehmen in anderen Ländern können so besser initiiert und unterstützt werden. Besonders wird dadurch die Mitarbeit an Gemeinschaftsprojekten auf EG-Ebene erleichtert. Vorbereitungen für eine länderübergreifende Marktstudie über Umweltprojekte mit anderen genossenschaftlichen Mitgliedsorganisationen der CECOP sind bereits angelaufen.

Um das Ziel einer bundesweiten Vernetzung von Betrieben und Projekten besser verwirklichen zu können, werden von den MitarbeiterInnen des NETZes Kooperationspartner vor allem in Regionen außerhalb Nordrhein-Westfalens gesucht. Anknüpfungspunkte können und sollen Bildung, Forschung, Projektberatung und -entwicklung sowie Qualifizierungsmaßnahmen für den Selbstverwaltungssektor sein. Besonders das Konzept des sogenannten Einsteiger/innenlehrgangs, der zur Zeit in Essen und Dortmund angelaufen ist, könnte Ausgangspunkt für solche Kooperationen sein. Im Rahmen dieses Lehrgangs werden Leute, die in selbstverwalteten Betrieben eine neue Perspektive suchen, für diese Arbeit fachlich und kaufmännisch qualifiziert. Informationen sind erhältlich beim NETZ, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1
☎ (02 31) 16 24 76. ●

Klaus Novy, Köln

Mitstreiter für genossenschaftliche Ideale gestorben

»Friedel sieht den Sommer« hieß am 3. August eine Reportage auf der Seite »Zeit und Bild« im Magazin der Frankfurter Rundschau. Dort wurde die Reise des krebskranken Klaus Novy mit seiner Familie ins Hutchinson Cancer Research Center im US-amerikanischen Seattle beschrieben. Am 28. August ist Klaus Novy, Professor für Bauökonomie an der Technischen Universität Berlin, zweieinhalb Monate nach einer Knochenmarkstransplantation an einer Lungenentzündung infolge der Schwächung durch die Operation gestorben. Als Mitbegründer des Wohnbundes hatte Klaus Novy nicht nur einen Namen durch sein Engagement, seine Publikationen und seine Ausstellungen zur Genossenschaftsgeschichte. Seine Unermüdlichkeit, sein sympathisches Auftreten trug genauso wie seine faszinierenden und fesselnden Vorträge viel zur Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens bei. Viele werden ihn als Mensch vermissen, der Wissenschaft, politisches Engagement, praktische Arbeit und persönliche Ausstrahlung im Sinne genossenschaftlicher Ideen und und Ideale in überzeugender Weise miteinander verband. – Für mich (Burghard Flieger) war er persönliches Vorbild.

BETRIEBSFORUM ORGANISATIONSMODELLE

Carsharing GmbH contra Auto-Teile e.G. in Gründung

Schon die taz witterte Unrat, als sie vergangenen Monat meldete, daß das bisher wichtigste Carsharing-Projekt aus Berlin bei der VCD-Initiative für einen bundesweite Auto-Teilen-Zusammenschluß angeblich aus organisatorischen Gründen – nicht teilnahm. Grund genug für CONTRASTE, in Berlin nachzufragen. Wir interviewten Carsten Petersen von Stattauto Berlin...

(Interview von Elisabeth Voß, Berlin)

CONTRASTE: Also in der TAZ stand ja was über diesen Konflikt, daß ihr euch bei dem Septembertreffen, was ein Genossenschaftsgründungskonzept vorabschiedete, geprellt fühltet und außen vorgelassen. Kannst du da was über die Hintergründe sagen?

Wir hatten bereits im Juli mit dem VCD zusammen ein Seminar in Frankfurt organisiert und haben da praktisch so eine Einführung gegeben im Seminarstil für Organisationen und Gruppen, die eben auch Carsharing machen wollten. Weil sonst sind wir von Berlin aus immer überall rumgereist und haben Vorträge gehalten. Da das immer mehr wurde, haben wir gesagt, warum sollen die Leute nicht alle zusammen kommen und in einem Termin diese Einführung haben. Und das ist mit dem VCD zusammen organisiert worden.

Da ist wohl dann dieser Plan entstanden, wie ich im nachhinein erfahren habe, aus den kleinen VCD-Kreisstellen, also Darmstadt, Offenburg und dieses Kaliber, die's aus eigener Kraft nicht schaffen, eine Carsharing-Organisation zu gründen. Die haben sich an den VCD-Vorstand Bonn gewandt: Könnt ihr das nicht übernehmen?

Diese Idee ist also bereits auf dem Juli-Treffen entstanden und ihr wart da, habt davon aber nichts mitbekommen.

Nee, wurden da also offensichtlich schon beiseite gelassen. Es war einfach ne informelle Geschichte unter den VCD-Leuten.

Und meinst du, ihr wurde bewußt außen vorgelassen?

Der VCD bestreitet das. Er sagt, es war ein Versehen... Das kann man sehen, wie man will, wenn man von Juli bis September was plant und offensichtlich einen Interessenkonflikt ansteuert, und dann sagt, man hat es vergessen, die Mitorganisatoren vom ersten Seminar einzuladen, dann kann man es glauben oder nicht glauben. Also da will ich nicht weiter nachforschen. Es ist glaub ich jedem selber überlassen, welche Meinung man dazu hat.

Aber hast du irgendwelche Mutmaßungen, warum sie euch außen vorgelassen haben, wenn du meinst, das war kein Versehen, kein Zufall?

Ich meine, daß da ein gewisser Interessenkonflikt besteht. Zum anderen glaube ich auch, daß es ein Schuß in den Ofen wird. Daß der VCD gut beraten wäre sich davon allerschnellstens zu distanzieren. Das muß ich jetzt mal ein bißchen auseinanderbröseln, warum eigentlich.

Also erstmal, wir bevorzugen dezentral organisierte Strukturen. Deswegen haben wir auch immer von Berlin aus, alle Städte, die sich jetzt begründen, beraten. Sind also hingefahren und haben einen Vortrag gehalten und erklärt, wie's geht. Oder die Leute sind hergekommen und haben sich's hier erklären lassen.

Wir haben immer gesagt, ihr müßt euch selber organisieren, entweder einen Verein machen oder ne Firma oder ne GmbH oder wie ihr das wollt. Wir können euch nur die Information geben. Wir geben euch sonst nichts. Außer wenn ihr wollt, könnt ihr das Logo und den Namen nehmen. Damit habt ihr dann so'n gewissen Werbestart. ... Wir glauben daß das die richtige Organisationsform ist.

Diese kleinen Grüppchen werden dann zu einem großen Dachverband zusammengeschlossen, um Werbung, möglicherweise Autoeinkauf und vielleicht sogar Versicherungen dann doch wieder zentral zu machen. Je nachdem, wie man das hinkriegt, daß es den Leuten, den Organisationen, was nützt.

Eine Bundesgenossenschaft wird ein Schuß in den Ofen

Wenn man jetzt also sagt: Wir schmeißen unsere Autobestellungen für 1992 zusammen, da kommt ne Zahl von 400 Autos raus, da sind wir einfach ein viel härterer Gesprächspartner für ne Autofirma, als wenn jeder ankommt und sagt ich will 20 und ich will 10. Das ist natürlich klar. Wenn das den Organisationen was nützt, sind natürlich Dachverbände ne richtige Sache.

Allerdings sind wir sehr daran interessiert, daß die einzelnen Städte eigene Unternehmungen gründen, weil wir glauben daß nur dadurch eine große Nähe zu den Nutzern stattfinden kann, die wir für einen zentralen Faktor der Ermöglichung überhaupt von Carsharing halten. Nur wenn es eine große Nähe gibt von Organisatoren zu Nutzern, also sprich Autofahrern die das Autofahren im Carsharing betreiben, nur dann kann man hoffen, daß die Autos so behandelt werden und die ganze relativ komplexe Organisationsstruktur gut eingehalten wird von den Nutzern, wie das unbedingt erforderlich ist.

Deswegen glauben wir auch nicht, daß Inter-Rent oder Hertz oder sonstige Firmen in der Lage sind, Carsharing im großen Stil zu betreiben. Obwohl das Geld da wäre und die Nachfrage vielleicht für die auch interessant wäre. Aber dadurch, daß die Entfernung zu den Nutzern so riesengroß ist, glauben wir nicht, daß es erfolgversprechend sein kann.

CONTRASTE: Nun war ja also – so wie ich das verstanden habe – ein Motiv für den Wunsch einer Genossenschaftsgründung, daß die Initiativen vor Ort sich besser drum kümmern können um die Leute, um die Nutzer der Autos, wenn sie nicht belastet sind mit diesem ganzen Verwaltungskram. Wo sie sich unheimlich zeitaufwendig drin einarbeiten müßten. Daß das zentral übernommen werden sollte, damit sie für die Aktivitäten vor Ort Zeit haben. Also ich find es als Außenstehende schwer zu beurteilen....

Da müssen wir noch einen Schritt weiter ins Detail gehen. Das kannman schon beurteilen. Man muß sich da nämlich fragen, und das werden wir den VCD-Vorstand auch fragen: Was soll denn eigentlich ganz genau diese Bundesgenossenschaft oder diese Zentrale tun?

Du sprachst jetzt gerade davon, daß die die Rechnungen stellen sollen z. B....

Ja den ganzen Verwaltungskram, die Verhandlungen mit den Versicherungen, den Autoeinkauf, die Abrechnung, was weiß ich. Also alles was an Verwaltung eigentlich anfällt. Und was ziemlich kompliziert ist.

Gut, ich sagte eben ja schon, daß Autoeinkauf und Versicherungen auch über den EZS zentral gemacht werden können. Dazu braucht man aber keine so zentralistische Struktur, wie ne Genossenschaft es ist. Im Gegenteil, sie wird eher zum Hindernis: Wenn es z.B. darum geht, die Fakturierung, also die Rechnungslegung, zu machen, dann gehört dazu, daß man sich überlegt, wie die Buchung gemacht wird.

Bei uns z. B. wird telefonisch gebucht. Man ruft also bei einer bestimmten Nummer an, die ist Tag und Nacht besetzt, und dann bestellt man sich das Auto. Das kann wohl nicht gemeint sein, die werden wohl nicht für die Bundesrepublik ein einziges Telefon machen wollen.

Also dann hast du schon mal die Buchung regional und die Fakturierung zentral. Dann gibt es aber, das muß man einfach wissen wenn man das macht, unwahrscheinlich intensive Korrespondenz zwischen Buchung und Fakturierung. Oft hast du diese Fahrtberichte, da steht dann nicht das Datum drauf, nicht die Uhrzeit und so und da mußt du dann Kontrolle machen und das kannst du nur bei der Buchung machen.

Und wenn jetzt also die Buchung regional ist und die Fakturierung zentral, dann hast du einen unwahrscheinlich blödsinnigen Organisationaufwand, weil Buchung und Fakturierung gehört einfach zusammen, auch organisatorisch. Das ist völlig unpraktisch, wenn man das trennt.

...an den Bedürfnissen der Nutzer vorbei

Also das – denk ich – ist einleuchtend und das ist auch einfach unsere Erfahrung. Und da ist der VCD selber auch dumm beraten, daß er sich nicht von uns beraten läßt, weil wir machen das seit 3 Jahren. Wir wissen, wie man das gescheit machen kann. Und wir sind gut Freund mit dem VCD und wir beraten die auch und sagen denen alles. Das ist also nicht das Problem.

Und wir glauben eben, daß das, was der VCD da will, nämlich eine relativ starke Zentrale, die Einkauf macht, das muß man sich genau überlegen, dann ist ja auch der Autobesitz in der Hand der Bundesgenossenschaft und die regionalen Verbände, die regionalen Untergenossenschaftsabteilungen, die haben also keinen Autoeinkauf und keine Versicherung und von daher auch entsprechend wenig Verantwortung. Das ist nämlich die Sache, die dabei rauskommt. Es wird dann dazu kommen, daß irgendwie die Kreisverbände die Organisationsgeschichte mitmachen oder vielleicht auch interessierte Nutzer das mitmachen, die aber letztlich gar nichts zu sagen haben. Weil bei den wirklich wichtigen Sachen, z. B. die Auswahl der Autos, da muß doch jemand, der das Carsharing organisiert, mitmischen. Der würde wahrscheinlich sehr gerne darüber sprechen, mitsprechen, was hier überhaupt für Autos fahren. Das ist doch ein zentrales Verlangen.

Also man muß immer sehen, wenn man ne Organisation macht: Wo sind die zentralen Bedürfnisse? Und das ist meiner Meinung nach da überhaupt nicht geschehen. Und deswegen glaub ich, daß diese regionalen Unterverbände praktisch viel Arbeit machen sollen, die werden diese Arbeit nicht vernünftig tun, weil sie kein Interesse daran haben. Das ist doch immer so.

Ich meine, Interesse hängt immer irgendwie mit Einflußmöglichkeiten zusammen. Wenn alles von Bonn kommt, dann werden die Leute sich nicht hinsetzen und das Carsharing betreiben... Weil das Carsharing selber ist eine Sache die unwahrscheinlich viel organisatorischen Aufwand hat und außerdem als Sache viel zu uninteressant ist. Verstehst du, die Leute treffen sich nicht abends freiwillig und besprechen das Carsharing, das ist zu langweilig, einfach zu doof.

Weil das ist nicht politisch brisant genug, diese ganze Geschichte. Wir sehn das an unseren Versuchen, die Kunden, die Nutzer von Stattauto irgendwie mit einzubinden. Wir sind unwahrscheinlich offen und sagen, wenn ihr wollt, könnt ihr hier herkommen, könnt Bilanzen einsehen, könnt sehen daß wir keine Gewinne machen, obwohl wir ne GmbH sind usw. Die Resonanz ist unwahrscheinlich gering. Was wolln die Leute: Die Leute wolln Auto nutzen und fertig. Ein Auto nutzen ist ne langweilige Sache. Da wird man nicht noch abends dazu sitzen und irgendwie die Zeit damit verbringen.

Also, wenn man das erreichen will, daß die Leute damit Zeit verbringen, da muß man ihnen Machtmöglichkeiten geben, da muß man aber nicht ne Bundesgenossenschaft machen. Irgendwie haben wir einfach den Eindruck, die ganze Idee ist auch subtantiell völlig unausgegoren. Und von daher .....nachdem sich die erste Emotion beruhigt hat, darüber daß die da Sachen machen seit Monaten und uns nichts davon erzählen, denk ich mir einfach, Leute, laßts besser bleiben, wir könnens besser.....

Und wie ist jetzt eure Haltung dazu, also wenn der Konflikt beigelegt werden kann, vielleicht durch Gespräche mit dem VCD. Könntet ihr euch vorstellen, euch trotzdem in irgendeiner Form zu beteiligen an der Genossenschaft oder wolltet ihr jetzt aktiv darauf hinwirken, daß ne andere Form von größerem Zusammenschluß entsteht. Oder haltet ihr euch lieber raus und macht euer eigenes Ding?

Wir wollen schon versuchen, den Leuten, die diese Bundesgenossenschaft betreiben, diesen Plan auszureden. Weil wir einfach nicht glauben, daß das ne Sache ist, die funktionieren wird. Und weil wir da schon befürchten, das was wir protegieren, nämlich das Carsharing, daß das dadurch tatsächlich gelähmt werden kann. Weil, wenn man viele Kräfte bindet in einer Organisationsstruktur, die nicht effektiv ist, dann bindet man auch die Kräfte, die sonst vielleicht sehr viel schneller irgendwie zu Stuhle kommen könnten und irgendwie die Sache machen. Wie jetzt in Frankfurt zu sehen: Die Frankfurter haben sich im Februar von uns beraten lassen. Und die Beratung ist so fit, die könnten theoretisch den nächsten Tag anfangen. Jetzt ist aber das Problem, Jens Matthes ist in der VCD-Kreisstelle Frankfurt und im Vorstand. Durch diese Personalunion kommt es dazu, daß die Sache theoretisch immer größer geworden ist, aber praktisch in Frankfurt noch kein einziges Carsharing-Auto fährt. Und auch womöglich keins fahren wird.

Weil jetzt alle auf die Gründung dieser Genossenschaft hinarbeiten und nicht mehr die Sachen vor Ort machen?

Wenn die Soziologen zuschlagen wird die Bewegung gehindert...

Genau. Also da sieht man schon den ersten – eigentlich negativen Erfolg von dieser Bundesgenossenschaft. Weil in Frankfurt könnten schon längst 10-20 Autos fahren und entsprechend viele Autos abgeschafft werden, aber wenn die Soziologen zuschlagen und immer nur theoretische Organisationsstrukturen entwerfen, dann wird tatsächlich die Bewegung gehindert. Das kann doch einfach nicht unser Interesse sein. Letztlich wenn die ihre Bundesgenossenschaft machen, dann werden wir die auch irgendwie mit in den Europäischen Dachverband mit reinlassen.

Aber wir werden keine Claims abstecken und sagen hier sind wir und hier sind wir nicht. Wenn wir ne Möglichkeit haben da zu sein, wo die auch sind, dann werden wir da auch hingehen. Weil wir wissen, wenn wir z. B. jetzt nach Frankfurt gehen, wir haben in 4 Wochen dort ein riesengroßes Carsharing da und die Bundesgenossenschaft Frankfurt ist einfach im Eimer. Das werden wir schon tun.

Wir wollen die nicht bekämpfen. Wir wollen die einfach lassen, aber wir glauben nicht, daß sie effektiv was zustande bringen. Wir wollen nicht diese Carsharing-Idee – die sich unwahrscheinlich ausbreitet – hindern lassen durch Theoretiker, die irgendwie was wollen, was sie sich nicht genau genug überlegt haben.

Kannst du noch kurz was sagen zu diesem Europäischen Dachverband und auch, daß andere kleinere Initiativen innerhalb Deutschland sich jetzt anschließen können?

Vielleicht vorher noch mal zu dem Konflikt mit dem VCD...

Forsetzung auf Seite 16

KURZMELDUNGEN

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Bonn

Entwicklungsagentur finanziell gesichert

Die »innova-Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften« wird weitergeführt. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn bekam vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung den entsprechenden Bescheid. Die Förderung erfolgt seit September dieses Jahres für drei Jahre. Schwerpunkte der künftigen Arbeit liegen in der Unterstützung von Produktivgenossenschaften in den neuen Bundesländern. Für den Verein ergibt sich nun verstärkt die Möglichkeit in Kooperation mit Interessierten aus dem Genossenschaftsbereich, Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden Weiterentwicklungen zugunsten genossenschaftlicher Projekte im Produktions-, Konsum- und Wohnbereich zu forcieren.

Ostdeutsche Wohnungsbaugenossenschaften

Rechtsfähigkeit wird behindert

Die Tätigkeit der Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern wird nach wie vor stark behindert, so die Kritik des Verbandspräsidenten des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft in Köln. Anläßlich der Veröffentlichung einer Untersuchung über die ostdeutsche Wohnungwirtschaft erklärt Jürgen Steinert gegegenüber der Presse, daß beispielsweise die Eintragungen in das Genossenschaftsregister nur schleppend vorgenommmen werden. Bisher sind Wohnungsbaugenossenschaften zu 93% noch keine rechtsfähigen Unternehmen. Die meisten befinden sich zwar inzwischen im Besitz der von ihnen vermieteten Wohnungen und Häuser, zu mehr als 90% sind ihnen aber die Grundstücke noch nicht übertragen worden. Hypotheken können sie deshalb keine aufnehmen. Solange dies der Fall ist, lassen sich dringende Reparaturarbeiten nicht bewerkstelligen. Erforderliche Verbesserungen der Wohnsitutation können demnach nicht erreicht werden. Die von der Untersuchung erfaßten 1.100 Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen mit einem Gesamtwohnungsbestand von 3,4 Mill. Wohnungen planen zwar in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 6 Mrd. DM. Dabei handelt es sich jedoch um reine Planzahlen, da 97% der Unternehmen noch nicht über eine gesicherte Finanzierung verfügen. Die Ergebnisse der Studie können angefordert werden beim Gesamtverband der Wohnungswirtschaft, Bismarkstr. 7, 5000 Köln 1.

Kaffegenossenschaft eG., Berlin

SANDINO dröhnt nicht mehr

Nicht zuletzt gab die Niederlage der Sandinisten den Ausschlag dafür, daß die Bärliner Kaffegenossenschaft ihre Arbeit einstellt. Sie wollte nie nur alternatives Handelsorganisation sein, sondern vor allem politisches Projekt. Die Schwierigkeit der politischen Unterstützungsarbeit für Nicaragua nach den Wahlen, fehlende Reaktionen auf ihre Rundschreiben (auf 1.500 Briefe kamen nur rund 40 Antworten mit der Empfehlung zum Weitermachen) sowie interne Zermürbungserscheinungen führten zu dem Entschluß. Wer weiterhin Nicaragua Kaffee von einem stärker politisch orientiertem Projekt beziehen will, den verweisen die Bärliner an El Rojito (übersetzt die rote Kaffekirsche), Große Brunnenstr. 74, 2000 Hamburg 50, die Kunden (falls kein Widerspruch erfolgt) und Prinzipien weitgehend übernehmen.

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Bremen

LEBENSmittelQUALITÄT als zentrale Zielsetzung

Eine kleine informative Broschüre über ihre Ziele, Aufgaben, Struktur und Grundprinzipien hat die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft herausgegeben. Sie enthält neben der Satzung vor allem Ausführungen zu den Qualitätsgrundsätzen der Genossenschaft. Für andere Initiativen im Lebensmittelbereich gibt die Broschüre interessante Anhaltspunkte beim Entwickeln eines eigenen Selbstverständnisses. Sie kann angefordert werden bei: Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Donandtstr. 4, 2800 Bremen 1

Ökobank e.G., Freiburg

Erste Filiale eröffnet im Februar

Am 31. Januar 1992 feiert die Ökobank in Freiburg in der Egonstr. 21-23 ihre erste Filialgründung. Anfang Februar sind die Räume dann für die Kundengeschäfte geöffnet. Der Standort Freiburg fiel aufgrund der intensiven Arbeit der dortigen Regionalgruppe. Michael Hümmler und Andreas Obergfäll werden in der Filiale arbeiten. Sie haben schon seit Anfang August dieses Jahres mit der Betreuung der Freiburger Kundinnen und Kunden begonnen.

Agrartouristische Frauenkooperative, Chios

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau entwickeln

Einige Frauen der griechischen Insel Chios betreiben seit 1985 eine agrartouristische Kooperative. Unterstützt von den Behörden, dem Büro für Gleichberechtigung, der Agrarbank und dem griechischen Tourismusministerium spielt die Frauenorganisation heute eine wichtige Rolle auf der »Insel der Seligen«. In den Dörfern Pirgi, Mesta, Olimpi und Armolia werden 62 Zimmer mit insgesamt 135 Betten an Reisende vermietet, die einmal Gast in einer chiotischen Familie sein wollen. Wer sich darauf einläßt, hat die Chance, ein Stück Griechenland außerhalb der ausgetretenen Massentourismuspfade zu erleben. Auch wen das griechische Tavernenieinerlei anödet, wird mit dem Essen aus den chiotischen Küchen sein gastronomisches Wunder erleben. Die Aufgabe der Kooperative beschränkt sich nicht auf das Vermieten von Zimmern und die Betreuung ausländischer Gäste. Das touristische Engagement ist nur ein willkommener ökonomischer Nebeneffekt. Eigentliches Anliegen der Organisation besteht in der Entwicklung gleichberechtigter Verhältnisse zwischen Frau und Mann in dieser strukturschwachen Region am Rande Europas. Information: Agrartouristische Frauenkooperative Chios, ☎ (0030/271)7 24 96.

FORTSETZUNG VON SEITE 15

Der Konflikt ist auch ein bißchen mit durch unsere Schuld entstanden. Weil nämlich der ECS bisher kein inhaltliches Regionalkonzept verfolgt hat. Das ist sicher ne große Schwäche.

Dies Konzept – wie Stattauto – was bisher alle in Deutschland übernommen haben, weil sie einfach alle von uns beraten werden, das ist eigentliche ne Sache, die nur in einer bestimmten Größenordung funktioniert. Und da kommen natürlich die Darmstädter und die Schopfheimer und die Offenburger mit einem gewissen Recht nach Bonn und sagen: wir sind zu klein, wir haben zu wenig Leute, wir haben kein Büro, wir haben irgendwie nichts und wir haben auch nicht die rechte Traute ...

Es muß unbedingt und zwar sehr schnell ein Regionalprogramm entwickelt werden. Das werden wir auch tun. Und denken, daß wir da auch eine effektive Unterstützung den Leuten geben können. Wie auch bei Schopfheim, die lassen sich jetzt von Schweizer Kollegen beraten.

Und was ist jetzt genau dieser ECS?

Der ECS ist ein Dachverband. Mitglieder von ECS sind alle Organisationen, die das Carsharing betreiben lt. Satzung. Allerdings eben betreiben. Es können keine Organisationen Mitglied werden, die noch nicht effektiv arbeiten. Mitgliedschaft können nur juristische Personen erwerben, also Vereine oder Firmen oder sonstwas, die das Carsharing betreiben und die das Carsharing allerdings auch nach einem Gütesiegel betreiben, das der ECS erarbeiten wird. D. H. es wird ein ökologisches Gütezeichen geben. Und nur wenn man die Bedingungen von diesem Gütezeichen erfüllt, kann man Mitglied werden.

Ökologisches Gütesiegel

Das ist nur ein ökologisches Gütesiegel oder bezieht es sich auch auf die innerbetrieblichen Strukturen, Selbstverwaltung, Non-Profitbezogen?

Das wird noch diskutiert, das ist noch nicht ganz klar. Wir hatten das in der letzten Sitzung im April diskutiert, konnten uns über diesen Punkt aber nicht einigen. Weil viele Leute sagen, für sie sind alle Organisationen wünschenswerte Strukturen, Hauptsache, sie machen Carsharing, das muß unser Punkt sein und nicht eine bestimmte Firmenentwicklung zu protegieren. Wir müssen uns konzentrieren auf eine bestimmte Tätigkeit. Das wird man weiter diskutieren: dieses Gütezeichen ist noch nicht vollendet entwickelt.

Und ihr seid eine GmbH, aber ihr macht keinen Profit. Das ist so ne Art Selbstverpflichtung?

Diese Selbstverpflichtung ist jetzt zum Glück nicht mehr ne reine Selbstverpflichtung, sondern es gibt jetzt ein Kontrollinstrument, nämlich gestern – Sonntag –, hat sich der Stattauto e. V. gegründet und das ist eine Nutzerorganisation. Also die Nutzer von Stattauto GmbH können , wenn sie Interesse haben, in diesen Stattauto e. V. eintreten. Und der Stattauto e. V., der sich gestern konstituiert hat, einen Vorstand gewählt hat usw. der erhält bestimmte Rechte. Welche Rechte, das ist noch nicht klar, weil der Verein sich erst gestern konstituiert hat. Müssen die Vereinsmitglieder sich erstmal selber klarwerden, welche Rechte sie selber haben wollen. Ich denke das mindeste Recht was sie haben wollen, wird eben sein, daß sie die Bilanzen durchlesen. Und das ist wohl das allerkleinste.

Tendenz zur Verspießerung in Genossenschaften

Wir von der Stattauto GmbH können uns sehr weitgehende Modelle vorstellen. Bis dazu, daß der Stattauto e. V. die GmbH kauft. Es kann ja durchaus passieren, daß die das wollen. Dann wären wir Begründer nur noch Geschäftsführer und nicht mehr Gesellschafter.

Da muß man mal sehen, ob die das wollen. Wenn man das kauft, dann kauft man natürlich auch die Schulden mit. Und ob die Leute das wollen, ist sehr die Frage....

Das ist ne neue Unternehmensstruktur, die wir noch nicht kennen, da muß man mal gucken, was praktikabel ist und was gewünscht wird.

D. h., daß ein Festhalten an eurer Unternehmensform nichts damit zu tun hat, daß eine Genossenschaft zu basisdemokratisch wäre?

Nein, überhaupt nicht. Wir haben Gründe, daß wir ne GmbH sind. Wirtschaftliches Arbeiten ist in einer GmbH einfach besser möglich. Da wir uns wirklich darauf konzentrieren wollen, in erster Linie die Idee des Carsharing zu verbreiten, haben wir gesagt: Das ist uns viel wichtiger als ne bestimmte Betriebsform.

Das war insofern auch kein Interessenskonflikt, weil diese Firma hatte bisher 3 Gesellschafter und 3 Mitarbeiter. Und das war eine Personalunion, insofern gab es da sowieso keine Konflikte. Jetzt allerdings, wo die ersten Mitarbeiter eingestellt werden, da fangen diese Konflikte und diese Überlegungen und diese Gespräche natürlich an. Insofern ändert sich die Firma da.

Wir wollen schon gerne erzielen, daß die Leute wirtschaftlich starke Organisationsstrukturen wählen. Und das ist ne Genossenschaft zumindest eben in der Bundesrepublik nicht. Eine Genossenschaft ist aus naheliegenden und bekannten Gründen eine relativ umständliche Organisationsstruktur. Wir befürworten deswegen das Modell, was wir selber haben, nämlich GmbH mit Kontrollgremium des Vereins. Dann hat man beides, die wirtschaftliche Form: GmbH, mit der man viel einfacher als mit einer Genossenschaft Kredit kriegt, und hat dennoch die Demokratie per Kontrollmechanismus vereint.

Eine Genossenschaft hat die Tendenz eine Art von Innenleben zu bilden und sich nicht zu verbreitern. Das hängt damit zusammen, das die Genossen, die in der Genossenschaft das Sagen haben, zumindest auf den jährlichen Genossenschaftsversammlungen, denen geht es sozusagen gut. Die haben ihr Auto, oder ihr Carsharing, oder ihr Haus. Die haben kein besonderes Interesse, Risikokapital aufzunehmen, um die Sache irgendwie voranzutreiben.

Und das ist die Tendenz, die man bei allen Genossenschaften, die mir zumindest bekannt sind, sehen kann, daß es da immer einen gewissen Konflikt gibt zwischen Geschäftsführern der Genossenschaft, die einfach mehr wollen und weiter wollen und engagiert sind, also einfach da arbeiten, aber die sehr wenig zu sagen haben und besagten wortführenden Genossen.

Schau dir die Louisenstadt an, schau dir den Wasserturmplatz an. Da kannst du sehen, daß das eine Tendenz zur Verspießerung hat. Das muß man unbedingt sehen. Wir haben da eine gewisse Kritik an den Genossenschaftsmodellen eben aus diesem Grund.

Wir wollen wirklich los, wir wollen hunderte, tausende von diesen Autos haben. Wir wollen wirklich ein neues Verkehrsmittel einführen. Das ist uns sehr wichtig. Und viel wichtiger als innerbetriebliche Organisationsstrukturen, die möglicherweise das eben hindern können. ●

Schönen Dank für das Gespräch

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

REZENSION

Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit

Nach allgemeiner Auffassung folgt der einzelne primär eigenen Interessen und fügt sich nur unwillig in die soziale Gemeinschaft. Moralische und soziale Idealisten sowie im Leben Benachteiligte fordern hingegen um der Gerechtigkeit willen den »selbstlosen« Dienst an der Gemeinschaft. Dieser Widerspruch, der im wirtschaftlichen Bereich in der Frage der Verteilung der Arbeitsergebnisse gipfelt, wurde bisher nicht überwunden. Kritiker der freien Marktwirtschaft sagen dieser einen vernichtenden Konkurrenzkampf der wirtschaftlichen Stärkeren gegenüber der Schwachen nach. Kann der freie Markt tatsächlich keine gerecht Güterverteilung leisten?

Diether Vogel weist in seinem Werk »Selbstbestimmung **und** soziale Gerechtigkeit – Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft« nach, Daß nicht das freie Angebot von Leistung und Gegenleistung auf dem Markt zu sozialer Benachteiligung und – wie es die Sozialisten von jeher behaupten – zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Schwächeren durch die Stärkeren führt, sondern daß das Instrumentarium des Marktgeschehens, das **Geld**, den gerechten Tausch verhindert.

Nach **Rudolf Steiner** ist das **Vertragselement** das **soziale Instrument**, um die Interessen selbstständiger Sozialpartner zum gerechten Ausgleich zu bringen und ist auf dem Markt das **Geld** das **Vertragselement**. **Diether Vogel** charakterisiert das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen in einer freien sozialen Gesellschaft durchgängig als Vertragsverhältnisse. Er nennt insbesondere die Wirtschaft dieser freien Vertragsverhältnisse »**assoziativ**«, ein Begriff, den Rudolf Steiner für den freien Vertragszustand in der Gesellschaft verwendet.

Nach Vogel, der Steiner sozialen Ideen und dessen Philosophie eng verbunden ist, wird die »gleiche Freiheit für alle« bisher nicht durch zuviel Freiheit, sondern durch unvollständige Rechtsvoraussetztungen verhindert. Beseitigt man durch eine Geld- und Bodenreform immer noch bestehende Monopole und Privilegien und schafft man damit rechtliche und ökonomische Gleichstellung (Start- und Chancengleichheit), dann offenbart sich das Marktprinzip durchaus als Möglichkeit zur Entwicklung echter **freier Assoziation**, ja als ein unverzichtbares Element der Freiheit im Wirtschaftsleben. Nach **Vogel** ist das assoziative Wirtschaftsprinzip verwirklicht, wenn

- erstens ein Verhältnis der generellen Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit (Brüderlichkeit) zwischen den gegensätzlichen Interessengruppen der Wirtschaftspartner gewährleistet ist,
- zweitens diese generelle Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Kräfte die ununterbrochene Konjunkturkontinuität und Vollbeschäftigung sichert und
- drittens die soziale Gerechtigkeit nicht auf dirigistischem, sondern sozialorganischem, auf prozessual-funktionalem Wege erreicht ist, so daß die Freiheit der wirtschaftlichen Initiative unangetastet bleibt.

Auf dem Boden des wirtschaftlichen Gleichgewichts erhalten alle vertraglichen Vereinbarungen assoziativen Charakter.

Über den assoziativen Aspekt einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft reicht die Dimension des Buches allerdings weit hinaus. Der Verlag hat das umfangreiche Werk als ein Standardwerk der Dreigliederung des sozialen Organismus (Steiner) angekündigt und präsentiert es im übrigen als »Methodenbuch und Lehrbuch zum Verständnis der sozialen Zusammenhänge«. Diether Vogel, der 1957 das »Seminar für freiheitliche Ordnung« (heute Bad Boll/Baden-Württemberg) gründete, geht von dem in der Natur, im Menschen und im sozialen Leben wirksamen Gesetz der Polarität (Goethe) als dem durchgängigen Prinzip aller Lebenserscheinungen aus. Das Polaritätsgesetz wird zum methodischen Schlüssel für das Verständnis der sozialen Gesetzmäßigkeiten. Es wird der Nachweis erbracht, daß eine Auseinandergliederung der drei Bereiche Rechtsstaat, Kultur und Wirtschaft erforderlich ist, um persönliche Freiheit **und** soziale Gerechtigkeit im Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten. »Die Dreigliederung als Weltgesetz« versöhnt sowohl den West-Ost-Gegensatz als auch den Nord-Süd-Gegensatz.

In einem ausführlichen historischen Teil werden aufgrund methodisch sorgfältiger geschichtlicher Krisenanalysen – von der Vorgeschichte bis zur Mitte unseres Jahrhunderts – die Einzelfragen des sozialen Prozesses sowie die Rechtsgrundlagen einer durchgängig freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft einsichtig und verständlich gemacht. Der Autor vermittelt schließlich auch Grundlagen für das Verständnis der im sozialen Alltag, in der interbetrieblichen Struktur täglich zu bewältigenden Probleme und weist Wege zu partnerschaftlichem Handeln.

Der geistige Hintergrund des Buches ist weitgespannt. Das zeigt allein ein Blick in den ca. 160 Seiten umfassenden Anhang, der neben den für eine so anspruchsvolle Arbeit selbstverständlichen Namens-, Sach- und Literaturregister u.a. einen Katalog wirtschaftlicher Begriffsbestimmungen sowie eine sehr informative geistesgeschichtliche Genealogie enthält: Rund 80 Wegbereiter einer freiheitlichen Gesellschaftsordnungwerden hier im kurzen Lebens- und Werkbeschreibungen vorgestellt.

Der Leser hat, falls er Themen des jüngsten Zeitgeschehens vermißt, zu berücksichtigen, daß **Diether Vogel** (1905 – 1969) die Ergebnisse seiner langjährigen Studien (der Land- und Volkswirtschaft, der Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften) schon 1951 niedergeschrieben hatte. Dieser Aktualitätsabstand könnte aber gerade dazu anspornen, das mit dem Studium des Buches erworbene Wissen bei der Bewältigung der neu hinzukommenen Probleme eigenschöpferisch anzuwenden. Der soziale Aufbruch der Völker im Osten, die europäischen Einigungsbestrebungen, die Lösung der gewaltigen Verschuldungsprobleme sowie die Überwindung umweltzerstörender Wirtschaftsweisen erfordern ein Denken, wie es mit diesem Buch demonstriert wird. Es sind Erkenntnishilfen, die den Realitäten der Gegenwart und nahen Zukunft gerecht werden und vor allem für die Menschen in Ostdeutschland, Osteuropa und der UdSSR zu Hoffnungsträgern werden könnten. ●

Josef Hüwe

Diether Vogel: Selbstbestimmung **und** soziale Gerechtigkeit. Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Schaffhausen: Novalis Verlag. 1990. 551 Seiten. 45,- DM.

»DAS GLEICHE VOM GENUG«

Die gerechte Verteilung des Ausreichenden.

»Das Gleiche vom Genug«. Eine Diskussion zum Thema zinsloses Geld.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ernst-Eberhard Manski, Stevoort/Belgien ● »Wir haben Wachstum, weil die Menschen Ertrag wollen. Es wird investiert, weil die Anleger Gewinn wollen. Nun soll das Wachstum abgebremst werden durch die Abschaffung der Zinsen. Stattdessen wird Freigeld eingeführt. Das führt dazu, daß schneller konsumiert, aber auch weniger produziert wird. Der entstehende Mangel führt zur Krise und zur Arbeitslosigkeit. Um diesen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, sollen die Menschen garantiertes Mindesteinkommen erhalten und wird die Besteuerung von Einkommen abgeschafft. Die Staatsausgaben werden stattdessen durch Ökosteuern und die Vergabe von Umweltzertifikaten finanziert. Beabsichtigte Konsequenz wird sein, daß umweltschädliche Produktionsmethoden unbezahlbar teuer werden.« So resümierte Bankkaufmann Mark Lambrechts während einer Podiumsdiskussion kurz den Inhalt des Buches »Het Gelijk van het Genoeg« (Das Gleiche vom Genug), das von der niederländischen Umweltorganisation »Aktie Strohalm« herausgegeben wurde. Der Autor Henk van Arkel diskutierte das Buch am 7. September 1991 in Averbode/Belgien mit Vertretern der flämischen alternativen Szene aus den Bereichen Bankwesen, Politik, Publizistik, Entwicklungshilfe und Philosophie.

Das Finanzielle ist lediglich ein Aspekt in einem komplexen System von wirtschaftlich-technischen Problemen, der zudem verschleiernd wirkt. Was Geld ist, bleibt für Hugo Wanner von Netwerk Vlaanderen eine wichtige Frage, die immer wieder gestellt werden muß. Für ihn ist Geld eine Ausdrucksform von bestimmten sozialen Beziehungen. Wachstum an sich sei nicht das Problem, zumal die Natur uns zahlreiche Beispiele von gesundem Wachstum vorlebt. Problematisch wird es erst, wenn es sich um exponentielles Wachstum handelt. Das Zinseszins-System kann durchaus mit den Phänomenen des Krebses oder der physikalischen Explosion verglichen werden.

Die Notwendigkeit, das Bevölkerungswachstum einzubeziehen, unterstreicht Basiel Maes von der Flämischen Ökumenischen Entwicklungskooperation. Außerdem verweist er auf die immer wieder notwendigen Währungsschnitte, wie sie im Mittelalter durch die kostenpflichtige Ummünzung bei Herrscherwechseln oder 1945 nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches notwendig wurden.

Zwei der bekanntesten bisherigen Versuche, zinsfreies Freigeld einzuführen, waren sowohl in der österreichischen Gemeinde Wörgl in den 1930er Jahren als auch 1956 in Frankreich alsbald von den staatlichen Behörden unterbunden worden. Somit fehlen Erfahrungen, die Realisierungschancen von zinsfreiem Geld in volkswirtschaftlichen Größenordnungen abzuschätzen. Netwerk Vlaanderen plant, das zinsfreie Spar- und Kredit-System der schwedisch-dänischen Initiative JAK (Jord, Arbete och Kapital) zu prüfen und möglicherweise im begrenzten Rahmen einzusetzen.

Die Zeiten, in denen es noch keine Zinsen gab, sollten nicht verherrlicht werden, meint Harry Dierickx von der Zeitschrift Nieuw Links, wobei er sich insbesondere auf die Periode um 1300 bezieht, als sich von Oberitalien aus allmählich in einer industriellen Revolution des Mittelalters die Vorläufer des gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftssystems entwickelten und verbreiteten. Um den Verbrauch anzukurbeln, seien auch andere Konzepte als das zinslose Geld möglich, wie etwa die Gewährung von Zinssubventionen.

Hohe Zinsen werden heute am dringlichsten von der grauen Macht (Grey Power), den vermögenden Über-50-jährigen, erwartet und verlangt, betont Mark Lambrechts und fordert den Umstieg auf andere Werte unter der Fragestellung, ob jeder bereit sei, radikal Opfer zu bringen.

Philosoph Ulrich Möller stellt fest, daß die Menschheit den überwiegenden Teil ihrer Geschichte als Jäger und Sammler durchlebt hat und sich diese Mentalität trotz der zuletzt relativ schnell aufeinanderfolgenden Kulturrevolutionen erhalten hat. In der heutigen Marktwirtschaft setzt der Mensch seine ganze Kreativität ein, um wirtschaftlich voranzukommen und trägt damit bei zu der materiellen Expansion, die völlig außer Kontrolle geraten ist. Wenn nun das gegenwärtige Wirtschaftssystem durch das Konzept einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft ersetzt werden soll, die lediglich den Bedarf befriedigen statt Gewinn machen will, so bleibt die fundamentelle Frage, wie der Mensch seine Kreativität weiterhin einsetzen soll und wie seine Sucht nach immer neueren und besseren Dingen erfüllt werden soll.

Auch wenn das diskutierte Buch von allen Podiumsmitgliedern als lesenswerter Denkanstoß gewertet wurde, blieb doch eine gewisse Hilflosigkeit, wie diese gerechte Verteilung des Ausreichenden praktisch umgesetzt werden könnte. Die Chance zur Realisierung der Konzepte des zinslosen Geldes oder der nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft erscheint momentan doch recht klein. Einige Bereiche der Gesellschaft kamen in der Diskussion zu kurz. So war es dem Veranstalter nicht gelungen, eine Frau für das Podium zu gewinnen. Die Machtfrage wurde kaum behandelt, zumal die Rolle des Staates ebenso wie diejenige des Umweltschutzes ohnehin nur im Zusammenhang mit der Ökosteuer problematisiert wurde. Die Thematik der Entwicklungshilfe und der Schuldenkrise, die am ehesten den verhängnisvollen Verlauf von Zinszahlungen fehlplazierter Kredite verdeutlicht, wurde lediglich vom Autor während der einleitenden Präsentation seines Buches angeschnitten. Industrie, Technik und Wissenschaft waren nicht vertreten und haben aus der Sicht einiger Teilnehmer ihre Rolle als Hoffnungsträger längst verspielt. Auch dem Begriff der öko-sozialen Marktwirtschaft wurde lediglich ein Marketingwert zugeordnet. Zu guter Letzt verzichtete der Schlußkommentator auf eine Auswertung der Veranstaltung und bat lediglich darum, den Atheismus stärker in die Diskussion einzubeziehen, was lediglich dadurch verständlich wurde, daß der Tagungsort sich in einer Abtei befand. ●

Für diejenigen, die der niederländischen Zunge mächtig sind, sei noch die bibliographische Angabe erwähnt:
Henk Van Arkel/Aktie Strohalm: Het gelijk van het genoeg. Hoe de geldstroom van arm naar rijk een milieuvriendelijke ekonomie onmogelijk maakt. Utrecht 1990, 224 S. (Aktie Strohalm, Oudegracht 42, NL-3511 AR, Utrecht)

FORTSCHRITT UND ARMUT

Die Henry George School in New York

Henry George (1839-1897) war wohl einer der einflußreichsten politischen Publizisten im 19. Jahrhundert. Sein Hauptwerk Progress an Poverty (Fortschritt und Armut) wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und viel diskutiert.

Semirah Kenawi, Redaktion Frauen ● Ausgangspunkt seiner Überlegungen waren Beobachtungen über das immer stärkere Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum im New York der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Seine Analysen bringen ihn zu dem Schluß, daß privater Landbesitz zur kommerziellen Nutzung kriminell ist. Davon ausgehend entwickelt er das »Single Tax« System, indem er jede Steuer auf die Bodenrente zurückführt und diese als einzige Steuer einführen will, um diese, wie er meint einzige Ursache für Tauschungerechtigkeit in der Gesellschaft zu beseitigen und die Verwaltung des Bodens wieder in die Kontrolle der Gemeinde (Kommune) zurückzubinden. Zweimal war er Kandidat für das Bürgermeisteramt in New York, 1886 und 1897. Beidemale schien sein Sieg klar. 1886 soll er die nötigen Stimmen auch gehabt haben, nur ein verfälschen der Zahlen und eine Koalition haben seinen Amtsantritt damals verhindern können. 1897 starb er wenige Tage vor der Wahl.

Seine Ideen, die u. a. von Silvio Gesell durch dessen Untersuchungen über die Bedeutung des Geldzinses für die Verhinderung einer Tauschgerechtigkeit weiterentwickelt wurden, besitzen gerade in der gegenwärtigen deutsch-deutschen Situation eine brennende Aktualität.

Während man in Deutschland derzeit angestrengt an der Aufklärung der Grundverhältnisse an Hand 40 Jahre alter Akten arbeitet, ist in der Henry George School in der 121 East 30th Street (New York, NY 10016) der Gedanke an die ursprüngliche Aneignung des Bodens durch Krieg, Raub und gewaltsame Landnahme lebendig. Die Schule, obwohl im Auftrag der University of the State of New York arbeitend, ist ökonomisch und verwaltungstechnisch unabhängig und selbstverwaltet. Sie finanziert sich durch Spenden und Gewinnen aus Geldanlagen. Darüberhinaus arbeiten außer den 6 Verwaltungsangestellten alle Dozenten ohne Honorar. Interessanterweise hat die Mehrzahl der Dozenten Lehraufträge an anderen Universitäten.

Für das Frühjahr 1991 werden isgesamt 9 Kurse angeboten. Neben Grundlagen der Ökonomie (Fundamental Economics) und klassischer Analysis (Classical Analysis I) gibt es auch einen Kurs über monetäre Theorien von Keynes bis Gesell (Money and Banking) und natürlich über Fortschritt und Armut (Progress and Poverty). All dies sind kostenlose Arbeitkurse, die 1 bis 3 Stunden in der Woche beanspruchen und nicht länger als 10 Wochen sind. Aber ist es für deutsche Ohren schon erstaunlich zu hören, daß eine Schule unter und zu diesen Bedingungen arbeitet und arbeiten kann, so erstaunt noch mehr der Bericht des amtierenden Direktors George Collins über die Zusammenarbeit zwischen Schule und verschiedenen Regierungsebenen. So arbeiten George-Schüler derzeit in einer Kommission des New Yorker Parlaments an der Ausarbeitung eines neuen Steuersystems für die Stadt mit. Anhänger der Schule sind nach Aussagen Collins auch auf Regierungsebene tätig. Die Wirkung solcher Zusammenarbeit bleibt abzuwarten. Der Zwang zum (Um)Denken scheint in den USA jedoch Kreise zu erreichen, in denen vorort das Sehen der Zeichen schon zum Außenseiter stempelt. ●

LESERBRIEF

Abschaffung des Zwangs zum Wirtschaftswachstum

zum für mein Verständnis recht verwirrenden Artikel von Jürgen Kaun zur »Freiwirtschaftslehre« meinerseits folgende Anmerkungen:

- Die Ausweitung menschlicher Aktivitäten/Produktion hat nach meinem Verständnis mehrere Ursachen.
- Das fängt an mit dem Bedürfnis die eigene Existenz zu sichern
- Darüber hinaus existieren Wünsche, um das Leben angenehmer zu gestalten.
- Unsere derzeitige Geldunordnung fordert eine Ausweitung der Produktion, um das sich vermehrende Kapital wieder anlegen zu können und um die Verzinsung zu erhalten.
- Mit einer »Liquiditätsgebühr« könnte der Zins gesenkt, der daher rührende Wachstumszwang abgebaut werden. Natürlich sind damit nicht alle Probleme gelöst. Wer will kann dann mehr konsumieren, es besteht aber auch die Möglichkeit, einfach weniger zu arbeiten, da man schätzungsweise mit 2/3 des bisher benötigten Einkommens auskommen könnte. Die Privatmenschen müßten sich folglich auch nicht um das 12,6-fache verschulden, nur damit das Kapital untergebracht ist. Geringere Kreditnachfrage reduziert den Zins und damit die Sparneigung.
- Die Einkommensverteilung durch den Zins würde durch eine Senkung des selbigen auf Null wegfallen. Dies wäre ein Schritt zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen und würde allein schon Experimente mit einer neuen Geldordnung rechtfertigen.
- Grundsätzlich würde sich durch die Einführung einer »Liquiditätsgebühr« auf alles nicht fest angelegte Geld im Alltagsgebrauch vermutlich gar nicht soviel ändern. Um der »Liquiditätsgebühr« zu entgehen, würde nach wie vor Geld auf Sparkonten gebracht werden, Kredite würde es geben, die Kreditwürdigkeit müßte genauso geprüft werden wie heute auch, und natürlich müßten die Kredite zurückbezahlt werden. Die Banken würden eine Bearbeitungsgebühr für ihre Vermittlungstätigkeit verlangen, das würde der heutigen Bankmarge von 2% entsprechen. Sogar der Zins wäre als Knappheitsindikator noch da. Nur würde er im Bereich um Null % pendeln.
- Wegfallen würde die alle KreditnehmerInnen und damit die EndverbraucherInnen belastenden Zinszahlungen und die Einkommensumverteilung durch den Zins, egal ob dieser nun konsumiert oder wieder neu angelegt wird.
- Heute unrentable Investitionen könnten durchgeführt werden, z. B. in Energieeinsparung. Hier wird auch deutlich, Investition muß nicht Produktionsausweitung bedeuten, sondern kann auch Einsparung bedeuten.

Felix Duffner

PARITÄTISCHE GELDBERATUNG

Zwei-Millionen-Grenze fast erreicht

Ethische Vermögensanlagen bringen mehr als nur Zinserträge

Redaktion Heidelberg ● Fast zwei Millionen DM sparten bis Ende 1990 445 Vereine und Eintelpersonen im Sparfonds der Paritätischen Geldberatungsgenossenschaft. Dabei verzichteten sie in vielen Fällen ganz oder zumindest teilweise auf die ihnen zustehenden Zinsen. Der Gewinn liegt in der selbstbestimmten Verwendung der eigenen Spargelder. Hintergrund: Mit dem so zur Verfügung stehenden Geld werden soziale, gemeinnützige Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Einige Beispiele, stellvertretend für viele: Kredit der PARITÄTISCHEN deckt Entwicklungskosten für neues Lernmaterial für behinderte Kinder, Hausnotruf sichert älteren Menschen den Verbleib in der eigenen Wohnung, Naturkostladen schafft Arbeitsplätze für Menschen mit psychischen Problemen, Bürgerzentrum richtet Holzwerkstatt ein.

Die Paritätische Geldberatung, gegründet 1986, ist als eingetragene Genossenschaft eine hundertprozentige Tochter des Paritätischen Wohlfahrtverbandes in Nordrhein-Westfalen. Ihr gehören mittlerweile in 35 Städten und Kreisen Fördervereine an, deren Mitglieder sich um die wirtschaftliche Beratung sozialer Initiativen vor Ort kümmern. Die Nachfrage ist sehr groß und wächst beständig.

Die insgesamt 2878 Förderanteile der Vereine bilden mit einem Volumen von ca. 600.000 DM das Stammkapital der Genossenschaft, die ihren Sitz in Wuppertal hat. Auch dieses Geld konnte im vergangenen Jahr erfolgreich für die Förderung sozialen Engagements eingesetzt werden.

Aufsichtsratsvorsitzender Joachim Schmidt von Schwind zur Idee der Paritätischen Geldberatung: "Wir wollen und können öffentliche Förderung nicht ersetzen. Unsere vorrangige Aufgabe ist es, soziale Initiativen zu beraten und gemeinsam mit ihnen neue kreative Ideen zur Finanzierung ihrer Arbeit zu entwickeln. Wenn wir dann mit unserem Kapital zunächst helfen können, um so besser. Soziales Engagement darf nicht an knapper Kasse scheitern - das ist unsere Philosophie".

Weitere Informationen:
Die Paritätische Geldberatung
Loher Str. 7
5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 898 21 68

1. TEIL

Auf der Suche nach alternativen Geldanlagen und Finanzierungen

Der Golfkrieg hat es noch einmal in erschreckender Deutlichkeit gezeigt: Unsere Wirtschaft ist auf das Engste mit Krieg, Vernichtung und Umweltverschmutzung verknüpft. Leistungsfähige Unternehmen westlicher Demokratien liefern das Rüstzeug für organisierten Mord, für die Zerstörung Jahrhunderte alter Kulturen und für gigantische Umweltverschmutzung. Seien wir ehrlich: Trägt nicht jeder/jede, der/die an solchen Unternehmen finanziell beteiligt ist – und sei es nur mittelbar über seine/ihre Bank – Mitschuld an diesen Katastrophen ?!

Redaktion Heidelberg ● Der Gedanke ist nicht neu: Spätestens seit Anfang der 80er Jahre ist landauf landab die Erkenntnis gereift, daß der eigene Spargroschen, falsch angelegt, genau solche Dinge fördern kann, die man ansonsten für unmoralisch hält und nach Kräften bekämpft. Diese Artikelserie soll nicht nur die Möglichkeiten aufzeigen, Schaden durch unüberlegte Geldanlagen zu vermeiden, sondern darüber hinaus helfen, diejenige Geldanlage bzw. saubere Finanzierungsquelle zu finden, die die Ziele aufgeklärter, sozial und ökologisch denkender Menschen aktiv fördern. Damit wird auch erstmalig ein Gesamtüberblick über alle Arten von alternativen Finanzdienstleistungen gegeben, denn die schon anderen Ortes diskutierten »grünen« Geldanlagen machen nur eine Seite des Kapitalmarktes aus.

Dieser einleitende Artikel grenzt alternative Geldanlagen und Finanzierungen gegenüber herkömmlichen Finanzdienstleistungen ab und ordnet sie gleichzeitig in das bestehende marktwirtschaftliche System ein. Damit wendet sich dieser Beitrag auch gegen Visionen von einem besseren Wirtschaftssytem, deren Heilsbotschaft zumeist in der Abschaffung des Geldes und des Zinses liegt.

In einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem bilden sich die Preise für Waren und Dienstleistungen (»wirtschaftliche Güter«) im Normalfall über Angebot und Nachfrage. Ein steigender Preis für ein wirtschaftliches Gut signalisiert zunehmende Knappheit. Je höher die Nachfrage bzw. je niedriger das Angebot, desto höher der Preis. Unter idealen Bedingungen lockt der hohe Preis zusätzliche Anbieter auf den Markt, wodurch tendenziell das Angebot sich wieder an die Nachfrage anpaßt und der Preis sinkt. Die Preise übernehmen dadurch eine entscheidende Lenkungsfunktion für die Verteilung der produktiven Kräfte. Das Angebot von Gütern orientiert sich dadurch theoretisch stets an der Nachfrage, also an den (materiellen) Bedürfnissen der Bevölkerung. Der Preis, den ein Nachfrager für ein Gut bereit ist zu zahlen, drückt damit auch seine individuelle Wertbeimessung aus.

Dabei kommt dem Geld eine ganz wichtige Rolle zu, da es gleichzeitig als Recheneinheit, Tauschmittel (Zahlungsmittel) und Wertaufbewahrungsmittel dient. Preise werden in Geld ausgedrückt, Güter können gegen Geld eingetauscht werden und wer seine Kaufkraft für später aufheben will oder muß, der kann Geld als Wertaufbewahrungsmittel nutzen.

Die unbestreitbaren Vorteile des Geldes in einer Tauschwirtschaft (in der also nicht jeder autark ist) wurden schon vor Tausenden von Jahren erkannt. Geld ist daher keine Erfindung kapitalistischer Raffgier, sondern notwendiges Instrument in einer arbeitsteiligen Wirtschaft.

BARTER-CLUBS

Der Aufwand, den jemand betreiben muß, um ein wirtschaftliches Gut zu erstehen wird durch Geld minimiert, d.h. die »Transaktionskosten« sind weit geringer als in Realtauschsystemen, wo Ware gegen Ware getauscht wird. Zu solchen ineffizienten Realtauschsystemen zählen übrigens auch die »Barter-Clubs«. Diese Tausch-Clubs propagieren ein Computer-gestütztes System von Tausch-Angeboten, bei dem »Tausch-Punkte« auf den individuellen Tausch-Konten der Club-Mitglieder gutgeschrieben oder abgebucht werden, je nachdem ob man ein Tausch-Objekt einem anderen Mitglied überlassen oder etwas angenommen hat. Die Vision vom überflüssigen Geld wird dabei ergänzt durch die Abschaffung des Zinses. Niemand muß für sein/ihr überzogenes Punkte-Konto einen Punktzins zahlen. Die »Errungenschaften« dieser geld- und zinslosen Tauschwirtschaft werden erkauft durch eine wesentliche Einschränkung des Kreises möglicher Tauschpartner (die Clubs haben natürlich weniger Mitglieder als man »Tauschpartner« in der offenen Geldwirtschaft finden kann) und die winzig kleine Auswahl an Tauschobjekten sowie die Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen (in harter Währung) an den Obertauscher am Computer!

Wenn in dieser Artikelserie von alternativen Geldanlagen und Finanzierungen die Rede ist, dann soll das gegebene marktwirtschaftliche System als Rahmen akzeptiert werden. Es geht also nicht darum, alternative Wirtschaftssysteme zu entwikkeln. Im Gegenteil: Es könnte sogar als These vorweggeschickt werden, daß eine Marktwirtschaft vom Prinzip her als ein ethisches Sytem zu bezeichnen wäre, weil es im Gegensatz zu anderen (planwirtschaftlichen) Wirtschaftssystemen den Menschen als mündiges, entscheidendes Individuum anerkennt und die materielle Versorgung entsprechend den individuellen Bedürfnissen ermöglicht.

In den modernen Geldsystemen haben die Banknoten und Münzen bzw. die Bankguthaben an sich keinen (Material-) Wert. Es ist aber mit ihm die Erwartung verbunden, sich dafür jederzeit einen realen Gegenwert kaufen zu können. Folglich ist der Zins bzw. die Rendite einer Geldanlage eine durchaus legitime und systemkonforme, ja notwendige Angelegenheit. Erstens ist Geld als Wertaufbewahrungsmittel nicht optimal, da es über Inflationsprozesse an Wert verlieren kann. Zumindest dieser Wertverlust sollte über die Verzinsung einer Geldanlage ausgeglichen werden.

Vor allem aber bedeutet die Geldanlage das Zur-Verfügung-Stellen von Kaufkraft und ist für die GläubigerInnen mit einem Risiko verbunden. Da nun einerseits die Verbraucher im allgemeinen ihr Geld lieber heute als morgen verkonsumieren und andererseits die Unternehmen mit geliehener Kaufkraft Gewinne erwirtschaften können, ist Geld ein knappes Gut, d.h. die Nachfrage ist höher als das Angebot. Es haben sich deshalb Märkte für Geld gebildet, auf denen der Preis bzw. der Zinssatz durch das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage festgesetzt wird und als Anreiz dient, Geld zur Verfügung zu stellen.

Doch nicht nur der Zins allein bestimmt, ob sich eine Geldanlage rentiert: Bei manchen Wertpapieren ist vor allem der Kursgewinn das entscheidende Renditekriterium. Meistens sind noch Bank-Gebühren und Spesen sowie die steuerliche Belastung der Erträge aus Kapitalvermögen in Abzug zu bringen.

Es ist also die »Gesamt-Rendite« somit als Anreiz, Belohnung oder Gegenwert für die Bereitstellung von Kaufkraft zu verstehen.

Was heißt hier alternativ?

Die bisher beschriebene Rendite ist genauer gesagt eine rein monetäre Rendite, also ein Preis, gemessen in Geldeinheiten. Nun ist diese monetäre Rendite zwar ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Wahl einer Geldanlage, aber sie ist nicht das einzige. Stets spielen auch andere Anlagekriterien eine Rolle, wie z.B. die Sicherheit einer Investition, der Liquiditätsgrad (wie schnell kann die Anlage bei Bedarf wieder »flüssig« gemacht werden?), die Bequemlichkeit sowie – insbesondere bei Beteiligungen (Kauf von Aktien, Genossenschafts- und anderen Gesellschaftsanteilen) – das Mitspracherecht, familiäre Verbundenheit oder persönliches Interesse an einer Firma.

Das bedeutet, der Wert, den ein Anleger einer Investition beimisst, ließ sich noch nie allein in Geld, also durch die monetäre Rendite ausdrücken. Mit anderen Worten: Die monetäre Rendite ist nicht das allein entscheidende Auswahlkriterium für eine Geldanlage. Die eben genannten Entscheidungskriterien sind trotzdem keine alternativen, sondern konventionelle Kriterien, bei denen sich aber eine Definition für alternative Geldanlagen ansetzen läßt:

Wenn ethische Gesichtspunkte konventionelle Kriterien bei der Wahl einer Geldanlage ergänzen oder ersetzen, dann wird diese Investition hier als alternative Geldanlage bezeichnet.

Alternative Finanzierungen sind mit analogen Überlegungen zu beschreiben: Jene Kapitalgeber, die nicht ausschließlich eine monetäre Rendite anstreben, sondern auch ethische Aspekte berücksichtigen, sollen hier als alternative Geldquellen angesehen werden. Insofern bezeichnen die Begriffe alternative Geldanlage und alternative Finanzierung nur verschiedene Sichtweisen: die Perspektive des/der AnlegerIn und die Sicht des kapitalsuchenden Unternehmens oder der kreditsuchenden Privatperson.

Um uns hier nicht in einer Diskussion über den Begriff »Ethik« zu verlieren sei nur daran erinnert, daß Ethik die Lehre vom »sittlich Guten« ist, die aufzeigen will, was nach überlieferten Gebräuchen (»Sitte«) in unserem Kulturkreis als gute und was als schlechte Tat angesehen wird.

Diese »Definition« von alternativen Geldanlagen ist etwas abstrakt und möglicherweise anfällig für bestimmte Fehlinterpretationen. Insbesondere ließe sich argumentieren, daß jede Anlageentscheidung, die sich ausschließlich am Kriterium der monetären Rendite orientiert, eine ethische Geldanlage ist – das marktwirtschaftliche System mit seiner preisgelenkten, effizienten Allokation der Produktionsfaktoren hatten wir vorhin ja als ethisches Wirtschaftssystem bezeichnen wollen.

Hier kommt aber ein entscheidendes Manko der Marktwirtschaft zum Tragen: Unternehmen oder auch die öffentliche Hand können einen Teil der eigentlich von ihnen selbst zu tragenden (Produktions-) Kosten zu Lasten der Allgemeinheit einsparen. Neben den betriebswirtschaftlichen Kosten gibt es nämlich sogenannte volkswirtschaftliche oder soziale Kosten, die bei der Produktion und dem Handel von Gütern anfallen und nicht vom Produzenten getragen werden. Die Spannweite der unterschiedlichen sozialen Kosten ist enorm groß: Umweltschäden, Lärm, soziale Spannungen durch materialistisches Anspruchsdenken, Kriminalität, psychische und körperliche Streßkrankheiten usw.

Diese sozialen Kosten lassen sich im marktwirtschaftlichen System selbst bei entsprechendem politischen Willen nicht vollständig durch den Gesetzgeber den Verursachern anlasten. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen sind diese Kosten weder in ihrer Höhe noch in all ihren Erscheinungsformen exakt feststellbar. Vor allem aber sind häufig die Verursacher entweder überhaupt nicht bekannt bzw. nur mit sehr großem Aufwand identifizierbar, oder die Verursacher können die Kosten nicht tragen, weil – im Falle eines Unternehmens – die Firma nicht mehr existiert (Altlasten) oder die finanziellen Mittel nicht ausreichen.

Wer aber freiwillig einen Beitrag zur Senkung der sozialen Kosten leistet, der tut etwas für die Allgemeinheit, vollbringt also eine »gute Tat«.

Folglich lassen sich – auch wenn man der sozialen Marktwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftssystemen einen höheren moralischen Stellenwert zugestehen würde – entsprechend der Vielschichtigkeit und der Bedeutung sozialer Kosten sehr viele Gelegenheiten finden, ethische Kriterien bei Geldanlageentscheidungen einfließen zu lassen. Ein erschöpfender Katalog alternativer Geldanlagen kann demnach nicht aufgestellt werden.

Als Orientierungshilfe seien zwei Kriterienkataloge aufgelistet, nach denen unterschiedliche Institutionen versuchen, den Begriff alternative oder ethische Geldanlage greifbarer zu machen.

Die Valdez-Prinzipien sind von Umweltschutzbewegungen vor allem anläßlich der Ölkatastrophe, die durch den Tanker Exxon Valdez in Alaska verursacht wurde, aufgestellt worden. Sie sollen im Rahmen einer Selbstverpflichtung von Unternehmen in ihrer Geschäftspolitik befolgt werden:

DIE VALDEZ-PRINZIPIEN:

1. Schutz der Biosphäre
2. Maßvoller Umgang mit natürlichen Rohstoffen
3. Reduzierung und Entsorgung von Abfällen
4. Effizienter Einsatz von Energie
5. Gesundheitsschutz für Arbeitsplatz und Umgebung
6. Sichere Produkte und Konsumentenschutz
7. Haftung und Schadenersatz
8. Transparenz und Veröffentlichung
9. Mindestens ein Umweltexperte im Management
10. Jährlicher Rechenschaftsbericht

Diese Prinzipien sind zwar schon von einigen amerikanischen Konzernen unterschrieben worden, jedoch bleibt deren (rechtliche) Verbindlichkeit zweifelhaft, und eine Kontrolle ihrer Einhaltung scheint unmöglich.

Wesentlich konkreter ist die Einbindung solcher Prinzipien in die Satzung des Unternehmens, wodurch deren Berücksichtigung zum Geschäftszweck erhoben wird. In 2 der Satzung der Ökobank eG in Frankfurt finden sich beispielsweise folgende Passagen:

a) Zweck der Genossenschaft ist die Förderung und Zusammenarbeit der Mitglieder auf wirtschaftlichem, ökologischem, sozialpolitischem und kulturellem Gebiet.
b) Dem Aufbau und der Förderung alternativer Formen des Wirtschaftens, insbesondere durch die Förderung von Betrieben und Projekten auf dem Gebiet der Selbstverwaltung, des Genossenschaftswesens, der Ökologie und des Friedens, wird zur Erreichung des Gesellschaftszweckes besondere Bedeutung beigemessen.
c) Ziel des Zusammenschlusses ist die gemeinschaftliche Selbsthilfe und nicht die Gewinnerzielung. Gewinne sind unter Berücksichtigung der zu bildenden Rücklagen ausschließlich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes zu verwenden.

Während die **monetäre** Rendite bei konventionellen Anlagen meist der ausschlaggebende Anreiz, die Belohnung oder der Gegenwert für die Bereitstellung der Kaufkraft darstellt, spielt bei alternativen Anlagen folglich ein anderer Anreiz eine entscheidende Rolle, nämlich die **ideelle** Rendite: Durch die alternative Finanzinvestition werden ja bestimmte Ziele oder Ideale des/der AnlegerIn verfolgt, er/sie läßt das Geld in seinem/ihrem Sinne arbeiten.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß bei einigen alternativen Geldanlagen die monetäre Rendite niedriger ausfällt als bei konventionellen Investitionen. Denn durch die Internalisierung der sozialen Kosten, also deren Übernahme durch den Verursacher, sinkt die Gewinnspanne des Unternehmens und damit auch dessen Spielraum für das Zinsangebot. Insofern erzielt ein alternativer Anleger seine ideelle Rendite häufig nicht zusätzlich zur monetären, sondern teilweise an deren Stelle.

Nehmen wir einen ökologisch orientierten Produktionsbetrieb, der möglichst wenige soziale Kosten in Form von Umweltverschmutzung verursachen will. Dadurch, daß er für seine Produkte keine wesentlich höheren Preise verlangen kann als seine Konkurrenz, gleichzeitig aber höhere betriebswirtschaftliche Kosten durch Übererfüllung von Umweltauflagen (bessere Filter, Entsorgung, umweltfreundlichere Rohstoffe) zu tragen hat, sinkt die Gewinnspanne des Betriebes. Das Unternehmen kann also nur mit einer vergleichsweise geringeren Gewinnausschüttung aufwarten. Wer sich an diesem Unternehmen finanziell beteiligt hat, muß mit einer geringeren monetären Rendite zufrieden sein. Langfristig allerdings könnte sich das ökologisch hergestellte Produkt am Markt durchsetzen, d.h. höhere Preise werden von der Kundschaft akzeptiert, und der Unternehmensgewinn steigt eventuell sogar über den der weniger umweltfreundlichen Konkurrenz. Wer sich also frühzeitig für eine Beteiligung an ökologischen Unternehmen entscheidet, kann möglicherweise auf lange Sicht auch mit überdurchschnittlichen monetären Renditen rechnen. Beispiele von florierenden alternativen Betrieben gibt es schon heute in großer Zahl.

Im Gegensatz zum Produktionsmerkmal »umweltfreundlich« hat sich z.B. das Merkmal »sozialverträglich«, welches beispielsweise sicherlich auf selbstverwaltete Betriebe zutrifft, noch nicht am Markt etabliert. Diejenigen Anleger, die dieses ethische Prinzip durch ihre Investition fördern wollen, können derzeit noch nicht auf eine überdurchschnittliche finanzielle Vergütung ihres Engagements hoffen.

In keinem Fall aber kann das Finanzamt, die Inflation oder ein Börsenkrach die ideelle Rendite schmälern, wohl aber die monetäre!

Der nächste Beitrag dieser Reihe widmet sich der Frage, inwiefern die Organisationsstruktur bzw. die Rechtsform von Unternehmen gewährleistet, daß die guten Vorsätze ethischen Wirtschaftens auch tatsächlich befolgt werden. Für den/die Geldanleger/in ist dies ein entscheidendes Problem, wenn er/sie sicher gehen will, daß sein Kapital im propagierten Sinne arbeitet.

Darüber hinaus gibt der folgende Artikel eine tabellarische Übersicht über die in den darauffolgenden Heften besprochenen Anlage- und Finanzierungsalternativen. ●

Autorenteam:
Dr. Arnd Kluge
Dipl.-Volkswirt Walter Müller
Martin Wiekert
und Olaf Voß

Anzeige

Bevor man / frau sich individuell Alters- oder Berufsunfähigkeitsversichert, sollte geprüft werden, ob die Absicherung nicht über einen Gruppenvertrag im Rahmen eines Versorgungswerkes wesentlich günstiger erfolgen könnte.

BEISPIEL: LEBENSVERSICHERUNG

Kapitalbildende Lebendsversicherung bis Alter 65, Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit bis Alter 60, Monatsbeitrag 250 DM

Eintrittsalter	Frauen Versicherunsumme	* Ablaufleistung
35	101.577	318.386
40	97.698	205.853
45	60.235	129.004

Leistungen für Männer je nach Eintrittsalter etwas höher oder niedriger (+ - 2%)
*Auszahlung im Alter 65 Jahre

Andere Altersstufen und Beitragssätze auf Anfrage. Auch mit Berufsunfähigkeitsrente möglich.

* Die Überschußanteilsätze sind für das laufende und folgende Geschäftsjahr festgelegt. Für die gesamte Dauer können sie nicht garantiert werden.

Versorgungswerk

Verbesserung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

4400 Münster, Ludgerieplatz 8, Tel.: 02 51 / 53 10 00
6800 Mannheim, C3 Nr.19, Tel.: 06 21 / 10 28 56
7032 Sindelfingen, Brenzstr.1, Tel.: 070 31 / 83 257

JOBS

Die Würzburger Mitarbeitergesellschaft im Bereich UMZÜGE – Fahrradverleih sucht:
ENGAGIERTEN – UNDOGMATISCHEN – EIGENSTÄNDIGEN Mitgesellschafter/Kollegen.
Konzeptionelle Fähigkeiten, Mut im eigenen Verantwortungsbereich, körperliche Fitneß, sind Voraussetzung. Langjährige handwerkliche Berufserfahrung erwünscht.
Geboten: Zukunftweisendes, ganzheitlich orientiertes Projekt, bei fairem Entgelt.
Max und Moritz
Umzüge/Fahrradverleih
Hummel-Leifeld-Tomaschwewski GbR
Pleichkirchplatz 11
8700 Würzburg
☎ (09 31) 5 76 00
Fax (09 31) 5 75 14

Gesucht:
DruckformherstellerIn mit Berufserfahrung.
Eigenständiges Arbeiten und Organisationstalent sind Voraussetzung.
Wir bieten: z.Z. 3.100 DM brutto bei 37,5 ST., zuzügl. Fahrkostenanteil und Mittagstisch. 13. und 14. Gehalt je nach Ertragslage (z.Z. ja). z.Z. 25 Tage Urlaub.
Wir sind: ein selbstverwalteter Betrieb (6 Jahre Genossenschaft, 15 feste MitarbeiterInnen = 90% GenossenInnen) mit den Arbeitsbereichen: Grafik, Textverarbeitung, DTP, Layout, Repro/Montage, Druck und Weiterverarbeitung.
Kurzbewerbung unter
Stattwerk e.G., Essen,
☎ (02 01) 32 26 48 & 32 86 51
(Angelika , Echo, Antje oder Kristiane)

VERSICHERUNG

Krankenversicherung?, Neue Naturheilverfahren? Psychotherapie?. Für freiwillig Versicherte und Selbständige von der versiko GmbH, die alternative Versichrungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung.
Fichtenstr. 42, 4000 Düsseldorf 1
☎ (02 11) 97 37 111
ruf'doch mal an!

Single? Rentenversicherung? Keine Gesundheitsprüfung! Besonders günstige Prämien durch individuelle Gestaltung. **versiko GmbH** – die ökologische Finanzberatung und Versicherungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung!
4000 D'dorf – Fichtenstr. 42
☎ (02 11) 97 37 111.

JOBSUCHE

Suche Praktikumsstelle
als Betriebswirt
Ich, Gerd (29), suche für mein Praktikum in der Zeit vom 2.3.92 – 21.8.92 einen Betrieb, eine Institution der/die mir die Möglichkeit gibt, in die Bereiche: Betriebsführung, Organisation, Planung, Aussen-innenvertretung, sowie das Rechnungswesen Einblick zu bekommen. Der Kostenträger der Maßnahme ist das Arbeitsamt. Die Stelle sollte im norddeutschen Bereich, vorzugsweise in Hannover, Bremen oder Hamburg sein. Kollektiv wäre gut, ist aber nicht Bedingung.
Gerd Wessels
Nieschlagstr. 29
3000 Hannover 91
☎ (05 11) 458 15 57

Steuerfachfrau, flexibel zwischen Schreibtisch und handwerklichen Arbeiten, belastbar, teamerfahren sucht neues Betätigungsfeld.
Angebote an die CONTRASTE-Anzeigenredaktion

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Dokumentation zum Sommerseminar
Die Seminarzeitung zu Sommerseminar Alternative Ökonomie des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK mit dem Schwerpunkt Utopien kann für 15,– DM plus Porto bei Andrea Gerth, Löwenstr. 16, 6800 Mannheim 51 bestellt werden. Ebenfalls dort erhältlich ist der vierteljährlich erscheinende Rundbrief Alternative Ökonomie (pro Ausgabe 8,– DM).

ökowerk
Altersversorgung im Kollektiv statt Solidaritätszuschlag!
Informationen bei:
ökowerk e.V.
Fichtenstr. 42, 4000 D'dorf
Telefon 0211 - 97 37 150
e.V.

EUROP. SOMMERAKADEMIE

MITHILFE

sucht die niederländische Stiftung »Union« mit Sitz in Rotterdam bei der Vorbereitung zu einer »Europäischen Sommerakademie« 1992. Von 1992 an will die Stiftung in Südfrankreich jedes Jahr während einiger Wochen verschiedene Kurse organisieren, bei denen sich progressive Leute aus ganz Europa treffen können. Für ein Gelingen dieser Initiative werden Ideen und Kreativität von Euch gefordert. Ihr könnt eine Selbstdarstellung mit Fragebogen der Stiftung über den CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
anfordern.

Frau und Arbeit

HERBST/WINTERPROGRAMM 91/92 ERSCHIENEN

Programm wird auf Anfrage zugeschickt

Frau und Arbeit e.V.
Tel.: 040/444960

PROJEKTE

Kommune??? Find ich gut!!!
Gemeinsam leben – Kollektiv arbeiten. Wir, das sind z. Zt. 35 Erwachsene und 11 Kinder, leben seit fast 5 Jahren in der Nähe von Kassel. Wir wollen (und können räumlich) noch wesentlich mehr Leute werden (z.Zt. können wir leider keine weiteren Kinder aufnehmen).
Folgende Arbeitskollektive existieren schon: Planung/Bau, Schreinerei, Schlosserei, Landwirtschaft, Ernährung/Küche, Tagungshaus, Kinderbereich und Verwaltung. Der Aufbau weiterer Kollektive wird angestrebt.
Genaueres Infomaterial (gegen 5,00 DM in Briefmarken) und Anmeldungen unter:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Die Würzburger Mitarbeitergesellschaft im Bereich UMZÜGE – Fahrradverleih sucht:
ENGAGIERTEN – UNDOGMATISCHEN – EIGENSTÄNDIGEN Mitgesellschafter/Kollegen.
Konzeptionelle Fähigkeiten, Mut im eigenen Verantwortungsbereich, körperliche Fitneß, sind Voraussetzung. Langjährige handwerkliche Berufserfahrung erwünscht.
Geboten: Zukunftweisendes, ganzheitlich orientiertes Projekt, bei fairem Entgelt.
Max und Moritz
Umzüge/Fahrradverleih
Hummel-Leifeld-Tomaschwewski GbR
Pleichkirchplatz 11
8700 Würzburg
☎ (09 31) 5 76 00
Fax (09 31) 5 75 14

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06

LESERBRIEFE

Betr.:Abonnement CONTRASTE – Kündigungen.
Liebe Freunde zur Förderung und Ermutigung von Selbstverwaltung und Ökologie,
ich werde derzeit wieder einmal mit politischen Zwängen – gesetzlich legitimierten Entgeltabstrichen der Arbeitsverwaltung – konfontiert, so daß es mir nicht möglich bleibt, Eure gute Zeitung weiterzulesen.
Ich bin Heilpädagoge, 52 Jahre und für die Arbeitsvermittlung nicht mehr vermittelbar. Wohl werde ich bedacht mit den politischen Repressionen und Sanktionen – Symptomkuriererei des Kapitalismus.

S. Sch., Hannover

...Ihr seid mir inzwischen zu »kopflastig« und vor allem zu sektiererisch / dogmatisch / besserwisserisch geworden. Zudem vermisse ich eine ungeschminkte Eigenbetrachtung der »alternativen« Selbstverwaltungsszene. Ich habe viele Jahre viele Projekte der Szene verfolgt und bin mir inzwischen sicher, daß allein von guten Vorsätzen, hohler Kapitalismuskritik und schlauen Sprüchen gar nichts besser wird.
Menschen machen Wirtschaft und »alternative« Menschen sind keine besseren Menschen.
Vielleicht bis später.

Martin W., Aichstetten

SUCHE:

Wir archivieren gefälschte Presseerklärungen, Tageszeitungen, Hauswurfsendungen, oder Falschgeld, falsche Briefmarken oder Fahrscheine, Info-Broschüren und Plakate und und und ...
Möglichst 3 Exemplare oder Kopie vom Feinsten.
Die dazu gehörigen Zeitungsartikel/Erklärungen beilegen.
Alles was falsch ist.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.3/91
(laufende Nr.39) enthält:

☆★☆

Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen
von Claudia Bernhard
★
Westliche Kultur / multikulturelle Weltgesellschaft
von Christoph Spehr
★
Verteidigung der Aufklärung
von Murray Bookchin
★
Feministische Analyse kriegerischer Diskurse
von Isabell Lorey
★
Kurden: Der Pakt mit Saddam
von Ronald Ofteringer
★
Europa und 500 Jahre Kolonisation
von Herby Sachs
★
Die Maskenbildner des Krieges
von L.U.P.U.S.
★
Pasolini - unter den Olivenbäumen von Casarsa
von Maria Antonietta Macciocchi

Außerdem: Arbeitswut, Nachrufe auf Karl Schild und Gustav Krüsched (ehemals FAUD), Rez. Anarchismus heute, Rez. §129a, Schwarz und Lila - afroamerikanische Frauenliteratur, Zeitungen in BRD-Knästen, Punk in der DDR, Interview mit KomistA, u.a. 72 S.
Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-
Red. Schwarzer Faden,
PF 1159, 7043 Grafenau-1
Tel. 07033 – 44273
Fax 07033 – 45264

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Schwerpunkt Betriebliche Altersversorgung

Lieber sozial versichert als total verunsichert.

Wer für die Altersversorgung eine betriebliche Absicherung sucht, weiß nie genau, was die Versicherungsgesellschaften mit den Beiträgen machen.
IMPULS vermittelt für Firmen oder soziale Einrichtungen eine betriebliche Altersversorgung auf Gruppenbasis. Die Werte, die den eingezahlten Beiträgen entsprechen, werden im Sozialen reinvestiert. Nicht in den anonymen Finanzmarkt.
Interessiert?
Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:
IMPULS, Versicherungsmakler, Postfach 2480, 7900 Ulm,
Tel. 0731 - 9 66 77 - 0.
Der IMPULS Beratungsservice hilft Ihnen, für Ihre Einrichtung die geeignete Form der Altersversorgung zu finden.

Impuls
Wir helfen gern.

RADIO VON UNTEN
- Programmtips -
Täglich aktuell im BTX-Programm des CCC (Chaos Computer Club)

FILMKALENDER 1992
192 Seiten
ISBN 3-89472-000-X,
DM 9,80

Darauf haben Cineasten lange gewartet: der erste Filmtaschenkalender ist endlich da!
Auf 192 Seiten finden Filmfans:

- pro Woche eine Doppelseite Kalendarium
- die Termine von Filmstarts und Filmfestivals für 1992
- über 300 Daten zu Schauspielern, Regisseuren, Kameraleuten und Drehbuchautoren
- Fotos und Texte zu herausragenden Filmschaffenden
- ein Verzeichnis mit allen wichtigen Adressen: Filmverleihe, Videoanbieter, Fernsehanstalten, Filmbuchverlage, Filmbuchhandlungen, Filmzeitschriften, Institute und Archive, Festivals

SCHÜREN

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 4700 Hamm, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (003741) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14 (auch Fax) Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HEIDELBERG

Business as usual
oder ökologischer New Deal?
Vom 30.11. bis 1.12.1991 in Heidelberg
Spätestens der Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« hat allen Versuchen, an Systemen als umfassenden Gegenentwürfen zu Kapitalismus und Marktwirtschaft zu basteln, in eine tiefe Krise gestürzt und allgemeine Verwirrung verursacht. Ausgehend von den ökologischen Herausforderungen wollen wir die Frage stellen, welche weitgreifenden Zielperspektiven einer anderen Wirtschaftspoltik, die über eine bloße Kritik der bestehenden Verhältnisse hinausgehen, formulierbar sind und politisch angestrebt werden sollten.
An der Tagung werden Fachmenschen für ökologisches Wirtschaften und VertreterInnen aus ökologisch produzierenden und alternativen Unternehmen, Umweltverbänden, Verbraucherinitiativen und Gewerkschaften referieren und diskutieren. Die Frage nach den Zielsetzungen soll dabei auf eine ausführliche Bestandsaufnahme schon bestehender Ansätze ökologischen und alternativen Wirtschaftens gründen.
Programm:
Samstag, 30.11.91, 11 Uhr
Begrüßung der Teilnehmer und Einführung durch PD Dr. Joseph Huber, Freie Universität Berlin: **»Grundzüge eines veränderten Wirtschaftens«**
14.30 Uhr:

- **Ökologisierung der Unternehmens- und Betriebsverfassung** (Volker Teichert, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung Heidelberg)
- **Umweltmarketing: Grundlage für eine ökologische Produktpolitik?** (Frieder Rubik, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung Heidelberg)
- **Anforderungen an eine ökologische Verbraucherpolitik,** (Hartmut König, Verbraucherzentrale Frankfurt/Main)
- **Ökologisches Management: Welche Rolle haben die Alternativen dabei gespielt?** (Hubert Kant, IBEK Karlsruhe)
- Welche Antworten haben Gewerkschaften, Unternehmen sowie Umweltverbände auf die ökologischen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft? **Kurze Statements von** Viktor Paszehr (IG Metall), Verena Schneider, angefragt (future e.V.), Dr. Angelika Zahrnt (BUND), Hans-Gerd Nottenbohm (AG SPAK)

anschließend Diskussion und Konkretionen in Arbeitsgruppen
Sonntag, 1. Dezember 1991, 9 Uhr:

- **Welche Anforderungen sind an eine öko-soziale Marktwirtschaft zu stellen?** (Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Gesamthochschule Kassel)
- **Die große Herausforderung: Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient.** (Dr. John Horman, Schweisfurth-Stiftung, München

Anschließend Plenumsdiskussion der beiden Referate
Anmeldung & Information:
Gesellschaft
für politische Ökologie
Rieckestr. 26
7000 Stuttgart 1
☎ (07 11) 28 20 33
Fax (07 11) 262 48 99

MAGDEBURG

Workshop:
»Belegschaftsgesellschaften – Beschäftigungspolitische Alternative für die neuen Bundesländer«
Unter diesem Titel lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung am 29. Oktober 1991 zu einem Experten-Workshop nach Magdeburg ein. Zwei Themenblöcke sind vorgesehen, zu denen jeweils einführende Statements gehalten werden.

1. **Erfahrungen mit Belegschaftsgesellschaften**
   mit Dr. Arne Heise (SPD-Landtagsfraktion), Dr. Rainer Duhm (Angestelltenkammer Bremen) und Rainer Schlüter (CECOP Brüssel – angefragt)
2. **Probleme und Perspektiven von Belegschaftsgesellschaften**
   mit Helmut Dietz (Interdisziplinäres Management Bremen), Hannes Draheim (Litho Thüngen) und Michael Lezius (AGP)

Anmeldung & Information:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Sachsen-Anhalt
Bürgelstr. 1
O-3010 Magdeburg
☎ 3 39 11

SALECINA

Einsteigen bitte!
ein Erfahrungs- und Ideenaustausch zum selbstbestimmten Leben
Vom 24. bis 27. Oktober 1991 in Salecina, Maloja/Schweiz
Anders arbeiten, anders leben; mit diesen Ideen ist die Selbstverwaltungsbewegung zu den »Ideen der Zukunft« aufgebrochen. Die Jahre sind vergangen, Salecina wird dieses Jahr zwanzigjährig. Einige Projekte und Betriebe haben sich inzwischen »etabliert«, andere wiederum verschwanden sang- und klanglos. Erfahrungen wurden gemacht, Enttäuschungen wurden erlebt, die großen gesellschaftsverändernden Entwürfe haben sich im Projektalltag abgeschliffen. Wo finden sich heute Erfahrungen und Ideen für einen selbstbestimmten Alltag; im Arbeiten, im Wohnen, im Leben überhaupt?
Zu dieser Thematik wollen wir zusammenkommen, nicht allein zum drüber reden, wir wollen Leute zusammenbringen, die etwas machen; die bereit sind, die konkreten Probleme des Alltags, des anderen Lebens anzugehen. Geplant ist ein Treffen von MacherInnen und ProjektdenkerInnen; ein Wochenende, daß uns Zeit läßt, Menschen und Projekte kennenzulernen, eigene Projekte vorzustellen, Bestehendes zu vernetzen und zu Neuem zu verbinden. Das Treffen ist auch als konkrete »Einstiegshilfe« für Leute, die es sich auch schon überlegt haben ..., gedacht. In diesem Sinne: **Einsteigen bitte!**
Ihre Teilnahme zugesagt haben:
WESPE (Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) Neustadt/Weinstr. BRD; die WESPE besteht seit 1988 und zählt sich zum bundesweiten »Projekt A«, daß versucht, in Kleinstädten selbstverwaltete und dezentrale libertäre Strukturen aufzubauen. Heute vernetzt WESPE 13 Betriebe, 12 Initiativen, etwa 10 WG's und über 80 Leute miteinander.
FRICK 100, Projekt einer Wohn/Gewerbesiedlung für etwa 100 Menschen.
Karthago-Werkstatt, Zürich; eine Anwendung von »bolo'bolo«, mitten in Zürich.
P.M., Zürich, Autor von »Olten – alles aussteigen«, »bolo'bolo«, »Amberland«, u.v.m., alle Paranoia city Verlag, Anwandtstr. 28, 8026 Zürich.
Horst Stowasser,, Anarchiv Neustadt, Autor von »Das Projekt A«, Wetzlar 1986, »Wege aus dem Ghetto«, »Ein Leben ohne Chef und Staat« u.v.m.
Anmeldung & Detailprogramm:
Salecina
CH-7516 Maloja
☎ (082) 4 32 39

HAMBURG

Einführung in die
Veranstaltungsorganisation
Termin: 25./26.10.91
Selbstverwaltung, Gleichberechtigung und Führungsposition – wie paßt das unter einen Hut?
Termin: 8./9.11. und 15./16.11.91
Handwerk ohne Meisterpflicht? Möglichkeiten der Handwerksausübung ohne Meister
Termin: 21./22.11.91
Organisationsentwicklung in kleinen Betrieben und Organisationen
Termin: 15. bis 17.1.1992
Führen..., leiten..., eine Frage der Persönlichkeit?!
Termin:31.1./1.2.92 und 7./8.2.92
Alle Veranstaltungen beim Netzwerk Hamburg
Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

AG SPAK

Professionsgemeinschaften
Vom 7. bis 9. Februar 1992 findet ein TAK AÖ-Seminar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg zum Thema »Intellektuellenkollektive und Professionsgenossenschaften« statt.
Anfragen & Informationen:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29
7800 Freiburg

BONN

Moderationstechnik in Gruppen
Moderation dient zur Entscheidungsfindung in Teams, Abteilungen, Projektgruppen, zur Durchführung von Unterricht auf Seminaren. Sie ist geeignet für alle Gruppen, in denen es auf Zielerreichung und Effizienz ebenso ankommt wie auf Kreativität, breite Beteiligung und gutes Arbeitsklima. In diesem Seminar steht die praktische Erprobung der Moderationstechnik im Vordergrund; Visualisierungstechniken, Strukturierungsmethoden und Diskussionsregeln werden an Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Teilnehmenden eingeübt. Ziel des Seminars ist, die TeilnehmerInnen zu befähigen, Gruppen in Lern- und Entscheidungssituationen zu begleiten; außerdem soll die Technik auf dem Hintergrund anderer Methoden kritisch reflektiert werden.
Vom 9. bis 13.12.1991 in Bonn.
Gebühr: 780,– DM, inkl. Unterkunft und Verpflegung.

Moderation – Aufbaukurs
Dieser Kurs richtet sich an TeilnehmerInnen, die bereits eigene praktische Erfahrungen in der Anwendung der Moderationstechnik haben bzw. an einem Seminar der WDÖFF teilgenommen haben.
Vom 28. bis 31. Oktober 1991 in Bonn.
Gebühr: 870,– DM, inkl. Unterkunft und Verpflegung
Anmeldung & Information:
Werkstatt für
Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1

NIEDERKAUFUNGEN

Entscheidungsfindung in der Gruppe
Wer kennt das nicht:

- Vier Leute in einer Gruppe von zwanzig versuchen, einen Termin abzusprechen, der Rest muß aufhören;
- eine Stunde werden Handlungsalternativen diskutiert – am Ende stellt sich heraus: niemand hat Zeit, eine der Alternativen durchzuführen;
- Wenige reden viel – viele reden wenig – einige gar nicht

Mit Hilfe von (Rollen)Spielen wollen wir uns an diesem Wochenende unsere Verhaltensmuster in Gruppen bewußt machen und Handlungsalternativen aufzeigen und erproben.
Daneben gibt es Tips, die sich aus der Praxis der Kommune Niederkaufungen ergeben haben, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip zu treffen.
Ein Seminar für Leute, die beruflich oder privat in Gruppen (mit)arbeiten und mit der Arbeitsweise – zumindest teilweise – unzufrieden sind.
Termin: 8. bis 10.11.1991
Unkostenbeitrag: 50,– DM
Dieses Seminar wird in Kooperation mit der DAG-Jugend Hessen veranstaltet.

Über das Ende der Illusion
und die Notwendigkeit der Utopie
Der »reale« Sozialismus zerbröckelt vor unseren Augen – zugleich sind wir nach den diskutierwütigen Jahren der StudentInnenrevolte deutlich theoriemüde geworden. Zu Unrecht, denn verändern können wir unsere Lebensbedingungen nur gemeinsam, mit einem Blick auf die gesellschaftlichen Vorgaben und, wenn möglich, einem Blick zurück: gelebte gesellschaftliche Utopien – gab's die schon mal? Und: Wie stellen wir uns das »Anders leben« heute vor? Fragen, die gemeinsam erarbeitet werden sollen. Dabei wollen wir an die Erfahrungen im Deutschland der Jahrhundertwende und der Weimarer Republik anknüpfen, wo ähnliche Probleme anstanden wie heute: Arbeitslosigkeit im bildungsbürgerlichen Bereich (etwa der Lehrer), Vermassung, Verstädterung u.a.. Wurden damals ähnliche Antworten auf diese Probleme gefunden wie heute? Die Beschäftigung mit Vergangenheit und Gegenwart soll uns anregen, uns unseres eigenen Standpunktes zu vergewissern.
Termin: 22. bis 24.11.1991
Unkostenbeitrag: 70,– DM
Dieses Seminar wird in Kooperation mit der »Stiftung Mitarbeit« veranstaltet.

»Anders leben – anders arbeiten«
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus;
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden;
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder mit einschließt;
- Alltagsleben / Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 11. bis 15.11.1991
Unkostenbeitrag: 190,– DM
Anmeldung:
Tagungs- und
Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1 · 3504 Niederkaufungen
☎ (0 56 05) 30 15
9-13 Uhr u. 14-18 Uhr

ÖKOLOGIE

RECKLINGHAUSEN

Ökologische Gebäudesanierung
– Innenraum –
AGÖF-Fachkongreß am 27./28.11.1991, Festspielhaus Recklinghausen
Themenschwerpunkte werden u.a. sein:

- »building sickness« – Innenraumbelastung durch Faserstoffe, chemische Schadstoffe, Radioaktivität, Stäube etc. – gesundheitliche Auswirkungen und Sanierungsmöglichkeiten
- Materialien für den Innenausbau aus gesundheitlicher Sicht
- Ökologische und gesundheitliche Aspekte bei Heizungs-, Elektro- und Wasserinstallationen
- Praxiserfahrungen und methodische Aspekte bei integrierter Innenraumsanierung öffentlicher und privater Gebäude

Programm & Anmeldung:
Rheinisches Institut
für Ökologie
Melchiorstr. 14
5000 Köln 1
☎ (02 21) 739 14 44

DRESDEN

Seminarreihe: »Fahrradverkehr«
Seminar I: Ab- und Unterstellmöglichkeiten im öffentlichen und privaten Raum / Diebstahlschutzmaßnahmen, die RAD WEG, eine selbstverwaltete Fahrraddiebstahlversicherung.
Thema: Förderung des Fahrradverkehrs im Dresdner Innenstadtbereich durch spezielle Maßnahmen der Unterbringung und Diebstahlschutzmaßnahmen sowie Übertragbarkeit der Ergebnisse anderer deutscher Großstädte auf die östlichen Verkehrsverhältnisse.
Zeit: 18. bis 20.10.1991
Ort: »Scheune«, Alaunstr. 36-40
O-8060 Dresden
Veranstalter: Grüne Liga e.V.
ADFC Sachsen
Fahrradrecycling e.V.
Anmeldeunterlagen bei:
Jens Nitsche
Zur Bleiche 4 · O-8021 Dresden
☎ (West: 0037) 51/ 239 11 09

FRAUEN

TISCHLERINNEN

»Die Tradition von Frauen im Handwerk damals und heute«
Bundesweites Tischlerinnentreffen vom 7. bis 9.2.1991 in der Frauenbildungsstätte Anraff – Edertal e.V.
Anmeldungen schriftlich erbeten an
Franziska Leonhardt
Muhliusstr. 49 · 2300 Kiel 1
bis spätestens 31.1.1992

SONSTIGES

Seminar rund um den ¶218
Am 12. Oktober findet in der Habsburger Fabrik in Freiburg ein Seminar für Frauen und Männer statt, bei dem folgende Themen behandelt werden: Mythos Embryo; rechtl. Neuregelungsvorschläge des § 218; Kinder um jeden Preis; Erfahrungsaustausch zu Abbrüchen (nur für Frauen).
Anmeldung:
Fabrik für Kultur und ökologisches Handwerk e.V.,
Habsburger Str. 9 · 7800 Freiburg
☎ (07 61) 55 14 99

KASSEL

Therapie- und Politik-Tage
Vom 1. bis 3.11.1991 in der Gesamthochschule Kassel
Das menschliche Subjekt befindet sich in einem beständigen Regelkreis mit den es umgebenden gesellschaftlichen Bedingungen. Der deutsche Einigungsprozeß des Vorjahres, der Golfkrieg, die Computerisierung, die Medien etc. beeinflussen die Psychen aller Einzelnen. *Ein Bündel von Vorgängen, das nicht* nur den Praxen der Therapierenden, in den Stationen und Verbundbestandteilen psychiatrischer Tätigkeit seinen Niederschlag findet, sondern auch im Alltagsgeschehen insbesondere junge Menschen Beunruhigungen und Störungen verursacht. Der therapeutische Prozeß ist nicht auf die gleichsam erworbenen Neurosen einzuschränken. Stichworte wie Armut, Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Hospitalisierung... veranschaulichen die Rolle des politischen Einflußfeldes. Auf der Veranstaltung soll in einer Vielzahl von Workshops und Diskussionsgruppen bearbeitet werden, wie eine Synthese von Therapie und Poltik ermöglicht werden kann.
Nähere Informationen:
Rolf Schwendter · FB Sozialwesen
Arnold-Bode-Str. 10 · 3500 Kassel

BODENSEE

Konstruktive Ideen im
Umgang mit Geld
Wie halten wir es mit den Finanzen?
Unter Mitwirkung von Peter Schiliinski, Anton Kimpfler, Mouringh Boeke und Inga Gessinger (Eurythmie).
Wir wollen uns darüber austauschen, welche Möglichkeiten der einzelne Mensch schon als Konsument hat und was durch Zusammenarbeit in einer Gruppe und zwischen verschiedenen Initiativen praktikabel ist. Fragen der Versicherung, der Bezahlung, des Wohnens und des Eigentums allgemein sollen einbezogen sein. Es soll auch ein Versuch gemacht werden darzustellen, wie der Geldkreislauf im gesunden sozialen Organismus vor sich gehen würde, weil doch die Einzelbemühungen letztenendes dahin führen sollen.
Schriftliche Anmeldungen an die unten angegebene Adresse. Bei frühzeitiger Anmeldung ist eine Unterkunft in unserem Holzhaus möglich (für 10 DM pro Nacht und bei Selbstversorgung, Schlafsack bitte nicht vergessen). Wir können auch Unterkünfte im Ort besorgen. Der Kostenbeitrag für die Tagung beträgt 50,– DM.
Modell Wasserburg
Hauptstr. 99
8992 Wasserburg/Bodensee
☎ (0 83 82) 62 06)

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).